Maximilian I. und die Wormser Reichsreform
von 1495

Von HERMANN WIESFLECKER

Einleitung

H. U l m a n n (Maximilian I.) hielt es für den „schwierigsten Teil seiner Aufgabe, in treffender Auswahl die Verhandlungen und Beschlüsse dieses (Wormser) Reichstages anschaulich zu machen“. Er wollte wegen der mangelnden Vorarbeiten an der „Möglichkeit einer treuen Skizze geradezu verzweifeln“¹. In der Tat ist ihm dieser Teil seines sonst so gründlichen Werkes weniger gelungen. Seine allzu starke Abneigung gegen Maximilian, sein antihabsburgisch kleindeutscher Eifer haben gerade die Darstellung der Reichsreform getrübt.

Eine Spezialuntersuchung über den Wormser Tag ist auch seither nicht erschienen. Die Literatur² hat die Wormser Verhandlungen meist nur in den allgemeinen Zusammenhängen der Reichsgeschichte gesehen und die Ansichten Ulmanns übernommen oder mäßig abgeändert. Z i e h e n³ hat das Bild der äußeren Vorgänge bereichert, aber die inneren Reformhandlungen kaum berührt. Besondere Beachtung verdienen die Abhandlungen H a r t u n g s⁴ über die Reichsreform insgesamt und über Bertold von Mainz, welche Ulmanns Grundauffassungen erschütterten. Gleichwohl greift die neuere Literatur im allgemeinen immer wieder auf die Ansichten Ulmanns zurück⁵.

Man sieht im König immer noch den Feind der Reichsreform. Nur um das Geld sei es ihm zu tun gewesen; nur durch härtesten Druck habe man ihm die Reform abzwängen können⁶. Insofern seien die Reformgesetze den Türken und Franzosen zu verdanken⁷. Am König sei letzten

¹ U l m a n n, Maximilian, I, S. 344 f.

² Eine Zusammenfassung der einschlägigen Literatur siehe S. 65 f.

³ Z i e h e n, Mittelrhein, II, S. 475 ff.

⁴ H a r t u n g, Reichsreform, a. a. O., S. 181 ff. — H a r t u n g, Berthold von Henneberg, a. a. O., S. 527—51.

⁵ Vgl. B a d e r, Kaiserliche und ständische Reformgedanken, a. a. O., S. 74—94, bes. S. 76. — S c h r ö d e r - K ü n b e r g, Deutsche Rechtsgeschichte, S. 863.

⁶ Z i e h e n, Mittelrhein, II, S. 514, 761 ff., 773.

⁷ S m e n d, Reichskammergericht, S. 23.

Alle Rechte vorbehalten!

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Historischer Verein für Steiermark,
Graz, Hamerlinggasse 3.

Schriftleitung: Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Tremel, Graz, Bürgergasse 15.

Für den Inhalt der einzelnen Aufsätze tragen die Verfasser die Verantwortung.

Druck: Leykam A.G., Graz.

Für Mitglieder als Jahresgabe 1958 kostenlos, im Buchhandel S 63.—, Ausland S 72.—.
Bestellungen durch den Buchhandel.

Besprechungsexemplare und Zuschriften sind an die Schriftleitung, Graz, Bürgergasse 15,
zu richten.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt und Zuschriften nur
beantwortet, wenn Rückporto beiliegt.

Endes die reichsständische Reform gescheitert. In diesem Zusammenhang treten sogar die der deutschen Reichsgeschichte sonst so geläufigen Wehklagen über die „eigensüchtigen Stände“ zurück. Man möchte vor allem in Bertold von Mainz und im ständischen Reichstagsstaat alles Heil sehen.

Ähnliche Gedanken hatte als erster Hippolitus a Lapide (= Bogislaus Chemnitz) in seiner „ratio status“ (1640) ausgesprochen⁸, jener bekannte Publizist des 17. Jahrhunderts, der im Dienste der Schweden seine leidenschaftlichen Anklagen gegen das Haus Österreich schleuderte. Er empfahl seinen deutschen Lesern zur Rettung des Reiches ein ausschließlich reichsständisches Regiment, wie man es in Worms geschaffen habe. (Dies war nach Pufendorf der „Rat des Henkers.“)⁹. An Stelle des habsburgischen Kaisertums, das zu vernichten sei, müsse wieder die Gewalt des Reichstages treten. Die habsburgische Politik bedeute nichts anderes als Verfassungsbruch, Selbstsucht und Herrschgier. Während das Reich von allen Seiten geschmälert wurde, sei Österreich fort und fort gewachsen. Die habsburgischen Kaiser selber hätten dem Reichsadler die Federn ausgerupft. Stets sei ihnen das Reich nur ein Mittel gewesen, habsburgische Hausinteressen zu verteidigen. Nie wären die Habsburger gewillt gewesen, dem Reiche auch ihrerseits Opfer zu bringen. Was den Wormser Tag betrifft, traten übrigens Datt und Müller¹⁰ diesen Behauptungen bereits entgegen; aber sie ziehen sich wie ein roter Faden durch die Darstellungen Maximilians¹¹ und der Reichsgeschichte. Dies nur nebenbei.

Mir kommt es erst in letzter Linie auf „Wertungen“ an. Es war mir vor allem darum zu tun, auf Grund der primären Quellen die äußeren Tatsachen und inneren Zusammenhänge der Wormser Verhandlungen, der Entstehung der einzelnen Reformgesetze aufzuklären¹². Daraus mußten sich gewisse grundlegende Erkenntnisse gleichsam von selber

⁸ Weber F., Hippolitus a Lapide, HZ 29 (1873), S. 254—306.

⁹ Weber, a. a. O., S. 303: „Ich kann mich nicht überzeugen, daß Hippolitus in redlicher Absicht geschrieben, daß er von der Verwirklichung seiner Grundsätze und Ansichten aufrichtig das Heil des Vaterlandes erwartete; ich erkenne in seinem Buch eine in fremdem Sold und Interesse verfaßte Tendenzschrift.“

¹⁰ Vgl. Müller, Reichstagstheatrum, I, S. 322 ff. — Datt, S. 516 f., 603, 606 f., 610, 708 f.

¹¹ Ulmann, Maximilian, I, S. 371: „Nur indem der preußische Staat lange Zeit hindurch die schwere Waffenrüstung für das durch Zersplitterung kraftlose Deutschland getragen hat, hat er sich das Recht verdient, an des Vaterlandes Spitze zu stehen! Solchen Erwägungen sind freilich die Habsburger selten zugänglich gewesen.“

¹² Die Bearbeitung der Haupt- und Staatshandlungen Maximilians I. für die Regesta Imperii verschaffte mir genaue Einsicht in die Verhandlungen des Wormser Reichstages, soweit sie gegenwärtig quellenmäßig faßbar sind. Für Mithilfe an den vorbereitenden Quellenarbeiten sowie für die Niederschrift und für die Beihilfe bei der Dokumentation des Manuskriptes habe ich zu danken meinen wissenschaftlichen Hilfskräften Dr. Josef Plösch und Johann Gröblacher.

ergeben. Ich habe mich der „Wertungen“ nicht enthalten, habe aber versucht, sie im engsten Anschluß an die Tatsachen zu gewinnen.

Die Quellenlage ist nicht ungünstig. Es sind uns die Verhandlungsprotokolle der Städtekurie in der Eßlinger-Fassung (gedruckt bei Datt und Müller¹³) erhalten, dazu manches zusätzliche Stück aus dem kursächsischen Archiv (bei Müller)¹⁴. Protokolle der Kurfürsten- und Fürstenkurie, wo die Hauptverhandlungen des Wormser Tages geführt wurden, sind bisher nicht ans Licht gekommen. Weil aber der Erzkanzler Bertold die Städte über alle wichtigen Verhandlungen der Kurfürsten und Fürsten am laufenden hielt, sind wir auch darüber (allerdings aus zweiter Hand) unterrichtet. Vor allem besitzen wir die ständischen und die königlichen Reformentwürfe in verschiedenen Fassungen und Änderungen. Der vergleichenden Methode waren hier reiche Möglichkeiten geboten. Außerdem konnte ich das Bild durch bisher unbenütztes gedrucktes und ungedrucktes Material da und dort ergänzen. Gründliche Vorstudien über die Italienhändler der Jahre 1494/95, über die Heilige Liga, über den Italienzug des Jahres 1496¹⁵ und über die Reichstagshandlungen von Lindau bis Freiburg (1498) gaben mir die Möglichkeit, die Wormser Reform im Zusammenhang der inneren und äußeren Reichsgeschichte zu erfassen. Urteile, die über diesen vertrauten Kenntnisbereich hinausgehen, habe ich mir vorderhand versagt.

Verlauf des Reichstages und der Reformverhandlungen

Am 24. November 1494 berief Maximilian von Antwerpen aus den ersten Reichstag¹⁶ auf nächste Lichtmeß nach Worms. Kein Zweifel,

¹³ Datt, De pace publica, a. a. O., S. 825—891.

¹⁴ Müller, Reichstagstheatrum, I, S. 199—675. — Müller besitzt als Quelle und Darstellung neben Datt noch immer bedeutenden Wert. Er bietet zusätzlich zu Datt eine Reihe wertvoller Quellen aus dem sächsischen Archiv und aus verschiedenen Historiographen. Daß ein so umfängliches Werk da und dort Fehler im Text enthält, dürfte nicht so aufgebauscht werden wie von Großmann. (Über die Glaubwürdigkeit des Müllerschen Reichstagstheatrum unter Kaiser Friedrich III., Forschungen zur deutschen Geschichte, II [1871], S. 114 ff.). — Völlig gesicherte Textgrundlagen für die Wormser Reichstagshandlungen werden allerdings erst die von der Münchner Historischen Kommission herausgegebenen Reichstagsakten (Prof. E. Bock) bieten können. — Außer den gedruckten Reichstagsakten wurden von mir die Urkundenreihe, die Maximiliana-Akten und die Reichsregisterbücher des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs herangezogen.

¹⁵ Wiesflecker, Der Italienzug König Maximilians I. im Jahre 1496, Carinthia I, Jg. 146 (1956), S. 581 ff. — Ders., Maximilian I. und die Heilige Liga von Venedig (1495), Festschrift W. Sas-Zaloziecky, Graz, 1956 (S. 178 ff.).

¹⁶ Volltext des Ladungsschreibens bei Datt, S. 495 f. — Müller, I, S. 199 f. — Vgl. Ulmann, Maximilian, I, S. 339. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 465 f. — Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 182.

der König hatte seine Stände lange, allzu lange auf diese erste Versammlung warten lassen. Das Ausschreiben stand unter dem Eindruck des französischen Überfalls auf Italien¹⁷. Karl VIII. von Frankreich stand damals in der Lombardei, eben im Begriff gegen die Toscana und weiter nach Rom zu marschieren. Maximilian kündigte einen Romzug und einen Türkenkrieg an. Reformen wurden zwar erwähnt, aber schon die knappe Beratungsfrist von 14 Tagen, welche in Aussicht genommen war, ließ klar erkennen, daß Maximilian fürs erste nur an eine Landfriedensordnung und Kriegshilfe¹⁸ dachte. Die Stände sollten bereits zum Romzug gerüstet in Worms erscheinen, um mit dem König von dort aus sofort nach Italien zu ziehen. Erst nach der Rückkehr aus Italien sollte die innere Reform des Reiches im monarchischen Sinne vollendet werden.

Indes, um Lichtmeß kam der Wormser Tag noch nicht zustande. Kämpfe mit Karl von Geldern hielten den König in den Niederlanden zurück. Ende Jänner hatte der König zu Antwerpen die hochwichtigen Verhandlungen für eine Wechselheirat und einen ewigen Freundschaftsbund mit Spanien abgeschlossen¹⁹, welche seine ganze weitere Politik bestimmen sollten. Mehr als dies, sie stellten die Weichen für die Entwicklung der folgenden zwei Jahrhunderte. Ebenso stand die Heilige Liga von Venedig, worin sich der Papst, Maximilian, Spanien, Venedig und Mailand gegen den französischen Überfall zusammenschlossen, knapp vor dem Abschluß²⁰. Der König wollte offenbar mit fertigen Plänen vor die Stände treten. Berthold von Mainz war dem König bereits in die Niederlande entgegengezogen. Maximilian hatte sich mit ihm über die Kernfragen wohl geeinigt. Das ziemlich gute Einvernehmen während des ganzen Wormser Tages spricht dafür. In einem übermütigen Brief, wie er solche seinem Oheim Sigmund von Tirol zu schreiben pflegte, weil er ihn nicht mehr für ganz voll nahm, tat er spaßhaft kund, daß er den Wormser Tag abkürzen und in das Gebirge zu den wilden Gemen verlegen wolle; das Jagdgeschrei werde hoffentlich so wild sein, daß es in den Ohren der Türken und anderen bösen Christen widerhülle^{20a}.

Am 18. März zog der König mit seinem Erzkanzler Bertold in Worms ein²¹. Er hatte sich trotz seiner Verspätung nichts vorzuwerfen;

¹⁷ Wiesflecker, Heilige Liga, a. a. O.

¹⁸ Das macht auch die gleichzeitige Propagandaschrift „Der Traum des Hermannsgrün“ (Ulmann, a. a. O.) wahrscheinlich.

¹⁹ 1495, Jänner 20, Antwerpen. Original in Simancas Archivo general, Catalogo V.

²⁰ Wiesflecker, Heilige Liga, a. a. O.

^{20a} Kraus, Briefwechsel, S. 101 ff.

²¹ Ziehen, Mittelrhein, II, S. 471 (dort weitere Literatur und Quellen). — Datt, S. 515. — Müller, I, S. 202.

denn es waren zunächst nur wenige Reichsstände zu seinem Empfang bereit. Köln, Trier, Rheinpfalz, Sachsen erschienen erst später, Brandenburg blieb überhaupt fern. Zum Romzug gerüstet war niemand: Es war in der Tat wenig Fleiß in den Ständen von oben bis unten.

Die Wormser Bürger führten alsogleich Klage gegen ihren Bischof, mit dem sie in Streit lagen²². In Gegenwart Bertolds sagten sie dem König, sie wollten keines Pfaffen Untertanen sein, sondern allein des Reiches freie Bürger. Ein scharfer antiklerikaler Wind wehte nicht nur in Worms, sondern in allen deutschen Städten. Rasch erkannte der König darin ein Mittel, das sich gegen Bertold und seinesgleichen gebrauchen ließe.

Nachdem der König eine gute Woche zugewartet, wohl auch mit den Ständen erste Fühlung genommen hatte, ließ er den Ständen am 26. März seine erste Proposition²³ vortragen. Er erinnerte zunächst an die Überfälle der Türken gegen die österreichischen Erbländer, das Reich und die Christenheit, wies aber vor allem auf den französischen Einbruch in Italien und auf die Gefahren hin, die dem Papst, dem Kaisertum und dem Reichsgut in Italien drohten. Dies, so betonte Maximilian, müsse das eigentliche Anliegen dieses Wormser Tages sein. Nur die Sicherung der Niederlande gegen Frankreich und Kämpfe gegen Karl von Geldern hätten ihn verhindert, den Reichstag schon um Lichtmeß (2. Februar 1495) zu eröffnen, wie er dies vorgesehen gehabt habe. Frankreich sei im Begriff, nach der Eroberung der Bretagne und einiger Teile Burgunds auf Geldern überzugreifen und Italien zu erobern. Hier liege die Gefahr für die deutsche Nation, das Reich und die Christenheit. Gewisse Leute sprengten die Verleumdung aus, Maximilian habe den König von Frankreich zu diesem Überfall ermutigt²⁴. Nichts als Lügen! Im Gegenteil, der König wolle den Franzosen entgegentreten und erbitte dafür die wirksame Hilfe des Reiches.

Von der im Ladungsschreiben angekündigten Reichsreform war keine Rede mehr. Gerade die eifrigsten Reformanhänger, die unter den ersten nach Worms gekommen sein mochten, waren wohl unliebsam überrascht von einer königlichen Werbung, die nur mehr Kriegshilfe gegen die Franzosen in Italien forderte, aber die Reformfrage mit keinem Wort erwähnte. Die Stände antworteten dem König noch am gleichen

²² Ziehen, Mittelrhein, II, S. 471.

²³ Volltext bei Datt, S. 825. — Müller, I, S. 204 ff. — Vgl. Ulmann, Maximilian, I, S. 339. — Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 182 f. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 475.

²⁴ Datt, S. 826 (Nr. 6). — Auch Ulmann, Maximilian, I, S. 292 f., 335 nimmt das Einverständnis Maximilians mit dem französischen Italienzug als gegeben an; keineswegs mit Recht (vgl. Wiesflecker, Heilige Liga, a. a. O.).

Tage²⁵, verbindlich zwar, aber doch ausweichend: es fehlten noch so viele Kurfürsten und Botschaften, daß man in so wichtigen Sachen nichts Endgültiges beschließen könne. Außerdem erinnerte man den König an die versprochenen Reformen; er möge seine Reformvorschläge hören lassen und gestatten, daß man einstweilen darüber berate.

Jedoch dem König „brannte der Boden unter den Füßen“. Er wollte sich von den Ständen nicht hinhalten lassen. Schon anderntags (27. März) erging die höfliche, aber bestimmte Antwort²⁶ des Königs: Bei allem Verständnis für die ständischen Einwendungen müsse er ungesäumte rasche Hilfe gegen die Anschläge der Türken und gegen den Überfall der Franzosen auf Italien dringend fordern, wenn nicht dem Reich unwiederbringlicher Schaden erwachsen solle. Dazu sei eine allgemeine Reichshilfe, seien Truppen und Geld vonnöten. Und zwar eine sogenannte „eilende Hilfe“, die den betroffenen Ländern sofort zu leisten sei, und eine „beständige und währende Hilfe“, welche die Reichsverteidigung auf zehn bis zwölf Jahre sicherstellen solle. In dieser währenden Hilfe als einer allgemeinen Reichssteuer sieht der König das Hauptanliegen und die Grundlage jeder Reichsreform.

Offen gab der König zu erkennen, daß er zunächst nur diese Kriegshilfe und den Landfrieden rasch behandeln und dann sofort nach Italien ziehen wolle. Das übrige Reformwerk sollte nach seiner Rückkehr vollendet werden²⁷. Wer die europäische Gesamtlage in jenem Zeitpunkt studiert, wird diesen Entschluß für realpolitisch richtig halten²⁸. Dem Reich bot sich die nie wiederkehrende Gelegenheit, die allzu kühn und unvorsichtig vorporellende französische Macht durch Einsatz geringer Kräfte mit Hilfe einer europäischen Koalition für eine lange Zeit in ihre Schranken zurückzuweisen.

Auch die Stände mußten die Notwendigkeit einer Reichshilfe gegen Franzosen und Türken anerkennen²⁹. Aber sie wollten die äußere Zwangslage des Königs nützen. Das Reformwerk sollte vor dem Italienzug vollendet werden. Die Stände wollten lieber mit einem hilfebedürftigen König verhandeln als mit einem erfolgreichen König, welcher der ständischen Geld- und Truppenhilfe nicht mehr bedurfte. Die Re-

form sollte nach dem Plan der Ständehäupter die kurfürstliche und fürstliche Oligarchie stärken und die zentrale Gewalt des Königs schwächen.

Am 30. März bot sich den Reichsständen ein eindrucksvolles Schauspiel dar. Die Botschaft des Königs von Neapel³⁰ erschien vor der Vollversammlung des Reichstages und führte bewegte Klage über den Überfall der Franzosen auf den Papst, auf Neapel und auf das Reichgut in Italien. In bewegten Worten erbaten sie die Hilfe des Reiches. Sie verwiesen zwar auf ihre eigenen Kräfte, auf ihren Abwehrwillen und auf die Kraft der Liga von Venedig, erbaten aber doch das Eingreifen des Reiches. Dies alles geschah in Anwesenheit der Gesandten Venedigs, Spaniens und vieler italienischer Mächte. Es war eine machtvolle Kundgebung für die Heilige Liga, die gerade in jenen Tagen in Venedig unterzeichnet³¹ und mit großem Gepränge veröffentlicht wurde. Der König hatte sich dieser Kundgebung persönlich ferngehalten. Die Ereignisse sollten für sich selber sprechen. Er hatte die Stände neuerdings an die Bedrohung des Papstes durch die rückziehenden Franzosen erinnert, hatte eine Hilfsbitte des Papstes vorlegen lassen und dann die Entscheidungsfrage gestellt, was jetzt zu tun sei.

Die Reichsboten, zumal die geistlichen Fürsten, bei denen das stärkste Gesamtreichsbewußtsein lebendig war, konnten sich gegenüber der Notlage des Papstes nicht völlig verschließen. Die vom Papst erbetene Hilfe, allerdings nur 4000 Mann, wurde wenigstens in Aussicht gestellt³². Hoffte man den König damit zufriedenzustellen?

Im übrigen versuchten die Ständeführer für ihre Auffassung zu werben und die Verhandlungen zunächst hinzuziehen, indem sie sagten, die Reichsversammlung sei noch immer nicht beschlußfähig. Auch sei an eine Römerhilfe alten Stils nicht zu denken. Diese währende Hilfe müsse als eine Kopfsteuer auf alle Reichsangehörigen umgelegt³³ werden. Damit wollten die Stände den bisher üblichen Matrikelbeitrag unmittelbar auf die Schultern des armen Mannes abwälzen und das Hilfsverfahren so verwirren, daß damit viel Zeit gewonnen werden konnte.

Die Städteboten aber wehrten sich grundsätzlich gegen jede Reichsteuer, die sie als ewigen Tribut und Servitut bezeichneten³⁴. Nicht ganz

²⁵ Datt, S. 826. — Müller, I, S. 206.

²⁶ Volltext bei Datt, S. 827. — Müller, I, S. 263 f.

²⁷ Datt, S. 495 f. — Müller, I, S. 199 f.

²⁸ Wiesflecker, Heilige Liga. Vgl. dagegen Ulmann, Maximilian, I, S. 340. „... die politische und wirtschaftliche Verwerflichkeit solcher unvorbereiteter und erfahrungsgemäß unzuweckmäßiger Kraftanspannungen.“

²⁹ Datt, S. 827, XIII: „Auff fuerhalten der ko. Majestat betreffend die Tuergken vnd Franckreych Haben die Churfuersten, Fuersten vnd botschaftten ... ermessent: das zu handthabung der Cristanhait vnd des hailigen Reychs nott sein werde dapfere werende hilff vnd widerstand fuerzunemen.“ Desgleichen bei Müller, I, S. 310.

³⁰ Volltext bei Datt, S. 828 (Nr. 15). — Müller, I, S. 299 f., 309 ff.

³¹ Wiesflecker, Heilige Liga, a. a. O., S. 184 ff.

³² Datt, S. 828 f. (Nr. 19). — Müller, I, S. 310 f.

³³ Datt, S. 827 (Nr. 13): „das alle Stennde vnd gemain volck Im hailigen reych das Ihen ... tzu geben gewilligt.“ S. 829: „... ein gemain auflegung durch das gantz Reych...“

³⁴ Datt, S. 827 (Nr. 14). — Müller, I, S. 310. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 476. — Gothein, Der gemeine Pfennig, S. 5.

zu Unrecht fürchteten sie, ausgepreßt und dann weggeworfen zu werden. Die Hilfsbitten der Italiener rührten sie nicht im geringsten. Sie wünschten einzig die Reichsreform zu beraten. Etwas Nützlicheres und Besseres gäbe es nicht³⁵.

Auch die Investitur des Herzogs von Mailand, welche der König am 5. April vollzog³⁶, offenbar um den Ständen die Gefährdung dieses Reichsverwandten eindrucksvoll vor Augen zu führen, rührte den reichsständischen Eifer wenig. Man hatte im Gegenteil durchgesetzt, daß Ludovico Moro sein Mailänder Lehen, entgegen den bestehenden geheimen Vereinbarungen³⁷, nur für sich, nicht aber für seine Nachfolger empfangen dürfe.

Am 7. April wurden die Vollmachten der Reichsboten geprüft³⁸ und die ständischen Verhandlungen aufgenommen. Aber man weigerte sich beharrlich, die königlichen Hilfswerbungen zu beraten, indem man stets Beschlußunfähigkeit vorschützte. Der König mußte sich abfinden, über die Osterfeiertage zuzuwarten. Klar erkannten die Stände die günstige Gelegenheit, den König unter Druck zu setzen, und gedachten sie zu nützen.

Maximilians Groll wandte sich zunächst gegen Bertold, der die ständische Opposition zusammenhielt, und gegen die geistlichen Stände, welche offenbar Bertolds engste Anhänger bildeten. Wie könnte er die geschlossene Opposition der Stände sprengen? Er versuchte es mit allen Mitteln. Am Mittwoch nach Ostern zog alljährlich eine Prozession zur Liebfrauenkirche vor das Tor³⁹. Jedesmal wenn der Klerus mit dem Sakrament das Stadttor durchzog, pflegte er die Gefangenen im Stadtturm freizubitten. Diesmal konnte der Rat nicht willfahren, weil Gefangene des Königs im Turm saßen. Zum Protest dagegen weigerte sich der Klerus, das Sakrament wieder in die Stadt zurückzutragen. Die Sache kam dem König gerade recht. Er war stets ein Gegner geistlicher Privilegien gewesen. Auf der Stelle, trotz Sturm und Regen, befahl er den widerspenstigen Klerikern, auszuziehen und das Sakrament in die Stadt zurückzubringen. So hatten sie zum Schaden den Spott der feindlichen Städter. — Wollte der König durch diese Geste den Wormser Bürgern Hilfe gegen ihren Bischof in Aussicht stellen und mit den Wormsern die übrigen Städteboten von Bertold trennen? Wahrscheinlich. Gelungen ist es nicht.

³⁵ Datt, S. 828 (Nr. 17). — Müller, I, S. 310.

³⁶ Text bei Müller, I, S. 282 f. — Lünig, Codex Italiae, I, Sp. 493 ff., Nr. 39.

³⁷ Lünig, Cod. Ital., I, Sp. 483—494, Nr. 37 (1494 September 5 Antwerpen).

³⁸ Datt, S. 829 (Nr. 20).

³⁹ Müller, I, S. 671 ff. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 476 f.

Ähnliche Spannungen gab es zwischen Bertold und Kurpfalz⁴⁰. Der König zögerte nicht, sie zu fördern.

Indes wurde der König von Italien her mit immer neuen Hilfsbitten des Papstes und der anderen Bundesgenossen der Liga bestürmt⁴¹. Täglich rief man allenthalben nach der Ankunft des Königs und seiner Truppen: Wenn er üble Nachrede vermeiden und das Ansehen des Reiches wahren wolle, müsse er sich als Oberhaupt der Liga bewähren. Gegen Ende April verstärkten sich die Franzosen um Asti und bedrohten sogar Mailand, das bekanntlich als ein Glied des Reiches zu Worms vor aller Augen belehnt worden war. Der König wandte sich daher unmittelbar nach Ostern (24. April) neuerdings mit einer noch dringenderen Hilfsbitte⁴² an die Stände.

Einmütiger und entschiedener als vor einem Monat traten die Stände diesmal seinen Werbungen entgegen⁴³. Vor allem seien dem Reich beständiges Gericht, Recht, Friede und Ordnung vonnöten. Nur dadurch könne eine beständige und währende Hilfe durch das Reich aufgebracht werden, und ohne diese Dinge sei von den Ständen des Reiches keine Hilfe zu erwarten; außerdem sei man noch immer nicht vollzählig und daher auch nicht beschlußfähig.

Immerhin war damals bereits der größte Teil der deutschen Fürsten in Worms versammelt. Alle Kurfürsten mit Ausnahme Brandenburgs und Böhmens, das neuerdings nicht mehr geladen wurde, waren wenigstens zeitweilig in Worms anwesend⁴⁴. Dazu viele Bischöfe, Fürsten, Prälaten, Grafen und Städteboten. Es war ein glänzender Reichstag⁴⁵, wie ihn die deutsche Nation lange nicht mehr erlebt hatte. Die Gesandtschaften der Ligamächte, welche für eine Reichsgarantie der Liga wirkten, empfingen allerdings den schlechtestens Eindruck⁴⁶ vom Sondergeist der Fürsten und von der Ohnmacht des deutschen Königs. Das deutsche Reich war zwar mächtig, aber der König konnte sich seiner nicht bedienen.

Da beschloß der König persönlich einzugreifen, um durch ein Zugeständnis die völlig festgefahrenen Reichstags-handlungen wieder flottzumachen. Am 27. April erschien er das erste Mal per-

⁴⁰ Ziehen, Mittelrhein, II, S. 478.

⁴¹ Müller, I, S. 305: „...meniglich inn allen Stenden schreit vnd rufft wartet und begirlich teglich fraget nach der Kunfft E. Koenigl. May. oder doch auff eyn Anzeall eyns geruesten Volcks...“ „E. Koenigl. May. laß auff sich keyn Nachteyl Nachrede oder anders erwachsen sunder sich als eyn Heuept solichs loeblichs Pundts schir vnd schir erzceige.“

⁴² Text bei Datt, S. 829 (Nr. 22). — Müller, I, S. 308. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 477.

⁴³ Text bei Datt, S. 830 (Nr. 24). — Müller, I, S. 312. — Ulmann, Maximilian, I, S. 346.

⁴⁴ Über den Besuch des Wormser Reichstages vgl. Müller, I, S. 202 f.

⁴⁵ Zeitgenössische Urteile über den Wormser Tag bei Datt, S. 493 ff.

⁴⁶ Romanin, Storia Venezia, V, 70.

sönlich vor den versammelten Kurfürsten auf dem Rathaus⁴⁷. Er berichtete von den Kriegshändeln in Italien, vom Eingreifen Spaniens, Venedigs und Mailands, von der doppelten Bedrohung Mailands, von der Gefahr des Papstes und von seinen königlichen Verpflichtungen als Vogt der Kirche und als Bundesglied der Heiligen Liga. Und nun kam das überraschende Zugeständnis, das die Lage wenden sollte. In aller Form stimmte der König nun der ständischen Tagesordnung zu. Es sollten zunächst die inneren Bedürfnisse des Reiches, Gericht, Recht, Friede und Ordnung beraten werden, damit dann die Hilfe gegen Türken und Franzosen umso eher zustandekomme. Durch dieses Zugeständnis waren die stockenden Verhandlungen wieder flottgemacht. Alsogleich wurde eine *Reformkommission*⁴⁸ eingesetzt, welcher der Markgraf von Brandenburg, der Bischof von Chur, der Graf von Henneberg, der Deutschordenskomtur und Graf Hugo von Werdenberg angehörten. Sie legten innerhalb weniger Tage die Grundgedanken einer Reichsratsordnung vor. Darauf kam es ihnen vor allem an. Ebenso wurde eine Steuerordnung⁴⁹ vorgelegt. Kammergericht und Landfriedensordnung machten weniger Schwierigkeiten. Es waren dies die Forderungen, welche die Kurfürsten und Fürsten zum Teil auf Grund älterer Vorlagen den ganzen April her unter sich beraten hatten, ohne jedoch die Städteboten beizuziehen.

Gleichzeitig versicherten die Kurfürsten, daß auch ihnen die Reichshilfe für Italien und für den Papst dringend nötig⁵⁰ erscheine. Diese Reichshilfe solle in Form einer allgemeinen Reichssteuer geleistet werden. Davon sollte man nicht nur die Truppenhilfe, sondern auch die neuen ständischen Behörden, Reichsrat, Schatzmeister und Kammergericht unterhalten.

Während sich der König und die Stände über den ewigen Landfrieden, Kammergericht und gemeinen Pfennig wenigstens grundsätzlich einig waren⁵¹, gingen ihre Ansichten über den Reichsratsentwurf ganz und gar auseinander. Aber gerade diesem Reichsratsentwurf galt das ganze kurfürstliche Interesse. Dieser Reichsratsentwurf enthielt nicht weniger als die Grundgedanken einer völlig neuen ständischen, besser gesagt kurfürstlichen Reichsverfassung⁵².

⁴⁷ Datt, S. 830 (Nr. 25). — Vgl. Ulmann, Maximilian, I, S. 346 f. — Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 187. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 478.

⁴⁸ Datt, S. 830 (Nr. 25).

⁴⁹ Volltext bei Datt, S. 830 f. (Nr. 26).

⁵⁰ Datt, S. 831 f. (Nr. 27).

⁵¹ Dies ergibt sich daraus, daß ernsthafte Auseinandersetzungen über diesen Punkt nicht stattfanden.

⁵² In der Tat verfochten die Stände ein „neues Verfassungsprinzip“, wie Hartung (Reichsreform, a. a. O., S. 200 f.) m. E. richtig gegenüber S mend feststellt.

Unmöglich konnte der König der ihm zugedachten völligen Entmachtung zustimmen. Gleichwohl versuchte er seinen Unwillen zunächst zu verbergen. Er billigte die Entwürfe sogar im allgemeinen und bemerkte nur, daß er seine königliche Obrigkeit in keiner Weise einschränken⁵³ lasse. Im übrigen legte er diese ständischen Reformentwürfe vorerst in die Lade und ließ sie liegen, während er versuchte, den Block der ständischen Opposition aufzuspalten, wo immer sich eine Möglichkeit bot. Es fügte sich eben günstig, daß eine Klage Rheinpfalz gegen Kurpfalz anhängig war⁵⁴. Nicht ungern lud der König den Mainzer und dessen Kapitel vor sein Gericht. Die Ladung überraschte den Erzkanzler gerade auf dem Weg zum Rathaus (13. Mai). Alles, was die fürstliche Opposition trennen konnte, kam dem König im Augenblick recht. Aber der Mainzer war um ein Gegenmittel nicht verlegen. Der Würzburger Stuhl war frei. Mit besonderem Nachdruck empfahl Bertold der römischen Kurie einen Bewerber gerade aus dem kurpfälzischen Haus (12. Mai). Die kurfürstliche Einheit war damit gerettet.

Die ständische Reformpartei war keineswegs einheitlich. Den Kern der Reformpartei bildeten die geistlichen Reichsstände mit Bertold an der Spitze, der jedoch als Kurfürst bereits gewisse Sonderwünsche vertrat⁵⁵. Die geistlichen Stände hatten, unbewehrt wie sie größtenteils waren, stärker als andere unter der allgemeinen Unsicherheit zu leiden. Von der Seelsorge her war ihnen das Rechts- und Friedensbedürfnis der kleinen Leute besonders vertraut. Der ewige Landfriede, gutes Gericht, gleiches Recht für alle Reichsstände waren ihnen daher ein echtes Bedürfnis. Geistlichen Kreisen entstammten die meisten Reichsreformschriften⁵⁶ der Vergangenheit und der Gegenwart. Sie zeigten sich im allgemeinen willens, die königliche Zentralgewalt zu fördern, daneben aber auch die reichsständische Mitarbeit zu entfalten und zu sichern. Vereinzelt fanden sich unter ihnen auch entschiedene Vertreter eines königlich monarchischen Reformprogrammes, wie es eben in diesen Tagen die Denkschrift des bischöflich magdeburgischen Reichstagsgesandten Hermannsgrün⁵⁷ vertrat.

⁵³ Datt, S. 831 (Nr. 26): „Hett die konigl. Maiestat tzugelassen was tzu nutz Eren vnd handhabung des hailigen reychs fuergenommen vnd angestellt wurd doch seiner ko. Maiestat oberkait hierinn allzeit vorbehalten vnd vnuergriffenlich.“

⁵⁴ Ziehen, Mittelrhein; II, S. 478.

⁵⁵ Ulmann, Maximilian, I, S. 299, 341 f. über die Haltung des Mainzers.

⁵⁶ Schröder-Künßberg, Deutsche Rechtsgeschichte, S. 862 f. — Bihlmeier-Tüchle, Kirchengeschichte, II, S. 508 f.

⁵⁷ Text bei Ulmann, Der Traum des Hermannsgrün, in: Forschungen zur deutschen Geschichte, 20 (1880), S. 67—92. Über die politische Tendenz dieser Denkschrift, die nachweisbar im Dienste König Maximilians verfaßt wurde, werde ich demnächst eine Spezialuntersuchung veröffentlichen. Die Auffassung Ulmanns (Maximilian, I, S. 336) kann ich nicht teilen.

Ganz andere Reformvorstellungen hegten die weltlichen Kurfürsten und Fürsten. Landfriede, Kammergericht und Reichssteuer erschienen ihnen nur so weit annehmbar, als sie keinen Eingriff in ihre dynastischen und territorialen Rechte enthielten⁵⁸. Jede Reform mußte ihre Sonderrechte sichern. Im übrigen sollten die Reste der königlichen Gewalt beseitigt und der hochfürstliche Einfluß auf das Reichsregiment durch neue Verfassungseinrichtungen gesichert werden. Nicht ganz so weit ging Bertold von Mainz, der zwischen monarchischer und oligarchischer Reichsgestaltung wohl eine mittlere Linie zu halten suchte⁵⁹. Eine bemerkenswerte Enge legten dagegen die Städtevertreter an den Tag. Sie beschränkten ihren Eifer auf die Verhinderung jeder Steuerleistung. Nicht einen einzigen aufbauenden Gedanken vermochten sie zur Wormser Ordnung beizutragen⁶⁰.

Die nächsten Wochen vergingen in einem stillen Ringen, ohne daß man einen Schritt weiterkam. Da traten Mitte Mai in Italien Ereignisse ein⁶¹, die auch die Wormser Reichstagsverhandlungen neuerdings in Schwung brachten. König Karl von Frankreich hatte Neapel verlassen und marschierte neuerdings gegen Rom, das der Papst fluchtartig verließ, wandte sich gegen Toscana und weiter in Richtung Lombardei. Damit war für König und Reich der Bündnisfall der Heiligen Liga gegeben. Am 7. Mai forderte Maximilian nochmals rasche Italienhilfe⁶². Aber die Reichsstände weigerten sich nach wie vor, auf die königlichen Hilfsbitten zu antworten.

Am 14. Mai erschien der König persönlich vor der Reichsversammlung⁶³, um den Ständen die Lage klarzumachen. Sichere Nachrichten waren inzwischen eingetroffen über den Marsch König Karls auf Rom und über die Anschläge des Herzogs von Orleans auf Mailand. Diesmal vermochten sich die Reichsstände der Hilfsbitte nicht zu entwinden. Auf die vorsichtige Frage, wie er sich die Hilfenkenne, verlangte Maximilian eine Anleihe von 150.000 Gulden binnen sechs Wochen, welche aus der Reichssteuer, die noch zu beschließen war,

⁵⁸ Vgl. Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 40.

⁵⁹ Daß Bertold den extremen kurfürstlichen Regimentsplan nicht billigte, ist zu entnehmen aus seiner Äußerung gegenüber den Städtevertretern: Es sei Hoffnung, daß die Kurfürsten, Fürsten und anderen Stände des Reiches ihre Vorschläge zu den Reformentwürfen des Königs „also zimlich vnd erberlich begreyffen und angeben“, daß der König sie ohne Mißfallen annehmen und bestätigen werde (Datt, S. 861). Auch in mehreren anderen Fällen ist eine ähnliche vermittelnde Tätigkeit des Mainzers festzustellen.

⁶⁰ Sie lieferten sich in allen Fragen dem Urteil der Kurfürsten und Fürsten aus (vgl. Datt, S. 833, Nr. 31).

⁶¹ Wiesflecker, Heilige Liga, a. a. O., S. 189 ff.

⁶² Datt, S. 832 (Nr. 28). — Müller, I, S. 314.

⁶³ Datt, S. 832 (Nr. 30). — Vgl. Ulmann, Maximilian, I, S. 355 f.

zurückgezahlt werden sollte⁶⁴. 100.000 Gulden sollten die Stände vorstrecken, 50.000 wollte er selber aufbringen. Damit wollte der König wenigstens Mailand retten.

Die Fürsten erkannten wohl, daß die Verhandlungen nun zur Entscheidung drängten. Anderntags (18. Mai) erklärten sie ihre Hilfsbereitschaft für den Fall, daß zuerst ihre Reformvorlagen behandelt würden⁶⁵, ohne die eine wirksame Reichshilfe nicht geleistet werden könne. Sie überreichten dem König nunmehr den voll ausgearbeiteten Entwurf der ständischen Reformvorlage⁶⁶. Noch entschiedener als in der Kurzfassung vom April trat jetzt das kurfürstliche Forderungsprogramm in Erscheinung. Ja, die Stände fühlten sich so stark, daß sie ihre Eingabe mit dreisten Mahnungen begleiteten⁶⁷. Es müsse ihnen die Rückzahlung der geforderten Anleihe aus der Reichssteuer sichergestellt werden. Die Reichsversammlung habe die Verwendung des Geldes zu überwachen. Der König habe sich in Zukunft in allen Reichsangelegenheiten an den Rat der Kurfürsten und Fürsten zu halten und könne nicht einfach nach Belieben eilende Hilfe fordern. Seit hundert Jahren sei das Reich in sichtbarem Verfall; viele Reichsländer seien entfremdet und die Lasten der verbliebenen Länder daher stets gestiegen. Der König möge auch die entfremdeten Reichsländer zur Steuerleistung heranziehen. Der Mailänder sei an seinem Unglück selber schuld, weil er die Franzosen nach Italien gerufen habe. Und die Hauptsache: eine Geldhilfe werde erst dann geleistet, wenn der König den Reichstag nicht vor Vollendung des Reichsreformwerkes verlasse.

Der König steckte diese Vorwürfe zunächst schweigend ein, um den Fortgang der Verhandlungen nicht zu stören und machte sich über das Studium der Vorlagen.

Noch klarer als die Kurzfassungen vom April zeigte diese Vorlage⁶⁸, daß es den Kurfürsten und Fürsten vor allem auf den Reichsratsentwurf, also auf eine neue, durchaus oligarchische Reichsverfassung ankam. Offenbar mit allergrößtem Eifer war diese Reichsratsordnung bis in alle Einzelheiten durchberaten, so daß man dem König bereits den fertigen Entwurf einer Vertragsurkunde vorlegen konnte. Schon die Zusammensetzung und der Geschäftsgang dieses Reichsrates sicherte den Kurfürsten den entscheidenden Einfluß. Von den 17 Räten ernannte der

⁶⁴ Datt, S. 833 (Nr. 32).

⁶⁵ Müller, I, S. 317 f. — Datt, S. 833 f. (Nr. 33).

⁶⁶ Datt, S. 836—841 (Nr. 40). — Müller, I, S. 381—386. — Vgl. Ulmann, Maximilian, I, S. 347. — Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 183 ff. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 480 ff.

⁶⁷ Datt, S. 834 f. (Nr. 34, 35, 36).

⁶⁸ Text bei Datt, S. 836—841 (Nr. 40). — Müller, I, S. 381—386.

König den einzigen Präsidenten; jeder der 6 Kurfürsten ernannte einen Rat. Die zehn übrigen Räte sollten aus den Landschaften des Reiches und aus den Städten genommen werden. Diesen 17 Reichsräten sollte dauernd in vierteljährlichem Wechsel ein Kurfürst persönlich zur Seite stehen. Sicher würde der den königlichen Präsidenten bald zur Seite geschoben haben. Und das Wichtigste: die ohnehin schwache königliche Gewalt war in diesem Entwurf so gut wie ganz beseitigt und durch eine vorwiegend kurfürstliche Oligarchie ersetzt. Dem König sollte nur das Recht der Adelsverleihung und der Investitur vorbehalten werden. Alle übrigen Reichsgeschäfte und Hoheitsrechte waren diesem ständischen Reichsrat zugedacht, der sie zusammen mit dem Kurfürstenrat mehrminder unabhängig vom König zu verwalten hatte. Und zwar gehörten dazu Schutz und Schirm nach außen und innen, Krieg und Frieden, Bündnis, Gerichtsbarkeit, Lehnschaften, Finanzen und Reichsärar, Steuersachen, die Summe der inneren Angelegenheiten, Polizei genannt, soweit sie überhaupt noch Reichssache waren; dazu die Reste der Regalien. Dies alles soll vom Reichsrat beraten, verbindlich beschlossen, beurkundet und durchgeführt werden. Was nur im Namen des Königs ohne Mitwirkung des Reichsrates geschehe, soll fortan null und nichtig sein. Die Stadt Frankfurt, inmitten des kurrheinischen Bereiches, sollte Sitz dieses Reichsregimentes werden, übrigens auch des Kammergerichtes und des Reichsärars. Frankfurt lag für die meisten Kurfürsten günstig. Das schien ihnen die Hauptsache.

Dieses Ansinnen scheint nun des Königs Erbitterung ausgelöst zu haben. Er fühlte sich „erpreßt“, wenn ich seinen Ausdruck sinngemäß wiedergebe⁶⁹. Kein Zweifel, die Fürsten hatten mit dieser Vorlage den Bogen überspannt. Nicht nur der König, auch die gemeinen Fürsten und kleineren Reichsstände fühlten sich von dieser kurfürstlichen Übermacht bedroht. Klug versuchte nun der König, die Blöße, welche sich die kurfürstlichen Reichsreformer in ihrem Übereifer gegeben, für sich auszunützen.

Zunächst hüllte sich der König durch zehn Tage in völliges Schweigen. Dann wies er entrüstet die ständischen Vorwürfe zurück. Am 25. Mai ließ er der Reichsversammlung sagen⁷⁰, er habe stets zum Nutzen des Reiches gehandelt und dabei sein eigen Gut und Blut nie gespart. Stets hätten seine österreichischen Erbländer die Hauptlasten für das Reich getragen. Wenn sich die Reichsstände gegenseitig befehdeten, so daß das Reich verfallende, sei es wahrlich nicht seine Schuld. Allerdings

⁶⁹ Vgl. Datt, S. 845: „damit die ko. Mt. nit gedaccht das man jn mit der hilf pfenden...“

⁷⁰ Datt, S. 841 f. (Nr. 41). — Müller, I, S. 321 f.

sei der Mailänder gezwungen gewesen, mit den Franzosen sich zu einigen; aber gerade deswegen sei es Pflicht des Reiches, Mailand gegen die Franzosen in Schutz zu nehmen. Die Reichsversammlung habe nicht die geringste Ursache, der Ehre des Königs in versteckten Anspielungen nahezutreten. Stets sei der König auf die Reichsreform bedacht gewesen. Niemals habe er etwas anderes im Sinne gehabt. Er werde die Reform nun auch zu Ende führen lassen. Keinesfalls aber lasse er sich von den Ständen „erpressen“. Die 150.000 Gulden eilender Hilfe fordere er sofort und ohne jede Bedingung⁷¹.

Die Kurfürsten mußten erkennen, daß sie zu weit gegangen waren. Wenn es zu einem Abbruch der Verhandlungen kam, konnten sie ihr Verschulden kaum bestreiten. Sie beeilten sich daher, am Folgetag den König in aller Form um Entschuldigung zu bitten. Es sei alles nicht so gemeint gewesen⁷². Um den König milder zu stimmen, stellten sie zugleich die eilende Hilfe in Aussicht, allerdings nur 100.000 Gulden, anstatt der verlangten 150.000. Sie gaben sich außerdem mit einem ganz allgemeinen Reformversprechen des Königs zufrieden. Sie baten den König um Ernennung eines Reichshauptmannes für Italien und beeilten sich, einen Verteilungsschlüssel für die Anleihe auszuarbeiten, wobei sich die Städte zäh gegen die Benachteiligung durch die Fürsten wehren mußten.

Am 1. Juni wurde denn auch die Hilfsanleihe von der Reichsversammlung in aller Form bewilligt⁷³, wobei Bertold neuerdings betonte, der König dürfe nicht das Gefühl haben, daß man ihn „erpressen“ wolle. Niemand sollte sagen können, die Stände hätten die Interessen des Reiches gefährdet. Es war die erste große Entscheidung des Wormser Tages und ein Erfolg des Königs. Den Kurfürsten war nun offenbar vor ihrer eigenen Kühnheit bange geworden. Sie wünschten einzulenken. Bertolds Vermittlungskunst war es wohl gelungen, diese gefährliche Klippe zu überwinden. Es ist ohne Zweifel ein Kennzeichen für sein staatsmännisches Geschick, daß er die kurfürstlichen Überforderungen zu mäßigen, die Stände zusammenzuhalten und mit dem König auszugleichen verstand.

Selbst die verstocktesten Gegner der kaiserlichen Außenpolitik konnten sich damals den dringenden Hilferufen⁷⁴ des Papstes, der Spanier, Venedigs und Mailands nicht mehr verschließen.

⁷¹ Daß diese Äußerung von seiten des Königs gefallen sein muß, ist zu entnehmen der Mitteilung des Mainzers an die Städte vom 1. Juni (vgl. Datt, S. 844 f.).

⁷² Datt, S. 842 f.

⁷³ Datt, S. 844 ff. (Nr. 43). — Müller, I, S. 334 ff. — Ulmann, Maximilian, I, S. 358.

⁷⁴ Datt, S. 852 (Nr. 49). — Müller, I, S. 316. — Segrè, Ritirata, a. a. O., III, S. 398 ff., Nr. 14.

In den letzten Maitagen ließ Maximilian den Ludovico Moro auch zu Mailand von Reichs wegen feierlich belehnen⁷⁵, um ihn gleichsam öffentlich unter den Schutz des Reiches zu stellen. Bewußt setzte er sich dabei über die reichsständische Mitbestimmung hinweg und gab Ludovico die Lehen auch für seine Erben, wofür er wohl die letzten Raten seiner Mitgift und die fälligen Lehenstaxen erhielt⁷⁶, die ihn für einige Monate von seiner Geldnot erlösten.

Den Plan eines Italienzuges hatte Maximilian für dieses Jahr aufgeben müssen. Die Jahreszeit war fortgeschritten, und wie die Dinge lagen, mußte das Reformwerk abgeschlossen werden. Nur zu einem Entlastungsangriff über den Rhein gegen Burgund zeigte er sich bereit⁷⁷.

Mitte Juni wurde die Lage in Italien noch bedrohlicher, weil Karl bereits durch die Toscana gegen die Lombardei marschierte, während der Orleans am 10. Juni Novara besetzt hatte, eine Stadt, die sozusagen vor den Toren Mailands lag. Ludovico Moro lief nun Gefahr, einerseits vom Orleans, andererseits vom rückmarschierenden französischen König umfaßt und erdrückt zu werden. In flehenden Schreiben bat er daher den deutschen König und bat jeden einzelnen Kurfürsten um Hilfe des Reiches⁷⁸. Die Venezianer erinnerten den König an das bekannte Römerwort: Während man in Rom Kleinigkeiten berät, stürmt Hannibal Sagunt⁷⁹.

Maximilian ergriff diese Gelegenheit neuerlich und mahnte am 15. Juni zunächst die Auszahlung der eilenden Hilfe von 100.000 Gulden ein und forderte außerdem eine zusätzliche Geld- und Truppenhilfe⁸⁰. Der Schwäbische Bund und die Eidgenossen als nächste Nachbarn mußten dem Mailänder sofort zu Hilfe eilen. Der König wolle selber rüsten und die Reichsstände mußten das gleiche tun. Was jetzt mit geringen Mitteln verhütet werden könnte, sei später mit größtem Aufwand nicht mehr zurückzuholen. Niemand könne zweifeln, daß wenigstens Mailand für das Reich erhalten werden müsse.

Mit Nachdruck erklärte der König, daß er die Reichsreform nun zu Ende bringen wolle. Zwei Tage sei er von morgens bis abends über den Entwürfen gesessen und wolle sie in weiteren zwei

⁷⁵ Org.-Pgt. in Wien, HHSA. — Du Mont-Rousset, Corps Diplomatique, Supplement II/2, S. 491—495, Nr. 302 enthält ein notarielles Instrument über die Belehnung in Mailand und Pavia am 22. und 28. Mai 1495. — Wiesflecker, Heilige Liga.

⁷⁶ Malipiero, S. 340.

⁷⁷ Segrè, a. a. O., S. 398 ff., Nr. 14.

⁷⁸ Datt, S. 848 ff. (Nr. 47). — Müller, I, S. 348 ff.

⁷⁹ Romanin, V, S. 75.

⁸⁰ Datt, S. 848 ff. (Nr. 47). — Müller, I, S. 348 ff. — Ulmann, Maximilian, I, S. 361 f. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 484 f.

Tagen vollenden. Man werde sehen, wie trefflich der König für Recht, Frieden und Ordnung im Reich vorgesorgt habe. Der König zögerte allerdings noch lange, mit seinen Vorschlägen herauszurücken.

Der König hatte wohl gehofft, die wachsende äußere Gefahr würde die Stände williger stimmen. Aber sie ließen sich nicht überumpeln. Schon am anderen Tag (16. Juni) bezeichneten sie die neuen Hilfsforderungen des Königs als ganz unannehmbar⁸¹. Sie seien der Reform wegen zusammengekommen. Nur die Reform hätten sie bisher beraten. Erst wenn der König die Reformentwürfe beantwortet habe, könne man über weitere Hilfe reden. Im übrigen lasse der König von Frankreich sagen, er werde gegen den Papst und gegen das Reich nichts unternehmen. Außerdem wollten die Stände selber eine eigene Gesandtschaft zu den Franzosen schicken, um mit ihnen über den Frieden zu verhandeln. Bis zur Rückkehr dieser Gesandtschaft sollte es bei den 100.000 Gulden eilender Hilfe bleiben.

Die Stände hatten nicht nur alle Forderungen des Königs rundweg abgelehnt, sie machten zugleich Miene, über seinen Kopf hinweg selbstständig mit den Franzosen zu verhandeln⁸². Das war es wohl, was den König am meisten erzürnte.

Jetzt drängte Maximilian zur Entscheidung. Neuerdings erklärte er den Ständen, er habe stets gut regiert, so daß niemand mit Recht klagen könne. An seine Machtvollkommenheit als regierender König lasse er nicht rühren⁸³.

Am 22. Juni erging dann die eingehende Antwort des Königs auf die ständischen Reformentwürfe. Dem ständischen Reichsratsplan stellte Maximilian einen sehr ausführlichen eigenen Reichsratsplan⁸⁴ entgegen. Er hielt sich im allgemeinen an die ständische Vorlage und versuchte nur durch kleine Änderungen oder Auslassungen ihren Sinn umzukehren. Der König wollte seinen Reichsrat selbst besetzen und zeigte sich nur bereit, den Rat der Reichsversammlung dazu zu hören. Der Reichsrat sollte nur den abwesenden König vertreten und an dessen Weisungen gebunden sein. Er sollte eben ein Hofrat bleiben, der den frei regierenden König in der Ausübung der Geschäfte zu unterstützen hatte. Alles, was Würde und Macht der Majestät betraf,

⁸¹ Datt, S. 850. — Müller, I, S. 350 f.

⁸² Dies ist besonders bezeichnend für die ständischen Mitregierungswünsche. 1487 in Nürnberg hatten die Stände eine Einladung des Kaisers, sich an einer Gesandtschaft zu beteiligen, noch entschieden abgelehnt (vgl. Müller, Reichstagstheaturum Friedrichs, III, S. 89 ff.).

⁸³ Müller, I, S. 389.

⁸⁴ Text bei Datt, S. 853 ff. (Nr. 51). — Müller, I, S. 386 ff. — Ulmann, Maximilian, I, S. 362 ff. — Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 188 f.

behielt sich der König ausdrücklich vor: Schutz und Schirm des Reiches, Krieg und Frieden, Äußeres und Bündnis sollten Königssache bleiben.

Unvereinbar trat der königliche Reichsratsplan dem kurfürstlichen Reichsratsplan gegenüber. Diesen Gegensatz hatte der König wohl vorsätzlich scharf zugespitzt. Denn er durfte hoffen, den kurfürstlichen Reichsratsplan zu Fall zu bringen, zumal auch viele Fürsten und Reichsstände sich mit dieser kurfürstlichen Übermacht nicht einverstanden zeigten⁸⁵.

Grundsätzlich einverstanden war der König dagegen mit Landfrieden, Kammergericht und Pfennigordnung, wenn er auch eine Reihe von Änderungsvorschlägen vorbrachte⁸⁶, die fast durchaus als Verbesserungen gelten konnten. So wandte sich der König gegen die hochfürstlichen Gerichtsprivilegien, zumal gegen das sogenannte „Suppenessergericht“, wie man es bezeichnend nannte⁸⁷. Wenn die unteren Stände gegen Kurfürsten oder Fürsten klagten, sollte zunächst nicht das Kammergericht zuständig sein, sondern eben ein Gerichtshof, den der beklagte Fürst oder Kurfürst aus seinen eigenen Beamten, seinen „Suppenessern“, besetzte. Beklagter und Gerichtsherr waren in diesem Fall tatsächlich eins. Gegen diesen Unfug, aber auch gegen andere Auswüchse reichsfürstlicher Gerichtsprivilegien kämpfte der König allerdings vergeblich. Erfolgreicher war er dagegen in seinem Widerstand gegen den Pfändungsartikel der Landfriedensordnung, gegen das Recht der Stände, im Selbsthilfefverfahren Pfändungen vorzunehmen. Außerdem wünschte Maximilian den Einfluß über das Kammergericht, die Banngewalt, die Einsetzung der Richter in eigener Hand zu behalten und das Gericht nach Bedarf an seinen Hof zu ziehen. Auch bei der Steuerordnung hätte der König Wünsche gehabt, welche die Höhe der Steuer und die Art der Einhebung betrafen.

Damit waren die gegenseitigen Standpunkte klar: Unvereinbar in der Reichsratsfrage, in allen anderen Punkten aber zu gewissem Einvernehmen gediehen. Die Reichstagshandlungen standen damit auf ihrem Höhepunkt.

Schneller, als man erwarten konnte, innerhalb von drei Tagen (22. bis 25. Juni), fiel die Entscheidung. Am 25. Juni waren neuerdings Gesandtschaften mit sehr bedrohlichen Nachrichten aus Italien eingetroffen, die ihre Wirkung auf die Reichsversammlung nicht verfehlt haben dürften. Die Stände wagten es nicht mehr, die Verantwortung für einen möglichen Verlust Italiens auf sich zu laden. Rasche

⁸⁵ Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 40.

⁸⁶ Datt, S. 856 f. (Nr. 52, 53, 54). — Müller, I, S. 394, 420 f., 430 f.

⁸⁷ Ullmann, Maximilian, I, S. 377.

Hilfe und Rettung sei notwendig, meinten sie. Sie wollten ihre Darlehensanteile so bald als möglich bezahlen⁸⁸.

Wieder war es wohl Bertold von Mainz, der die Kurfürsten und Fürsten zur Einsicht brachte. In der Tat zogen sie ihren Reichsratsplan als Ganzes zurück⁸⁹ und fanden sich bereit, gewisse Einzelforderungen in der weit mäßigeren „Handhabung“ unterzubringen. Außerdem begannen sie endlich mit der Auszahlung der längst bewilligten 100.000 Gulden und stellten für den völligen Abschluß der Reform eine weitere Anleihe auf die Reichssteuer in Aussicht. Dagegen nahm der König die Reformentwürfe mit Ausnahme des Reichsrates grundsätzlich an. Über Einzelheiten wollte man allerdings noch weiter verhandeln. Damit war die Reichsreform über den Berg.

Es besteht kein Zweifel, daß beiden Seiten die Reform am Herzen lag und daß daher beide zu Zugeständnissen bereit waren. Der König fühlte sich offensichtlich gedrängt von den Vorgängen in Italien, die ihn jede Stunde vor neue Überraschungen stellen konnten. Auch die Stände konnten sich diesen Vorgängen nicht ganz entziehen, zumal die geistlichen Fürsten mußte das Schicksal des Papstes bewegen. Bertold von Mainz riet seinen kurfürstlichen Standesgenossen dringend, ihre Forderungen zu mäßigen. Ebenso bestimmte er zusammen mit dem Kurfürsten von Sachsen auch die Städteboten, ihren Widerstand gegen die Anleihe aufzugeben⁹⁰. Beides gelang und dies entschied das Schicksal des Wormser Tages.

Für Italien freilich kam diese Einigung zu spät. Bereits am 6. Juli hatte König Karl von Frankreich sich bei Fornuovo⁹¹ gegen die viel zu schwachen Mailänder und Venezianer den Austritt aus dem Appenin und die Heimkehr nach Frankreich erkämpft. Man kann wohl sagen, der Wormser Tag habe die Franzosen gerettet. Mit ungefähr ähnlichen Worten sagte es der französische Hofhistoriograph Commines auch. Maximilian konnte nur noch einige tausend deutsche Knechte vor Novara werfen, um Mailand zu retten. Die Verpflichtungen des Liga-Vertrages hatte Maximilian infolge der Haltung seiner Stände keineswegs erfüllen können.

Über Worms hatte sich seit dem Ausgleich der letzten Junitage das

⁸⁸ Datt, S. 859 (Nr. 61). — Müller, I, S. 358 ff.

⁸⁹ Die Stände wiesen am 28. Juli darauf hin, daß sie von manchem (= Reichsrat) Abstand genommen hätten, weil der König damit nicht einverstanden war (Datt, S. 871). Bertold von Mainz hoffte, die Kurfürsten und Fürsten würden ihre Vorschläge so geziemend und ehrbar fassen, daß der König diese Rechts- und Friedensordnung ohne Mißfallen bestätigen werde (vgl. Datt, S. 861).

⁹⁰ Datt, S. 859 f. — Müller, I, S. 359 ff.

⁹¹ Vgl. Wiesflecker, Heilige Liga, a. a. O., S. 190.

politische Wetter völlig ausgeheitert. Ständische und königliche Vertreter berieten während der ersten Juliwochen die Schlußfassungen der Reformgesetze. Die Reichsratsordnung wurde durch eine gemäßigtere „Handhabung“ ersetzt⁹². Bereits am 14. Juli waren die Verhandlungen zu einem gewissen Abschluß gediehen. Nun konnte jene Reihe von Festlichkeiten beginnen, die den Erfolg des Wormser Tages beschließen und krönen sollte.

Am 14. Juli verlieh der König als erstem Bertold von Mainz die Reichslehen, Regalien und Privilegien⁹³. Unter freiem Himmel auf dem oberen Platz zu Worms war der Lehensstuhl aufgerichtet. Inmitten seiner Kurfürsten und Fürsten vollzog der König diese Zeremonie in den altfeierlichen Formen, unter gewaltigem Zulauf des Volkes. An den nächsten Tagen folgten die Investituren für Köln, Trier, Sachsen, Kurpfalz und für viele andere Fürsten⁹⁴.

Tag für Tag gab es neue Feste. Eines der eindrucksvollsten war ohne Zweifel die Erhebung Württembergs zum Herzogtum. Die Erhebungsurkunde⁹⁵ enthält übrigens eine Bestimmung besonderer Art. Sollte Württemberg im Mannesstamm aussterben, was damals zu erwarten stand, so sollte das Herzogtum für ewige Zeiten geschlossen als Wittumsgut an das Reich (nicht an Habsburg!) fallen. Der Gedanke einer kaiserlichen Reichsgutbildung ist unverkennbar.

Das spannendste Ereignis dieser Festtage war sicher das große Turnier Maximilians mit dem burgundischen Ritter Cloi de Waudrey⁹⁶, das um den 20. Juli stattgefunden haben muß. Maximilian wollte dem berühmten Turnierhelden offenbar die Ehre seiner Gegnerschaft erweisen. In der Tat gab es einen spannenden Kampf. Der König setzte dem Burgunder mit so harten Schlägen zu, daß er sich ergeben mußte. Ungeheurer Jubel bedankte den siegreichen König für seine ritterliche Leistung.

Später bemächtigte sich sogar die Legende dieses Wormser Turniers. Ein Franzose, so erzählte man, habe die ganze deutsche Nation in die Schranken gefordert. Weil alle den Waghals fürchteten, sei ein verdeckter Ritter in die Schranken getreten, habe den Prahler niedergeworfen, dann erst das Visier gehoben und sich als König zu erkennen gegeben.

⁹² Der ständische Entwurf der Handhabung vom 14. Juli bei Datt, S. 861 ff. — Müller, I, S. 394 f. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 487.

⁹³ Müller, I, S. 511 ff.

⁹⁴ Müller, I, S. 513 ff., 528 ff., 533 f., 539 ff., 554 ff.

⁹⁵ Müller, I, S. 542 ff. — Ullmann, Maximilian, I, S. 369. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 488 ff.

⁹⁶ Geschichten Wilwolts von Schaumburg, a. a. O., S. 156 ff. — Fugger, Ehrenspiegel, a. a. O., S. 1376 f. — Molinet, V, S. 17 ff.

Das Ereignis wäre auch ohne diese legendären Zutaten eindrucksvoll genug gewesen; denn seit den Tagen der Staufer hatte man dergleichen bei einem König nicht mehr gesehen.

Nach den Festtagen ging es an die letzte Prüfung der Reformvorlagen. Insbesondere die Pfennigordnung wurde von den Ständen eifrig beraten⁹⁷. Am 26. Juli legte man dem König die Endfassungen⁹⁸ des ewigen Landfriedens, des Kammergerichtes, der Handhabung und der Pfennigordnung zur Prüfung vor. Ein letztes Mal drangen die Stände in den König, er möge seinen Hof mit guten Räten versehen, damit die Schiebungen ein Ende hätten. Auch solle der König den Hofrat auf das Reich verpflichten. Außer diesen Hauptanliegen regten die Stände noch eine Ordnung der westfälischen Gerichte, der geistlichen Gerichtsbarkeit und der Münze an, welche diesmal oder auf dem kommenden Reichstag beraten werden sollte. Auch sollten die Erbländer und die Niederlande für das Reich in Pflicht genommen werden. Die Reichsverwandten in Italien sollten sich für den empfangenen Schutz am gemeinen Pfennig beteiligen. Vor allem aber sei mit dem Papst zu verhandeln, daß er sich an der Türkensteuer beteilige.

Über Nacht hatte der König die Vorlagen geprüft, um anderntags (27. Juli) seine Einwendungen mitzuteilen⁹⁹. Entschieden wies er diesen letzten ständischen Anschlag auf seinen Hofrat zurück. Er habe stets gut regiert. Seine Erfolge in den Niederlanden und gegen Ungarn bewiesen dies. Außerdem bezeichnet es der König als ganz unerträglich, daß man von ihm und seinem Sohn Philipp die Steuer früher einfordern wolle als von den anderen Reichsständen. Steuerpflicht und Steuertermin müßten für alle Reichsstände gleich sein.

Am folgenden 28. Juli reichte er noch einige Änderungs-wünsche nach¹⁰⁰, welche ihm über Nacht eingefallen waren. Der Fälligkeitstermin für die Reichssteuer müsse wegen der großen Türkengefahr allgemein auf Anfang September vorgezogen werden. Das Kammergericht müsse bei Hof bleiben. Der Pfändungsartikel und alle Reste der Selbsthilfe aus der Friedensordnung müßten fallen.

Der König erwies sich bis zuletzt als ein überaus zäher Unterhändler. Manches Zugeständnis, das er bereits halb gegeben, suchte er im Gedränge der Schlußverhandlungen zurückzunehmen. So kam ein Moment der Spannung in die Verhandlungen der letzten Tage.

Die Stände setzten den königlichen Forderungen nach außen hin

⁹⁷ Datt, S. 863 ff., 867 ff. — Müller, I, S. 430 ff., 433 ff.

⁹⁸ Datt, S. 869 (Nr. 66). — Ullmann, Maximilian, I, S. 370 ff. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 489.

⁹⁹ Datt, S. 869 ff.

¹⁰⁰ Datt, S. 870 f. (Nr. 67).

zwar vorerst ein entschiedenes Nein entgegen¹⁰¹. Sie hätten bereits in der Reichsratsfrage nachgegeben. Sie hätten, obwohl nicht vollzählig, den gemeinen Pfennig bewilligt. Man verhandle nun bereits volle zwanzig Wochen. Der König möge sich mit dieser Fassung nun endlich zufriedengeben. Der Einhebungstermin sei gerade recht angesetzt und könne nicht geändert werden. Daß der König als Oberhaupt des Reiches bei der Steuerablieferung mit gutem Beispiel vorangehe und früher zahle, schein den Ständen recht und billig.

Jetzt, wo es den Ständen eilig wurde, hatte der König Zeit. Die Schlußverhandlungen zogen sich vom 28. Juli bis zum 4. August hin. Zwar schweigen die Quellen darüber still, aber wir ersehen aus dem Ergebnis, daß sich der König noch manchen Teilerfolg sichern konnte. Der Pfändungsartikel¹⁰² der Landfriedensordnung fiel¹⁰³; ebenso die beleidigende Ausnahmebestimmung, daß Österreich und die Niederlande die Steuer früher abzuliefern hätten.

Die Städtevertreter waren aus diesen Schlußverhandlungen völlig ausgeschaltet. Sie verstanden es nicht, die Vorteile zu nützen, die ein engerer Anschluß an den König ihnen hätte bieten können. So hatte sich der König auf ihre Kosten mit den Fürsten einigen müssen. Es soll sogar über die Verpfändung einiger Reichsstädte an die Fürsten¹⁰⁴ geredet worden sein.

Eine weitere Geldanleihe wurde dem König zwar förmlich abgeschlagen, aber tatsächlich in Aussicht gestellt, wenn die Reformgesetze bestätigt seien¹⁰⁵. Davon aber erfuhren die Städte nichts. Am 4. August vormittags wurde bereits die Wahl der Kammerrichter und Schatzmeister vorbereitet. Die Reichstagsverhandlungen standen unmittelbar vor ihrem Abschluß.

Am 4. August nachmittags erschien Maximilian persönlich im Reichstag¹⁰⁶ und ließ verkünden, daß er sämtliche Reformgesetze kraft königlicher Autorität bestätigt habe. Mit Nachdruck forderte er das Reich auf, seine Rechte in Italien zu schützen und die Verpflichtungen der Liga einzuhalten. Dringend forderte er die Antwort der Stände auf seine Hilfsbitte vom 15. Juni. Ja, er forderte darüber hinaus eine neuerliche Anleihe auf den gemeinen Pfennig und eine Truppenhilfe von 20.000 Mann.

Die oberen Stände waren sich über die Antwort wohl schon einig.

¹⁰¹ Datt, S. 871.

¹⁰² Über diesen wichtigen Erfolg des Königs, der in der Literatur (Ulmann, Maximilian, I, S. 375) geradezu umgekehrt wurde, vgl. S. 30 f.

¹⁰³ Datt, S. 871 (Nr. 68).

¹⁰⁴ Datt, S. 872.

¹⁰⁵ Datt, S. 871 (Nr. 68).

¹⁰⁶ Datt, S. 873 (Nr. 69). — Ulmann, Maximilian, I, S. 374.

Man wartete nur noch auf die Ausführung der Reformgesetze. Am 6. August erschien das Mandat gegen Gotteslästerer¹⁰⁷, die Gottes Zorn auf diese Welt herabriefen; betrachtete doch Maximilian die Versöhnung des göttlichen Zornes und die Besserung der Sitten als die eigentlichen Grundlagen jeder Reform. Am 7. August wurden die denkwürdigen Wormser Reformgesetze über den ewigen Landfrieden, über das Kammergericht, über die Handhabung des Friedens und Rechtes und über den gemeinen Pfennig ausgefertigt und besiegelt. Ein neues Zeitalter der Rechts- und Verfassungsentwicklung des Reiches war damit eingeleitet.

Dafür bewilligten die Stände dem König am 9. August eine zweite Anleihe von 150.000 Gulden Kriegshilfe¹⁰⁸, davon 100.000 zum Italienkrieg und 50.000 zum Türkenkrieg. Der König sollte diese Summe aufnehmen dürfen, wo er wollte, sie sollte aber aus dem gemeinen Pfennig zurückgezahlt werden, und zwar vor der ersten Anleihe. Der laute Protest der Städteboten, welche man gar nicht gefragt, denen man einfach den Sack über den Kopf gezogen hatte, nützte ihnen nichts. Sie flüsterten sich schließlich insgeheim zu, es wäre das Beste, stille zu sein; denn man könne hoffen, daß diese Anleihe ebenso ins Wasser fallen werde wie die ganze Reichssteuer¹⁰⁹. Dies war nicht nur der stille Wunsch der Städte, sondern der meisten Reichsstände. Man wird es verstehen, daß der König wenigstens einen Teil der Steuereingänge durch Anleihen vorweg sicherstellen wollte.

Eine weitere Sicherstellung verstand der König durchzusetzen. Sie wurde zwar nicht in das Steuergesetz aufgenommen, aber doch als verbindliche Zusage bereits am 9. August dem König von den Ständen mitgeteilt¹¹⁰ und obendrein im Reichsabschied schriftlich festgehalten¹¹¹: Für den Fall, daß der gemeine Pfennig für die Rückzahlung der Anleihe nicht ausreiche, sollte die nächste Reichsversammlung eine „allgemeine Auflage auf alle Reichsstände nach herkömmlicher Gewohnheit“ aufsetzen. Seit es um ständische Anleihegelder ging, fand man sich bereit, sogar aushilfsweise zur herkömmlichen Matrikelordnung zurückzukehren. Dies war sicher ein bedeutender Fortschritt; denn die ständische Pfennigordnung erwies sich sehr bald als unbrauchbar. So wies auch in der Steuerordnung der königliche

¹⁰⁷ Müller, I, S. 467 f. — Neue Sammlung der Reichsabschiede, II, S. 28 f., Nr. 10. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 496.

¹⁰⁸ Datt, S. 882 f. — Müller, I, S. 370. Ziehen, Mittelrhein, II, S. 494.

¹⁰⁹ Datt, S. 883 f. (Nr. 73). — Müller, I, S. 370 ff.

¹¹⁰ Datt, S. 883: „... ain gemain anlegen auf die stend durchauß nach herkommen vnd gewonhait im reich aufsetzen.“

¹¹¹ Vgl. Reichsabschied (S. 55) Artikel 43, 44; vgl. außerdem das Formular der Garantie bei Datt, S. 888 (Nr. 77).

Plan der künftigen Entwicklung die Wege. Die vom König gewünschte Matrikelordnung setzte sich alsbald durch und galt für die Reichssteuer wie für das Reichsheer bis zum Untergang des alten Reiches. Zäh, zielstrebig und klug hatte der König in langwierigen Verhandlungen gegen die reichsständische Oligarchie manchen Vorteil erringen können. Gerade in der parlamentarischen Beratung war Maximilian durch seine Wendigkeit, durch seine Geschicklichkeit im Verzögern, im Spalten, im Täuschen und Überraschen ein Meister, der seinesgleichen suchte. Wer darin, wie Ulman, Kopflösigkeit, Planlosigkeit, Unstetigkeit und Wandelbarkeit sehen möchte¹¹², verschließt sich den Notwendigkeiten der parlamentarischen Taktik und vor allem den unleugbaren Erfolgen, die der König gegen die ziemlich geschlossene ständische Opposition zu erreichen vermochte.

Anfangs August wurde auch die Schlußfassung des Reichsabschiedes¹¹³ verhandelt und unter dem 7. August ausgefertigt. Dieser Abschied enthielt Zusätze, Durchführungsbestimmungen zu den größeren Reformgesetzen und Vereinbarungen für den nächsten Reichstag. Als besonders wichtig erschienen die Verhandlungen mit den abwesenden Ständen über die Durchführung der Wormser Reformgesetze, wozu verschiedene Fürsten bevollmächtigt wurden: Von Schutzmaßnahmen gegen die Türken war die Rede; umfassende Polizeigesetze für den nächsten Reichstag wurden in Aussicht genommen; vor allem sollte eine Reichsmünzordnung vorbereitet werden; das letzte Darlehen wollte man dem König noch in aller Form verbrieft und garantieren, was allerdings unterblieb. Das Kammergericht sollte am 1. Oktober beginnen. Das war das Wichtigste.

Der Abschied wurde von König Maximilian urkundlich ausgefertigt, besiegelt und von Bertold gegengezeichnet¹¹⁴. Eine Mitsiegelung durch die Fürsten war vorderhand nicht möglich gewesen, weil einige Punkte strittig blieben. Insbesondere verweigerten die Städte ihre Zustimmung zur letzten Anleihe¹¹⁵. Außerdem herrschte Unklarheit über die Verbindlichkeit der Reichstagsbeschlüsse für die Abwesenden¹¹⁶. Man erkannte rasch, daß über die Mitsiegelung des Abschiedes durch die Ständevertreter ein Einvernehmen vorderhand nicht zu erreichen war. Nicht nur die Städte, auch einige Fürsten hatten ihre Vorbehalte¹¹⁷. Damit war der Reichstag zu Ende.

¹¹² Vgl. dagegen die ganz andere Auffassung bei Ulmann, I, S. 333 ff, 361.

¹¹³ Vgl. eingehend S. 52 ff.

¹¹⁴ Vgl. S. 52, A. 201.

¹¹⁵ Datt, S. 884.

¹¹⁶ Vgl. Reichsabschied (S. 53 f.), Artikel 3, 4, 6—28.

¹¹⁷ Müller, I, S. 497 f. (über die Bedenken von Kurpfalz).

Mitte August ging man auseinander. Die Stände drängten nach Hause. Viele Kurfürsten und Fürsten waren schon vorher heimgesogen¹¹⁸; war man doch schon 21 Wochen beisammen gewesen. Der König schlichtete noch einige kleinere Unstimmigkeiten: so beruhigte er den Pfalzgrafen bei Rhein und sicherte dessen Vikariatsrechte gegen mögliche Einwirkungen der Reformgesetze¹¹⁹.

Nunmehr hatte der König Zeit, sich den schwierigen Schlußverhandlungen mit dem spanischen Gesandten Rojas zu widmen.

Schon vor dem Wormser Tag hatte Maximilian am 20. Jänner zu Antwerpen mit Rojas die berühmte Doppelhochzeit, die Mitgift- und Morgengabeverschiebungen, außerdem ein habsburgisch-spanisches Freundschaftsbündnis feierlich verbrieft¹²¹: Für ewige Zeiten wollten die beiden Häuser gleichsam einen Staat bilden. Aus dem Vertragstext klingt eine Vorahnung des Künftigen, obgleich es nach menschlichem Ermessen ganz unabsehbar war. Am 29. April wurde dieses Vertragswerk zu Worms feierlich ratifiziert¹²². Bereits für November 1495 wurde der Abschluß der Heirat vereinbart. Beide Urkunden hatte der Erzkanzler Bertold mitgezeichnet. Am 25. August, nach Reichstagschluß wurden die schwierigen erbrechtlichen Bestimmungen ausgehandelt, die dem Abschluß der habsburgisch-spanischen Doppelhochzeit noch im Wege standen. Damit war die Bahn für diese weltgeschichtliche Verbindung frei. Am 5. November konnte die schicksalhafte Doppelheirat in Mecheln per verba de praesenti vollzogen werden. Die Vorbereitung dieser Heirat war nicht das geringste unter den Wormser Geschäften. Fürwahr, auf diesem Tag vollzog sich nicht nur große Reichsgeschichte, sondern Weltgeschichte.

Es war nach dem Zeugnis vieler¹²³ ein großer Reichstag gewesen, desgleichen man langher nicht erlebt habe. Trithem mit seinem scharfen Blick für das Naheliegende fügte allerdings bei: „Es wurde viel geredet, geschehen ist nichts“¹²⁴. Sebastian Brant sah weiter. Er pries den Wormser Tag als glückverheißend für das ganze Reich. Der Name dieser Stadt müsse noch in ferner Zukunft mit dankbaren Gefühlen genannt werden; denn sie habe das Reich vor dem Untergang

¹¹⁸ Vgl. Reichsabschied (S. 54), Artikel 31.

¹¹⁹ Müller, I, S. 497 f.

¹²¹ Original in Simancas Archivo general, Catalogo V.

¹²² Original in Simancas Archivo general, Catalogo V.

¹²³ Eine Sammlung von historiographischen Zeugnissen enthält Datt, S. 493 ff.

¹²⁴ Trithemius (Chronicon Hirsaugiense 1495): „de movenda in Turcas expeditione multa fuerunt dicta, multa conclusa, et nihil sequebatur in actu“ (bei Datt, S. 495).

gerettet: „Solch kräftige Einung ist geschehen, so man im Reiche habe nie gesehen“¹²⁵. In der Tat schienen „Kaiser und Reich“ nochmals vereint.

Der ewige Landfriede

Die größte Leistung, der eigentliche Ruhmestitel des Wormser Tages, war ohne Zweifel der ewige Landfriede. Hatte man sich bisher durch Jahrhunderte mit zeitlich und landschaftlich begrenzten Friedensbünden behelfen müssen, so trat nunmehr der ewige Landfriede für das ganze Reich in Kraft. Wenn die bestehende Unsicherheit auch nicht augenblicklich beseitigt werden konnte, so war der kommenden Entwicklung doch der Weg gewiesen. Alle Fehde war unbedingt und für alle Zeiten aufgehoben, die Selbsthilfe auch in Gestalt der eigenmächtigen Pfändung untersagt. An die Stelle der Gewalt trat durchaus das Recht. Das Reich und sein Kammergericht nahmen fortan die oberste Rechtswahrung an sich.

Diese sind die Hauptbestimmungen des Landfriedensgesetzes¹²⁶:
1. Vom Zeitpunkt dieses Friedens ab soll niemand, wes Standes er sei, den anderen befehlen, berauben, bekriegen, weder selber noch durch Helfer. Wer Ansprüche an einen andern zu haben vermeint, soll diese suchen vor den ordentlichen Gerichten nach Ordnung des Kammergerichtes. — 2. Alle offenen Fehden im ganzen Reich sind aufgehoben kraft königlicher Machtvollkommenheit. — 3. Jeder Friedensbrecher verfällt außer den gewöhnlichen Strafen der Reichsacht, dem Verlust seines Leibes und Gutes, all seiner Ansprüche und Forderung und dem Heimfall seiner Lehen. — 4. Wenn die Friedensbrecher nicht festgestellt und überführt werden können, so sollen alle Verdächtigten zu einem „Reinigungseid“ gegenüber dem Geschädigten verhalten werden. Wenn sich die Verdächtigten einem solchen Reinigungseid versagen, sollen sie des Friedensbruches schuldig sein. Im Falle eines Friedensbruches sollen alle, die dies bemerken oder dazu aufgefordert werden, die Verfolgung des Friedensbrechers aufnehmen¹²⁷. — 5. Niemand soll Friedensbrecher aufnehmen, pflegen und unterstützen in seinem Haus oder seiner Herr-

¹²⁵ Ziehen, *Mittelrhein*, II, S. 500.

¹²⁶ Volltext bei Datt, S. 873—875. — Lünig, *Reichsarchiv*, a. a. O., S. 146—149, Nr. 56. — Müller, I, S. 397—399. — *Neue Sammlung der Reichsabschiede*, II, S. 3—6, Nr. 1. — Zeumer, *Quellensammlung*, S. 281 ff., Nr. 173. — Altmann-Bernheim, *Ausgewählte Urkunden*, S. 254 ff., Nr. 110. — Vgl. Ulmann, *Maximilian*, I, S. 375. — Hartung, *Reichsreform*, a. a. O., S. 197 ff.

¹²⁷ Zur Sicherung des Landfriedens hatte Maximilian schon 1491 (Müller, *Reichstagstheaturm* unter Friedrich, III, S. 196 ff.) die Einrichtung von Friedenskreisen angeregt und im Wormser Abschied auch teilweise durchgesetzt.

schaft. — 6. Wenn die Friedensbrecher sich durch irgend jemandes Gunst oder durch Gewalt dem Recht entziehen, derart, daß ein Feldzug gegen sie nötig ist, oder wenn ein Landfriedensgenosse durch einen Auswärtigen befehdet oder bekriegt wird, der diesem Landfrieden nicht angehört, so sollen sich die Geschädigten oder der Kammerrichter an den König und an die jährliche Versammlung der Reichsstände wenden, die dem Geschädigten unverzüglich Hilfe zu leisten haben. Ist der Handel oder der Überfall aber so dringlich, daß man auf die jährliche Versammlung nicht warten kann, so darf der Kammerrichter in Königs Namen den König und die Reichsstände an eine geeignete Malstatt laden, wo über die Hilfe verhandelt werden soll. Außerdem soll der Kammerrichter von Amts wegen den Geschädigten zu Hilfe kommen und gegen die Friedensbrecher im Rechtswege vorgehen. — 7. Die reisigen Knechte, die keine Herrschaft anerkennen und ihrem Vorteil nachreiten, sollen im Reichsgebiet nicht geduldet, sondern bestraft werden. — 8. Geistliche Friedensbrecher unterstehen dem geistlichen Gericht. — 9. Der König setzt jede vertragliche Verpflichtung, die sich gegen diese Landfriedensordnung richtet, außer Kraft; jedoch sollen derartige Verträge, wie Schuldverschreibungen in allen anderen Punkten verbindlich bleiben. Niemand soll durch diesen Landfrieden in seinen gerechten Schuldforderungen geschädigt werden. — 10. Der König befiehlt diesen Landfrieden in allen Punkten stest zu halten und innerhalb der Fürstentümer, Grafschaften, Herrschaften und Gebiete ernsthaft durchzuführen bei Vermeidung der besonderen und reichsrechtlichen Strafen sowie der königlichen Ungnade. — 11. Alle alten königlichen Privilegien und Bestimmungen, soweit sie diesem Landfrieden widersprechen, sind außer Kraft. — 12. Jedoch soll dieser Landfriede dem alten Reichsrecht keinen Abbruch tun, sondern es vermehren. Jedermann ist zur Einhaltung dieses Landfriedens verpflichtet von der Stunde der Verkündigung an.

Der König wünschte, daß alle anwesenden Kurfürsten, Fürsten und Stände für sich und für die abwesenden den Landfrieden bestätigen sollten¹²⁸. Eine derartige Zustimmung, welche die Verbindlichkeit von Reichstagsbeschlüssen auch für Abwesende bedeutet hätte, war nicht zu erreichen¹²⁹. Die Kurfürsten und Fürsten verfolgten auch da das Ziel, möglichst große Gerechtsame an sich zu bringen, ohne indes größere Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

Gerade in der Friedensfrage tritt die führende Rolle des Königs deutlich zutage. Noch zu Lebzeiten des Vaters hatte Maximilian den Frie-

¹²⁸ Müller, I, S. 394.

¹²⁹ Der Reichsabschied sieht umständliche Verhandlungen mit den abwesenden Ständen vor, um sie zur Annahme der Wormser Beschlüsse zu bewegen.

denkgedanken nach Kräften gefördert¹⁵⁰. Ebenso wie die Reichssteuer gedachte er auch den Frieden zu einer beständigen, „ewigen“ Einrichtung zu machen. Der Traum des Hans von Hermannsgrün, jene Flugschrift, die den Wormser Tag vorbereiten und die Fürsten für die königlichen Pläne gewinnen sollte, ist ganz und gar vom Landfriedensgedanken durchdrungen¹⁵¹. Mit der Friedensidee fand Maximilian den meisten Anklang bei den Ständen. Eine ernste Meinungsverschiedenheit hat es in dieser Frage während des ganzen Reichstages nicht gegeben¹⁵². Die Verhandlungen drehten sich eigentlich nur um einige Verbesserungen, welche der König betrieb.

Man hatte den Landfriedenstext vom März 1486¹⁵³ den Wormser Verhandlungen zugrunde gelegt. Die zeitliche Beschränkung wurde aufgehoben. Der Landfriede sollte „ewig“ gelten. Darüber einigte man sich schnell, und dies war das Beste am ganzen Friedensgesetz.

Im Vollzug des Landfriedens vermochten die Stände Verschlechterungen durchzusetzen. In größeren Friedenshändeln wurde dem Kammerrichter jedes Vollstreckungsrecht genommen. Er sollte sich damit an den jährlichen Reichstag wenden oder in dringenden Fällen eine außerordentliche Reichsversammlung einberufen¹⁵⁴. Die Exekutive wurde dadurch nicht nur verzögert, sondern vielfach geradezu wirkungslos. Kaum hätte sich etwas Schwerfälligeres finden lassen. Den Ständen kam es eben darauf an, die bewaffnete Vollzugsgewalt des Reiches in ihren Händen zu behalten.

Mehr Glück hatte der König mit der Beseitigung des Pfändungsartikels der Friedensordnung von 1486¹⁵⁵, der dem Gläubiger unter Umständen das Recht zu gewaltsamer Pfandnahme zubilligte. Kein Zweifel, es war ein Überrest gewaltsamer Selbsthilfe, der sich da fortzustrafen drohte. Erst im letzten Verhandlungsgang, knapp vor Reichstagschluß, brachte der König in zäher Hartnäckigkeit die gewaltsame Pfän-

dung zu Fall¹⁵⁶. Neben anderen ein Beweis, daß der König den Landfrieden nicht nur durchzusetzen, sondern auch zu verbessern wünschte. Kein Zweifel, gerade der ewige Landfriede verdankt dem König die tatkräftigste Förderung und bedeutende Verbesserungen; lag es doch ganz in seinem Interesse, das Reich nach innen zu befriedigen, um es nach außen stark zu machen. Es war ihm mit der Friedensordnung ernst¹⁵⁷.

Kurfürsten und Fürsten dagegen scheuten jede Einschränkung ihrer Selbsthilferechte als Schmälerung ihrer Libertät. Sie suchten am gewaltsamen Pfändungsrecht festzuhalten¹⁵⁸. Keinesfalls wollten sie die bewaffnete Friedensgewalt des Reiches in die Hand des Königs legen. Der Reichstag sollte über die gesamte Reichsexekutive verfügen. Damit drohte die Reichsgewalt freilich in den toten Punkt der nach allen Seiten auseinanderstrebenden hochfürstlichen Interessen zu geraten.

Das Kammergericht

Mit dem Landfrieden in engstem Zusammenhang stand das Kammergericht. Wollte man die Fehde verbieten, so bedurfte man eines guten Gerichtes. Das Kammergericht war das eigentliche Rechtsorgan des Landfriedens, der sich nur insoweit verwirklichen konnte, als das Kammergericht sich durchsetzte. Mit Recht betrachtete der König die Einrichtung des Kammergerichtes als einer festen Reichsbehörde als eine besondere Leistung dieses Tages. Obwohl er dabei seine Pläne nur teilweise durchsetzen konnte, ließ er eine Denkmünze prägen, auf der er sich stolz als „conditor iudicii cameralis“¹⁵⁹ bezeichnet.

Die Kammergerichtsordnung¹⁴⁰ erging in Form eines königlichen Man-

¹⁵⁶ Vgl. S. 24.

¹⁵⁷ Below, a. a. O., S. 134.

¹⁵⁸ Datt, S. 785 und 871: „auch mercklich endrung die in handhabung deß Rechts auch der Pfandung halben deß artickels im landfriden durch Sein K. M. geschehen vnd erklet; das aber an im selbs vntaugenlich fuer nicht und gar nicht anzunemen.“ Darauf berät ein Ausschuß diesen Pfändungsartikel nochmals durch mehrere Tage und beschließt, ihn völlig auszulassen (vgl. Datt, S. 871, Nr. 68). Obiger Protokollauszug zeigt ganz eindeutig, daß der König es gewesen ist, der auf die Beseitigung des Pfändungsartikels drang. — Ulmann, Maximilian, I, S. 375, vertritt die entgegengesetzte Auffassung: „selbst die gesetzliche Selbsthilfe der Pfandung in gerechter Forderung... für welche sich in Worms noch Maximilian erwärmt hatte, war und blieb nach dem Willen aller Stände abgethan.“ Dies widerspricht der Aussage der Quellen. — Bader, a. a. O., S. 87, folgt der irrthümlichen Auffassung Ulmanns.

¹⁵⁹ Smend, S. 73.

¹⁴⁰ Volltext bei Datt, S. 876—880. — Lünig, Deutsches Reichsarchiv, S. 150 bis 155, Nr. 57. — Müller, I, S. 421—426. — Zeumer, S. 284—291, Nr. 174. — Neue Sammlung der Reichsabschiede, II, S. 6—11, Nr. 2. — Lit.: Ulmann, Maximilian, I, S. 375 ff. — Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 192 ff. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 493.

¹⁵⁰ Vergleiche etwa den Vorschlag Maximilians zur Hilfsordnung auf dem Frankfurter Kurfürstentag 1486 (Müller, Reichstagstheatrum unter Friedrich, III, S. 11 ff.), worin Maximilian als Vorbedingung für die Hilfeleistung Ordnung des Reichsgerichtes, des Friedens, der Münze und der gegenseitigen Hilfeleistung anbietet. Vgl. auch Maximilians Entwurf einer Landfriedensvollzugsordnung auf dem Nürnberger Tag 1491 (Müller, Reichstagstheatrum unter Friedrich, III, S. 198). 1489 fand sich Maximilian bereit, sich für die Friedensordnung beim Kaiser Friedrich zu verwenden (Müller, a. a. O., S. 171 f.). Den Eifer Maximilians für die Landfriedensexekution anerkennt sogar Ulmann, Maximilian, I, S. 308 f. — Vgl. auch Below, a. a. O., S. 134.

¹⁵¹ Ulmann, Der Traum des Hermannsgrün, a. a. O., S. 90: „decernatur iustitiam per omne imperium... mittite civilia odia, similtates atque inimicitias privatas...“

¹⁵² Vgl. Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 185 f.

¹⁵³ Zeumer, a. a. O., S. 273 ff., Nr. 171.

¹⁵⁴ Vgl. S. 43.

¹⁵⁵ Zeumer, a. a. O., S. 275, Punkt 8.

dates und enthielt folgende Bestimmungen: 1. Das Kammergericht wird besetzt mit einem Richter, der geistlicher oder weltlicher Fürst, Graf oder Freiherr sein muß; außerdem mit 16 Urteilern, die der König mit Rat der Reichsversammlung auswählt und die halbeits graduierte Juristen, halbeits wenigstens ritterbürtig sein sollen. Über Händel von Kurfürsten, Fürsten und Fürstenmäßigen soll der Kammerrichter selber vorsetzen. — 2. Die Nachwahl der Urteiler nimmt der König nach Rat des Reichstages vor¹⁴¹. Stirbt der Kammerrichter, so bestellen die Urteiler einen Vertreter bis zum nächsten Reichstag, der einen endgültigen Kammerrichter bestellt. — 3. Der Richter und die Beisitzer schwören dem König, nach dem gemeinen Recht des Reiches und nach den Gewohnheiten der Länder, nach bestem Wissen und Gewissen gerecht zu richten, keinerlei Geschenk anzunehmen und niemanden zu begünstigen. — 4. Vorladungen sollen vom Kammerrichter bestätigt und vom Schreiber registriert werden und nur durch den öffentlichen Notar oder den geschworenen Kammergerichtsboten zugestellt werden. — 5. Das Kammergericht verfügt über zwei Gerichtsschreiber und einen Leser, die auf ihr Amt, insbesondere auf das Amtsgeheimnis und auf Unbestechlichkeit zu vereidigen sind. — 6. Die beim Kammergericht zugelassenen „Redner“ sind zu vereidigen, daß sie ihre Parteien ehrlich, ohne Hinterlist und ohne Übervorteilung bis zum Abschluß des Verfahrens vertreten werden. — 7. Das gleiche schwören die „Advokaten“. — 8. Kammerrichter und Urteiler bestimmen für jeden Rechtsfall die Höhe der Gebühren für Advokaten und Redner, um Überhaltungen zu verhindern. — 9. Jede Partei soll nur einen Advokaten nehmen. — 10. Reichsstände sollen das Recht haben, ihre eigenen Anwälte zu schicken, welche jedoch vereidigt werden sollen. — 11. Die geschworenen Kammergerichtsboten sollen die Gerichtsbriefe ordentlich zustellen, sollen darüber dem Gerichtsschreiber berichten und sich mit dem zustehenden Lohn zufriedengeben. Sie sollen darauf vereidigt werden. — 12. Die geschworenen Boten sollen allenthalben im Reiche Schutz und Geleite haben. — 13. Die Appellationen, welche den ordentlichen Instanzenweg einhalten, sollen angenommen werden. — 14. Die Rechtsfälle sollen zur Verhütung von Irrtümern schriftlich eingebracht werden. — 15. Alle Gerichtssachen gehen unter dem Namen und Titel der königlichen und kaiserlichen Majestät. — 16. Das Kammergericht richtet in erster Instanz nur jene, welche dem Kaiser und dem Reich unmittelbar unterstehen; mittelbare nur dann, wenn ihnen an den ordentlichen unteren Gerichten das Recht verweigert wurde. — 17. Ladungsbriefe sollen die Rechtssache und den Ladungs-

¹⁴¹ Im Entwurf von 1486 war das Bestellungsrecht und die Nachbesetzung der Kammerrichter noch ausschließliche Königssache.

grund enthalten. — 18. Das Kammergericht soll an einem passenden Ort des Reiches gehalten werden¹⁴². Alle Kammergerichtsangehörigen sollen daselbst von Steuern und Auflagen frei sein und sollen Schutz und Geleite haben. — 19. Sporteln zum Unterhalt des Kammergerichtes werden festgesetzt. Aus den Sporteln ist das Gerichtspersonal zu besolden¹⁴³. Der Fehlbetrag ist aus Reichsgefällen zu begleichen. — 20. Es folgen Taxen für Zitation, Kommission, Kundschaften, Erkenntnisse etc. — 21. Erscheint der Kläger nicht zur Gerichtsverhandlung, so soll er über Anruf des Angeklagten als „ungehorsam“ und zur Zahlung der Gerichtskosten verurteilt werden. Liegt aber Anklage und Verteidigung schriftlich vor, so soll das Gerichtsverfahren durchgeführt werden, aber die anwesende Partei hat auch im Falle der Verurteilung die Kosten nicht zu tragen. — 22. Erscheint der Angeklagte nicht zur ersten Verhandlung oder zur Appellationsverhandlung, so soll man über Anruf des Klägers gegen ihn mit der Acht, Aberacht und Pfandnahme seiner Güter vorgehen. Das Verfahren soll durchgeführt und der abwesende Angeklagte, selbst im Falle eines Freispruches, die Kosten zu tragen haben. — 23. Kammerrichter und Urteiler sollen das Recht haben, namens der kaiserlichen Majestät die Acht auszusprechen und das Verfahren durchzuführen. — 24. Das Kammergericht soll fortan Appellationen aus Zwischenurteilen, sogenannten „interlocutorie“, annehmen, weil sie nur den Rechtsgang verlängern und die Kosten vermehren. Die Appellationen sollen nur gegen das Endurteil der Hauptrechtssache eingebracht werden, wie dies im kaiserlichen Recht (= römisches Recht) vorgesehen ist. — 25. Das Kammergericht soll seinen ungehemmten Lauf haben und nicht durch verschiedenartige Eingriffe behindert werden. — 26. Das Kammergericht soll drei Tage in der Woche gehalten werden. — 27. Der Armut wegen soll niemand rechtlos bleiben. Der Kammerrichter soll die Armensachen gleichmäßig auf die Advokaten und Redner aufteilen. Sie haben sie bei Amtsverlust anzunehmen und zu vertreten. Um jedoch mutwillige Prozeßführung durch die Armen zu verhindern, sollen sie eidlich dazu verhalten werden, Redner und Advokaten zu bezahlen, wenn sie in den Besitz der entsprechenden Mittel kommen. — 28. Kurfürsten, Fürsten, Fürstenmäßige, Geistliche und Weltliche sollen das Recht haben, untereinander „gewilkürte rechtlich Außtreg“ (= die kompromissarische Gerichtsbarkeit) zu gebrauchen. Die klagende Partei soll der Gegenpartei ihre Forderungen mitteilen und um rechtlichen Austrag bitten. Die geladene Partei soll dem Kläger binnen vier Wochen vier regierende

¹⁴² Nach dem Entwurf von 1486 hatte der Kaiser noch das Recht, das Kammergericht an seinen Hof zu verlegen.

¹⁴³ Nach dem Entwurf von 1486 hatte der Kaiser das Kammergericht zu besolden.

Kurfürsten oder Fürsten, halbtails geistliche, halbtails weltliche, nennen. Aus ihnen soll der Kläger einen zum Richter wählen. Dieser Richter soll als königlicher Commissarius einen Rechtstag setzen, mit seinen Räten die Rechtssache untersuchen und das Urteil sprechen. Doch sollen beide Parteien das Recht haben, an das Kammergericht zu appellieren. Wenn aber die angeklagte Partei diesem Gericht sich nicht unterwirft, so soll sich der Kläger mit seinen Forderungen an das Kammergericht wenden. — 29. Alle Untertanen sollen ihren öffentlichen Gerichten und Obrigkeiten unterstehen und nach dem Rechtsbrauch ihres Fürstentums, ihrer Grafschaft, Herrschaft usw. behandelt werden. — 30. Wenn Prälaten, Grafen, Herren, Ritter, Knechte oder Reichsstädte Klage zu führen haben gegen einen Kurfürsten, Fürsten, er sei geistlich oder weltlich, in Schuldangelegenheiten, Versprechen, Rechtsentzug, Regalienutzung, Gerichtssachen usw., so soll ihnen der Kurfürst oder Fürst vor seinen Räten einen Rechtstag gewähren. Der beklagte Fürst soll aus neun seiner Räte an seinem Hofe ein Gericht zusammensetzen und den Kläger zum Rechtstag vorladen. Der Amtmann, der gegen den Kläger in dieser Sache eingeschritten ist, soll diesem Gericht nicht angehören dürfen. Aus den neun Räten soll der Kläger einen Richter wählen. Richter und Räte sollen ihrer Eide (gegenüber ihrem Fürsten) entbunden sein, soweit es die Rechtssprechung erfordert. Der Rechtshandel soll längstens binnen Jahr und Tag ausgetragen sein. Beide Teile haben das Recht der Appellation an das Kammergericht¹⁴⁴. Der Fürst soll einen Kläger daran nicht hindern. — 31. Diese Ordnungen sollen niemandes Privilegien und Freiheiten beschneiden. Wenn aber jemand das Recht besäße, des Reiches Ächter zu schützen, so soll dieses Recht gegen die Vollstreckung von Kammergerichtsurteilen nicht angewendet werden. — 32. Alle Vorfälle am Kammergericht, welche weiterer Ordnung, Satzung und Klärung bedürfen, sollen vom Kammerrichter jährlich dem Kaiser und dem Reichstag zur Behandlung, Gesetzgebung und Rechtsfindung vorgetragen werden.

Die Ordnung des Kammergerichtes lag dem König als eine Hauptsache besonders am Herzen. Auch dabei war er sich über das Grundsätzliche mit den Ständen einig. Über die Einzelheiten aber gab es die größten Meinungsverschiedenheiten und harte Kämpfe während der ganzen Wormser Verhandlung.

Am 22. Juni legte Maximilian seine Änderungswünsche¹⁴⁵ zum ständischen Kammergerichtsentwurf vor. Der König wünschte sich sein

¹⁴⁴ König Maximilian schlug vor, daß Klagen der unteren Stände gegen die oberen unmittelbar vor den König oder sein Kammergericht zu bringen seien.

¹⁴⁵ Text bei D a t t, S. 856 (Nr. 52). — M ü l l e r, I, S. 420 f.

höchstes Gerichtsrecht, das stärkste und ehrwürdigste unter den verbliebenen Königsrechten, unverkürzt zu bewahren. Er wollte Acht und Banngewalt unmittelbar in eigener Hand behalten, wollte das Kammergericht nach Belieben an seinen Hof ziehen und mit Leuten seines Vertrauens besetzen und ersetzen können. Seines höchsten Richteramtes, seiner Obrigkeit über das Kammergericht wollte er sich keinesfalls begeben. Züh wehrte er sich gegen die dynastisch-territorialen Gerichtsprivilegien und Sonderrechte, welche seiner Auffassung von einem einheitlichen und gleichen Recht für das ganze Reich widerstrebten.

Die Stände dagegen suchten dem König die oberste Gerichtsgewalt, Acht und Bann, zu entreißen und einem vorwiegend ständisch besetzten Kammergericht zu übertragen, das dem Einfluß des Hofes entzogen war. Gewiß hatte es in der bisherigen Hofgerichtsübung mancherlei Schiebung und Günstlingswirtschaft gegeben, die der Besserung bedurften. Aber was die Kurfürsten und Fürsten da an Reformen durchsetzten, bedeutete zunächst kaum eine Besserung der Gerichtsordnung. Sie erfanden für sich jenes merkwürdige „Suppenessergericht“ (Punkt 30)¹⁴⁶, das der Gleichheit des Rechts geradezu Hohn sprach. Sie vermochten ihre dynastisch-territorialen Gerichtsprivilegien allenthalben zu wahren und zu verstärken. Ja, sie murrten gegen die bloße Möglichkeit, vor das Kammergericht gezogen zu werden, denn es sollte über sie überhaupt keinen Richter geben.

Während der König der Gerichtsreform bedeutende Opfer brachte, vermochten die Territorien ihre Gerichtsgewalt eher zu verstärken. Denn gerade in der Kammergerichtsfrage mußte der König den Kurfürsten und Fürsten fast in allen Punkten nachgeben. Einen klug versteckten Vorstoß der Stände gegen sein Gesetzgebungsrecht wies er allerdings zurück und verlangte, daß das Kammergericht ohne den König keine neuen Satzungen machen dürfe. Man übergang diese Frage schweigend. Im übrigen erhielt die Reichsversammlung den entscheidenden Einfluß auf Bestellung und Nachwahl der Kammerrichter. Noch mehr. Der Reichstag gewann durch den § 32 sogar die Bedeutung eines obersten Gerichtshofes für Fälle, mit denen das Kammergericht nicht fertig wurde. Das Gericht wurde vom Hofe getrennt und zunächst nach Frankfurt verlegt. Acht und Banngewalt gingen tatsächlich auf den Kammerrichter über. Dies alles konnte den reinen Gerichtsbetrieb unter Umständen fördern. Daß aber die hochfürstlichen Gerichtsprivilegien in solchem Umfang berücksichtigt werden mußten, wie es in den §§ 28 und 30 geschah, machte selbst einen Bertold von Mainz nachdenklich. Voll Bitterkeit

¹⁴⁶ Vgl. S. 34. — Vgl. U l m a n n, Maximilian, I, S. 377.

sagte er den Städteboten: Das Recht müsse gleich sein, wenn es Bestand haben sollte¹⁴⁷.

Der kurfürstliche Reichsratsplan

Der Haupteifer der kurfürstlichen Reichsreformer galt von Anfang an langehin dem sogenannten Reichsrat. Es war dies eine völlig neuartige ständische Forderung, wofür die Kurfürsten und Fürsten neben dem alten Kurverein offenbar das Vorbild ihrer eigenen landständischen Mitregierungskollegien heranzogen, ohne sich indes allzu tiefe Gedanken darüber zu machen, inwieweit sich Landeseinrichtungen einfach auf das Reich übertragen ließen. Wurden die Fürsten daheim durch ihre landständischen Regimenter in ihren Regierungsrechten beschränkt, so wollten sie auch den König im Reich durch ein ständisches Reichsregiment binden und die königliche Regierungsgewalt auf die Stände übertragen. Sie erstrebten einen völligen Umbau der bestehenden Reichsverfassung¹⁴⁸.

Bereits am 27. April legten die Kurfürsten und Fürsten dem König die Hauptpunkte einer solchen Reichsrats- oder Regimentsordnung vor¹⁴⁹, die Maximilian mit ziemlichem Mißtrauen entgegennahm. Seine königliche Obrigkeit müsse gewahrt bleiben, sagte er. Fertig ausgearbeitet unterbreiteten die Stände den umfangreichen Reichsratsentwurf erst Mitte Mai¹⁵⁰. Dieser Entwurf enthielt sozusagen eine neue ständische Reichsverfassung, die so gut wie alle noch vorhandenen Königsrechte in die Hand dieses Reichsrates und seiner kurfürstlichen Leiter legte. Man betrachtet diesen Regimentsentwurf gern als ein Werk Bertolds. Nicht die Spur eines Beweises ist dafür beizubringen. Im Gegen-

¹⁴⁷ Datt, S. 843: „Das auch die Churfuersten, Fuersten vnd ander der hohen stend den nidern an denselben orten soelten auch rechtens steen vnd gehorsam sein Sunst waeres vngleich vnd moecht nit bestendig beleiben.“

¹⁴⁸ In dieser Frage ist Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 200 f. gegen Smeid zweifellos rechtzugeben.

¹⁴⁹ Datt, S. 830 f. — Vgl. S. 11 ff., 15 ff.

¹⁵⁰ Datt, S. 836—841. Desgleichen Datt, S. 602—627 (Volltext mit ausführlicher Interpretation und Vergleichen, welche in den Text eingeschaltet sind). — Müller, I, S. 381—386. — Die Städteboten erhielten diesen Entwurf am 19. Mai. Der König dürfte ihn einige Tage früher, also Mitte Mai, erhalten haben. Nach Ullmann (Maximilian, I, S. 347 ff., Anm. 2) wäre dieser Reichsratsplan identisch mit dem Entwurf vom April 27—28 (vgl. Datt, S. 830 f.). Dies ist aus folgenden Gründen nicht anzunehmen: 1. wiesen die Stände am 27. April selber darauf hin, daß ihre Entwürfe noch ganz unfertig seien (Datt, S. 832: „da waere noch vil von zu reden vnd zu betrachten.“); 2. Obiger Entwurf vom Mai stellt bereits eine fertige Vertragsurkunde zwischen König und Ständen dar. Sie enthält eine Reihe wichtiger Bestimmungen, welche im Entwurf von April noch nicht vorhanden sind. — Vgl. auch Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 183 ff., 200 ff. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 480 ff.

teil: Bertold hat sich von diesen Überforderungen distanziert. Der Entwurf ist das Ergebnis der kurfürstlichen Beratungen von Ende April bis Mitte Mai, die Bertold keineswegs nach seinem Willen zu steuern vermochte.

Um diesen Reichsrat ging das eigentliche Ringen des Wormser Tages. Er bestimmte den Wellengang der Verhandlungen vom Anfang bis zum Ende. Den kurfürstlichen Überforderungen (Mitte Mai) begegnete Maximilian erst nach Monatsfrist (22. Juni) mit ebenso entschiedenen Gegenforderungen. Die Stände versuchten, den König durch Steuerverweigerung zu erpressen. Vergeblich. Erst als sie den Reichsratsplan fallen ließen und sich mit der mäßigeren Handhabung zufrieden gaben, war die Reform gerettet.

Es ist nötig, jenen kurfürstlichen Verfassungsentwurf¹⁵¹ kennenzulernen, auch wenn er zunächst nicht in Kraft trat. Er wurde bereits in Form einer fertigen Vertragsurkunde zwischen König und Reichsständen vorgelegt und enthält folgende Artikel: (1) Kg Maximilian sei durch Türkenkrieg und andere Ursachen verhindert, den Reichsangelegenheiten beständig persönlich zu obliegen. Daher setzt er mit Rat der Kurfürsten und Fürsten 17 Personen ein: den Präsidenten bestellt der König, die andern werden von den 6 Kurfürsten, desgleichen aus den Provinzen Magdeburg, Salzburg-Aquileja, Besançon, Bremen-Westfalen, Niederlande, Franken, Bayern, Schwaben, aus den Freistädten und aus den Reichsstädten abgeordnet. — (2) Der Präsident zusammen mit 16 Personen soll den sogenannten Reichsrat bilden und Vollmacht haben, über alle Reichssachen, welche an sie herangebracht werden, zu beraten und verbindlich zu beschließen, entsprechend ihrer Verpflichtung gegenüber dem König und dem Reiche. — (3) Ausgenommen aus dieser Vollmacht ist das königliche Recht, den Adel zu verleihen und feierlich Fahnenlehen zu vergeben. Aber mindere Lehen darf der Reichsrat vergeben. — (4) Schwierige Reichssachen habe der Reichsrat an die 6 Kurfürsten oder je nach Größe an den König und an die Reichsversammlung zu bringen. — (5) Entsprechend diesem Auftrag sollen fortan alle Geschäfte von diesem Reichsrat behandelt, im Namen des Königs und des Reiches beurkundet und besiegelt und von Präsidenten und Reichsrat unterschrieben werden. Alles, was auf andere Weise im Namen des Königs verhandelt und ausgeführt wird, soll null und nichtig sein. — (6) Der König darf von diesen Räten nicht mehr als 4, welche Angehörige deutscher Zunge zu sein haben, an seinen Hof ziehen. Wenn es die Lage erfordere, 1 bis 2 Kurfürsten, 1 Fürsten und 1 Rat auch deut-

¹⁵¹ Vgl. Anm. 150.

scher Zunge. — (7) Der Reichsrat soll seinen festen Sitz in Frankfurt haben. Jedoch soll er das Recht haben, im Bedarfsfalle diesen Ort zu ändern. Halte sich der König in beständiger Nähe von Frankfurt auf, habe er das Recht, den Reichsrat an seinen Hof zu ziehen. — (8) Zumindest 10 Räte sollen stets beim Präsidenten sein. Die kurfürstlichen Ratsmitglieder werden bei Abgang von den Kurfürsten ersetzt, die übrigen vom Präsidenten und dem Reichsrat nachgewählt. — (9) Je einer der Kurfürsten soll sich der Reihe nach, in vierteljährlichem Wechsel, beim Reichsrat aufhalten, um ihn bei den Beratungen und Beschlüssen zu unterstützen. — (10) Alle Register und Urkunden über Reichshandel und -rechte sollen gesammelt und beim Reichsrat verwahrt werden. — (11) Der Reichsrat soll die Inhaber von reichslehnbaren Fürstentümern, Grafschaften und Herrschaften zur Lehensnahme und Eidesleistung verhalten, sofern sie es bisher nicht getan. Beim Heimfall von Fürstentümern und größeren Grafschaften soll der König mit den Kurfürsten über die Wiederverleihung verhandeln. Heimgefallene kleinere Lehen könne der König persönlich verleihen. — (12) Der Reichsrat möge die Eidgenossen und die Friesländer dazu bewegen, sich gleich zu verhalten wie die anderen Reichsangehörigen. Auch die nicht erschienenen Reichsstände sollen vom Reichsrat verhalten werden, diese Ordnung anzunehmen. Wer sich weigert, soll gezwungen werden, sich dieser Ordnung und dem Reiche zu unterwerfen. — (13) Der Reichsrat soll die Tribute der Friesländer, des Herzogs von Ferrara, dazu alle Strafgeelder, Erbgefälle und was der Reichskammer gebührt, einfordern und zusammen mit den Steuern registrieren und in einem „gemeinen Camern Erar“ verwahren und nach Beschluß der Reichsversammlung zum Nutzen des Reiches ausgeben. — (14) Über Einnahmen und Ausgaben soll der Reichsrat jährlich dem König, den 6 Kurfürsten und einem Ausschuß der Fürsten, Grafen und Städte oder deren Vertretern Rechenschaft legen. — (15) Der Reichsrat soll Ordnung und Polizei wahrnehmen, den Überfluß und die Kleiderpracht, wodurch viel Geld aus dem deutschen Reiche fließe, mäßigen. — (16) Der Reichsrat soll die Schaffung neuer Zölle und die Erhöhung der alten ohne Zustimmung der Kurfürsten verhindern. Die Kurfürsten sollen sich jährlich zum Sonntag Misericordiae persönlich zum Reichsrat begeben, um die Einhaltung der Ordnung zu überwachen und Rates zu pflegen. — (17) Der Reichsrat möge dafür Sorge tragen, daß das einzurichtende Kammergericht ordentlich gehalten und die Urteile vollstreckt werden. Wäre dazu Gewalt oder ein Kriegszug nötig, soll der Rat der Reichsstände eingefordert werden. — (18) Der Reichsrat soll den Frieden im Reiche halten, wie das vertraglich festgelegt ist. — (19) Der Reichsrat möge mit allen anderssprachigen Nachbarn mit Zu-

stimmung des Königs und der Kurfürsten Frieden und Ausgleich machen, damit man den Türken und anderen Feinden um so besser Widerstand leiste. — (20) Kg Maximilian, Ehgz Philipp, Kurfürsten, Fürsten und Reichsstände sollen ohne Wissen und Willen des Reichsrates keinen Krieg und keine Fehde anfangen, keine Bündnisse schließen mit fremden Nationen oder Mächten, die dem Reiche zum Schaden gereichen würden. — (21) Wenn ein Angehöriger der Nation von Türken oder anderen Mächten angegriffen würde, soll ihm der Reichsrat für mächtigen Beistand sorgen. Jedoch eine „neue Hilfe“ sollte er nur mit Zustimmung des Königs und der Kurfürsten beraten und auflegen dürfen. — (22) Bei Streitigkeiten zwischen Reichsgliedern soll der Reichsrat die streitenden Parteien gütlich auszugleichen versuchen. — (23) Der Reichsrat soll das Recht haben, Unterhauptleute für die Kriege und Handel aufzunehmen, die auf den König als einen obersten Hauptmann und Beschirmer der Christenheit zu hören haben. — (24) Der Reichsrat soll Söldner zu Roß oder zu Fuß gleichmäßig aus allen deutschen Ländern anwerben und die Söldner zur rechten Zeit und nach Gebühr entlohnen. — (25) Der Reichsrat soll zur rechten Zeit Kriegsvorrat, Verpflegung, Geschütz, Salpeter, Pulver und Büchsenmeister bestellen, welche zu einem solchen Kriegszug notwendig sind, und sorgen, daß die (Kriegs-) Ordnung, welche hier in Worms zur Erhaltung der Christenheit und des Reiches gegen die Türken vorgenommen wird, von allen Reichsständen durchgeführt werde. — (26) Präsident und Räte des Reichsrates sollen schwören, dem König und dem Reiche mit Rat und Tat den Nutzen und die Ehre des Königs und des Reiches zu fördern, die Artikel dieser Ordnung zu halten, keinerlei Geschenk oder Aufträge anzunehmen und die Reichsratsverhandlungen geheim zu halten. — (27) Der Reichsrat soll eine Kanzlei, außerdem vier Boten unterhalten. — (28) Die Stände sind bereit, die notwendige Hilfe für die Erhaltung der Christenheit und des Reiches zu leisten; aber diese Hilfe kann ohne „Regierung, Ordnung, Recht und Handhabung“ keinen Bestand haben. Daher verpflichtet sich der König, den hier versammelten Kurfürsten, Fürsten und Reichsständen diese Reichsratsordnung, Gericht, Frieden und Handhabung stets und unverbrüchlich zu halten, nichts dagegen zu unternehmen.

Dieser ständische Verfassungsentwurf ist, wie gesagt, vom König niemals unterschrieben, besiegelt und ausgefertigt worden. Es war ein Plan ohne Einsicht und ohne Mäßigung, der die Zentralgewalt des Königs einfach beseitigen wollte, ohne sich zu fragen, wie sie beim damaligen Zustand der Reichsverfassung überhaupt ersetzt werden konnte. Der König wünschte darüber nicht einmal ernstlich zu verhandeln und warf ihn einfach für Wochen in die Lade. Schon bei den Anleihe-

kämpfen Ende Mai mußten die Kurfürsten diesen Entwurf stillschweigend fallen lassen und sich mit einem ganz allgemeinen Reformversprechen des Königs begnügen¹⁵². Als sie den Entwurf Mitte Juni nochmals einzumahnen¹⁵³ versuchten, ergingen die königlichen Gegenforderungen vom 22. Juni¹⁵⁴, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Diese Gegenforderungen lehnten sich eng an den Wortlaut des ständischen Entwurfes an und verkehrte die entscheidenden Bestimmungen einfach in ihr Gegenteil. Ich führe nur die wichtigsten Punkte an. Der König forderte entscheidenden Einfluß auf die Bestellung und Ersetzung des Reichsrates. Vor allem sollte der Reichsrat stets nur Stellvertreter, keineswegs selbständiger Regierer sein. Auch während der Abwesenheit des Königs sollten die Räte an seine Weisungen gebunden sein. Ein Hofrat aus Leuten des königlichen Vertrauens sollte es bleiben, nicht ein ständisches Regiment unter kurfürstlicher und fürstlicher Führung sein. Der König behielt sich ausdrücklich alles vor, was Würde und Macht seiner Majestät betraf. Nicht nur auf die Friesländer und Eidgenossen soll sich die Sorge des Reiches erstrecken, sondern auch auf Italien und Arelat, das die Stände preiszugeben schienen¹⁵⁵. Die verbliebenen Reichsgefälle, die Reste der Regalien und der Finanzhoheit wollte der König in der Hand behalten, ebenso Äußeres, Krieg und Frieden. Der König selber möchte es sein, der allen Kurfürsten, Fürsten und Ständen befiehlt, ohne sein Wissen und Willen keinen Krieg anzufangen und kein Bündnis mit fremden Mächten zu schließen. Der König wollte den Reichsrat nach Belieben an seinen Hof ziehen können und die Reichsgeschäfte als regierender Römischer König frei verwalten.

Man einigte sich Ende Juni auf einen Ausgleich, wie wir bereits wissen¹⁵⁶. Beide Teile zogen ihre Forderungen zurück: die Kurfürsten und Fürsten ihren Regimentsplan und der König seine Gegenforderungen. Wenigstens als Regierer des Reiches hat sich der König diesmal behaupten können. Sein Hofrat, sein Kriege recht blieben ihm vorderhand gewahrt. Damit aber mußte er sich bescheiden; ja, er mußte sich durch eine Reihe von Einzelzugeständnissen den Kurfürsten erkenntlich zeigen.

War es ein Schaden für das Reich, daß dieser ständische Regimentsplan durchfiel? Die Geschichtsforschung des 19. Jahrhunderts hat dies unter dem Eindruck der konstitutionellen Verfassungsbewegung wieder-

¹⁵² Vgl. S. 16 f.

¹⁵³ D a t t, S. 850. — M ü l l e r, I, S. 350.

¹⁵⁴ Volltext bei D a t t, S. 853—856. — M ü l l e r, I, S. 386—388.

¹⁵⁵ Italien und Arelat werden im ständischen Entwurf als Reichsländer nicht erwähnt.

¹⁵⁶ Vgl. S. 20 f.

holt behauptet¹⁵⁷. Ulmann urteilt vorsichtiger: „Es wäre auf die Probe angekommen“¹⁵⁸.

Der Versuch ist in der Tat gemacht worden, und zwar wiederholt: das erstemal 1500—1502 im Nürnberger Regiment und nochmals 1520—1530 im Augsburger Reichsregiment¹⁵⁹. Er scheiterte jedesmal an der Teilnahmslosigkeit der Kurfürsten und Fürsten. Es genügte ihnen, die königliche Zentralgewalt beseitigt zu haben: Sollte man sie durch eine ständische Zentralgewalt ersetzen? Die großen Reichsstände hatten wenig Verständnis für die gemeinsamen Aufgaben des Reiches, noch weniger Verständnis für die Bildung einer echten Zentralgewalt, die ihre Libertät hätte beschränken können. Darum mußte auch jeder Versuch einer vom Kaiser unabhängigen ständischen, besser gesagt, kurfürstlichen Zentralgewalt mißlingen.

Das ständische Reichsregiment hatte sein unmittelbares Vorbild in den landständischen Regimentern, welche die Fürsten ihren Landständen hatten zugestehen müssen. Jedermann weiß, wieviel man der landständischen Mitregierung in den Ländern zu danken hat. Fürs erste fragt man sich verwundert, warum ähnliche Erfolge nicht auch der reichsständischen Mitregierung beschieden sein sollten?

Die Frage löst sich bei näherem Zusehen einfach. Während die Landstände eine ziemlich geschlossene Gemeinschaft mit recht ähnlichen politischen, wirtschaftlichen und anderen Sorgen und Zielen bildeten, eine eigene Verwaltungsorganisation besaßen, die von oben bis unten wohl durchgebildet war, über eine bewaffnete Macht verfügten, von einem landschaftlichen Gemeinschaftsgefühl erfüllt waren, das sich in Jahrhunderten gebildet und gestärkt hatte, fehlte es den Reichsständen an alldem ganz und gar. Wie verschiedenartig waren etwa die politischen und wirtschaftlichen Sorgen im Südosten und im Nordosten des Reiches. Die Reichsstände als Ganzes verfügten über keinerlei Organe der Reichsverwaltung. Wie sollte der Reichsrat mit einer Kanzlei und vier ganzen Boten¹⁶⁰ das Reich regieren? Ebensowenig gab es eine reichsständische Truppe. Gewiß hätte sich dies alles einrichten lassen. Dies aber wünschten die Kurfürsten und Fürsten am allerwenigsten; denn auch eine reichsständische Zentralgewalt hätte gewisse Opfer auf Kosten ihrer Libertät verlangt, welche sie nicht bringen wollten. So kam es, daß eine Einrichtung, welche sich im Landesbereich gut bewährte, im Reiche eigentlich nicht Wurzel zu fassen vermochte.

¹⁵⁷ Z i e h e n, Mittelrhein, II, S. 748 ff. enthält eine Fülle der verschiedenartigsten Urteile.

¹⁵⁸ U l m a n n, Maximilian, I, S. 351.

¹⁵⁹ H a r t u n g, Reichsreform, a. a. O., S. 206 f. — B e l o w, S. 132, 142 f.

¹⁶⁰ Vgl. oben.

Was durfte man sich von diesem ständischen Reichsregiment erwarten? Es wäre schon schwer gefallen, die 16 Reichsräte als Vertreter der Kurfürsten und der Landschaften mit ihren ganz andersartigen, vielfach auseinanderstrebenden Zielen bei wichtigen Händeln auf einen Beschluß zu einigen. Und wenn es gelang, was half es? Den Reichsräten und ihren Beschlüssen standen keineswegs die reale Macht, der Verwaltungsapparat und die Machtmittel der Fürsten und Länder zur Verfügung. Sollte der König diese oligarchische Gegenregierung besonders unterstützen? Dem Reichsrat gebrach es also an jeder Autorität und Macht. Er war in dieser Form ein Luftgebilde, ein wenig durchdachtes Ergebnis des fordernden Übereifers, das sich in der politischen Wirklichkeit niemals bewähren konnte.

Maximilians monarchischer Regimentsplan dagegen hätte der damaligen Verfassungsentwicklung und den Bedürfnissen des Reiches noch eher entsprochen. Der König forderte zwar eine Verstärkung seiner Zentral- und Vollzugsgewalt, ohne indes die gewachsene Selbständigkeit der Territorien anzutasten oder die reichsständischen Aufsichts- und Mitregierungsrechte zu beseitigen, die er im Kurfürstenrat¹⁶¹ und in der jährlichen Reichsversammlung¹⁶² sogar verstärken ließ. Zentrale Führungsgewalt und reichsständische Mitregierung wären gleichermaßen berücksichtigt gewesen. Diesem königlichen Reichsregiment wäre nach Art seiner königlich-ständischen Zusammensetzung einheitliche Willensbildung und Berücksichtigung des Gesamtwohles, aber auch der Teile eher möglich gewesen. Und das Entscheidende: Dieses königliche Reichsregiment hätte sich wenigstens auf die traditionelle Autorität des Kaisers und auf die Hilfsmittel seiner Hausmacht stützen können. Es wäre wohl eher imstande gewesen, das so nötige Einheitsband zu verstärken, um durch die Einheit des Gesamtreiches auch die Selbständigkeit und Freiheit seiner Teile zu sichern. Die gesamte spätere Reichsentwicklung scheint mir diesen Wahrscheinlichkeitsschluß zu bestätigen.

Die Handhabung des Friedens und Rechtes

Wenn der König auch den Regimentsplan als Ganzes hatte verhindern und sich als „Regierer des Reiches“ behaupten können, so mußte er doch Einzelzugeständnisse machen, die in der Handhabung verbrieft wurden. Sie enthielt zunächst eine Ausführungsordnung der Wormser Reformgesetze, vor allem Erläuterungen zur Landfriedensordnung und zum

¹⁶¹ Vgl. Datt, S. 854, Art. 6.

¹⁶² Vgl. S. 43, Art. 2.

Kammergericht, dann aber auch einige Bestimmungen aus der zurückgezogenen Regimentsordnung.

Die Handhabung¹⁶³ sah folgende Bestimmungen vor: (1) Der König ordnet alle Reichsstände für nächstkünftige Lichtmeß (2. Februar 1496) entweder persönlich oder deren vollmächtige Botschafter nach Frankfurt. Dasselbst soll beraten werden, wie die Verächter des Landfriedens und der Kammergerichtsurteile zu Strafe und Schadenersatz verhalten werden können und was zur Handhabung des Friedens, des Rechtes und des gemeinen Nutzens in der Christenheit und im Reiche vorzusehen ist. Außerdem sollen Tag und Malstatt der nächsten jährlichen Zusammenkunft vereinbart werden. — (2) Die Kurfürsten, Fürsten, Prälaten, Grafen, Herren und Stände, welche zur jährlichen Versammlung kommen, sollen wenigstens 1 Monat beisammen bleiben und verbindliche und endgültige Beschlüsse beraten und beschließen. — (3) Die Landfriedensordnung enthält einen Artikel über die Verfolgung der Missetäter: dazu wird bestimmt, daß jeder zur Verfolgung eines Missetäters auf frischer Tat verpflichtet ist, und zwar auf seine eigenen Kosten. — (4) Wenn aber Feldzüge und größere Unternehmungen gegen Friedensbrecher und Ungehorsame nötig werden, sollen diese mittels des gemeinen Pfennigs und der Hilfe des ganzen Reiches durchgeführt werden, worüber die jährliche Versammlung beschließen soll. — (5) Das königliche Kammergericht soll fortan an einem festen Orte im Reiche abgehalten werden. Der König soll es von diesem Ort nur verlegen dürfen aus dringenden Gründen, und zwar mit Rat und Willen der Reichsstände auf ihrer jährlichen Zusammenkunft. — (6) Alle Register, Lehenbücher, Briefe und Urkunden über Reichsgeschäfte und Gerechtigkeiten sollen zusammengebracht und in zweifacher Ausfertigung, eine Ausfertigung in der Reichskammer zu Frankfurt zu Verwahrung und Gebrauch des Reiches hinterlegt, die andere Ausfertigung in der Kanzlei des Römischen Königs behalten werden¹⁶⁴. — (7) Kg Maximilian, sein Sohn Philipp, ebenso die Kurfürsten, Fürsten und Stände sollen ohne Wissen und Willen der jährlichen Versammlung keinen Krieg und keine Fehde anfangen, kein Bündnis oder Einigung mit einer fremden Nation abschließen, die dem Reiche zum Schaden oder Nachteil sein könn-

¹⁶³ Volltext bei Datt, S. 889—891, Nr. 78. — Müller, I, S. 454—456. — Lünig, Reichsarchiv, pars gen. Contin. I, S. 158—160, Nr. 59. Desgleichen pars specialis. Contin. I, S. 103—105, Nr. 49. — Neue Sammlung der Reichsabschiede, II, S. 11—13. — Zeumer, S. 291—294, Nr. 175. — Vgl. Müller, I, S. 373 ff. — Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 196, 200 ff., 205 ff. — Ulmann, Maximilian, I, S. 379. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 493.

¹⁶⁴ Formell war damit die Verwaltungshoheit zwischen König und Reichsständen geteilt.

ten¹⁶⁵. — (8) Was an Ländern, Städten, Märkten usw. durch den gemeinen Pfennig und die Hilfe des Reiches erobert wird, soll dem Reiche verbleiben. Mit anderen Eroberungen soll es gehalten werden nach Vereinbarung der Hauptleute mit dem König und der Reichsversammlung. — (9) Der allgemeine Landfriede verbietet jede offene Fehde durch das ganze Reich. Dazu bekundet der König mit dem Rat der Reichsstände, was bisher durch Fehde geschehen ist und nicht durch Gericht oder Taiding geschlichtet wurde, soll nicht strafrechtlich gerichtet werden. — (10) Alle Streitigkeiten, Fehden, Kriege, welche sich vorher zugetragen und nunmehr gütlich beigelegt sind, sollen nicht vor das Kammergericht gezogen werden. — (11) Kg Maximilian gebietet allen Reichsständen bei ihrem beschworenen Gehorsam und unter einer Pön von 2000 Mark feinen Goldes, welche halbeils der Kammer, halbeils den Geschädigten zu bezahlen ist, und unter Verlust aller Rechte und Freiheiten diesen Frieden zu handhaben und ihre Amtleute und Untertanen dazu eidlich zu verpflichten.

In der Handhabung hatten sich die Stände für den Verzicht auf ihre Regimentsordnung einigermaßen zu entschädigen vermocht. Soweit eine Verstärkung der Zentralgewalt erreicht worden war, kam sie den Ständen zugute¹⁶⁶. Jedoch ein zentrales Führungsorgan im Reiche gab es nicht mehr. Das Reich glich in der Tat einem steuerlosen Schiff im Sturm.

Das Wichtigste war sicher die auffallende Mehrung der Reichstagsrechte. Der Reichstag sollte fortan alljährlich berufen werden, sollte mindestens einen Monat lang tagen, verbindlich beraten und beschließen. Bedeutete dies eine Verbindlichkeit der Reichstagsbeschlüsse auch für Abwesende? Keineswegs. Die Abwesenden sollten erst nach Abschluß des Reichstages durch Verhandlungen zum Beitritt gewonnen werden. Der König hingegen war so gut wie in allem an den Reichstag gebunden, wenn auch die beiderseitigen Zuständigkeiten nicht ganz klar umschrieben waren. Der Reichstag verfügte über die Reichsfinanzen und empfing den Rechenschaftsbericht. Namentlich hatte der König für Krieg, Eroberungen, Frieden und Bündnis die Zustimmung des Reichstages einzuholen. Die Einrichtung einer ständischen Kriegshoheit hatte der König zwar verhindert, aber auch da mußte er dem Reichstag Einzelzugeständnisse einräumen: so beschloß der Reichstag die Aufstellung des Reichsheeres und besoldete es. Ja, sogar manche wesensfremde Aufgabe hat die

¹⁶⁵ Dieser Artikel enthält keineswegs ein allgemeines Verbot von Kriegen und Verhandlungen ohne Vorwissen des Reichstages, wie U l m a n n (Maximilian, I, S. 392. und auch sonst) meint. Die einschränkende Klausel, „die dem Reich zum Schaden sein könnte . . .“, ist nicht zu übersehen.

¹⁶⁶ Vgl. auch B e l o w, S. 140.

Reichsversammlung in ihrem Eifer an sich genommen: so etwa die Vollstreckung großer Kammergerichtsurteile¹⁶⁷, ja, sogar die Aufgaben des obersten Gerichtshofes¹⁶⁸ für schwierige Kammergerichtsfälle. Gerade dies erwies sich später als verhängnisvoll. Ein Reichstag kann seinem innersten Wesen nach kein Gerichtshof und kein Vollstreckungsorgan sein.

Außerdem suchte die Handhabung die neugeschaffenen reichsständischen Verwaltungsorgane zu sichern. Nochmals schärfte sie die Selbsthaftigkeit des Kammergerichtes ein und verfügte die Einrichtung eines eigenen ständischen Reichsarchivs zu Frankfurt. Die Einrichtung eines eigenen Reichsärars (Reichskammer) war in der Steuerordnung vorgesehen.¹⁶⁹

Zum Schluß verpflichteten sich außer dem König auch die namhaftesten Kurfürsten und Fürsten zur Handhabung der Wormser Ordnung, in kleineren Fällen auf eigene Kosten und mittels der eigenen Beamten¹⁷⁰. Der König verpflichtete auch die Abwesenden unter hohen Pönsätzen auf diese Ordnung. Das mochte für den Landfrieden gelten, bei anderen Reichstagsbeschlüssen, bei der Steuer etwa, mußte die Zustimmung der Abwesenden erst durch Verhandlungen erreicht werden.

Der gemeine Pfennig

Die Literatur vertritt größtenteils die Auffassung, als ob es dem König bei der ganzen Reichsreform eigentlich nur um die Geldhilfe der Stände zu tun gewesen sei¹⁷¹. Landfriede, Kammergericht und Handhabung erscheinen vielfach nur als die widerwillig gewährten Gegenleistungen für den allgemeinen Pfennig.

Es war der habsburgfeindliche schwedische Propagandist H i p p o l i t u s a L a p i d e, der die Dinge auf die ebenso grobe wie unrichtige Formel brachte, die Reichsreform sei nur der Geldnot des Kaisers und insoferne den Türken und Franzosen zu verdanken¹⁷². Diese Formel hat sich festgebissen und ist durch Jahrhunderte nachgeschrieben worden. Von sich aus hätte der König die Reform niemals gemacht, liest man immer wieder¹⁷³.

¹⁶⁷ Vgl. S. 43, Art. 4.

¹⁶⁸ Vgl. S. 34, Art. 32.

¹⁶⁹ Vgl. S. 50 f.

¹⁷⁰ Vgl. oben (Handhabung) Artikel 3, 11.

¹⁷¹ U l m a n n, Maximilian, I, S. 369, 392. — S m e n d, S. 23. — B a d e r, a. a. O., S. 85.

¹⁷² S m e n d, S. 23. — D a t t, S. 517, 603, 607, 709. — M ü l l e r, 322.

¹⁷³ B e l o w, S. 134.

Diese Annahme bedarf der Überprüfung. Selbst wenn die Stände dem König die Italienhilfe bedingungslos gewährt hätten, wäre die Reichsreform deswegen kaum unterblieben. Ohne währenden Landfrieden wäre Maximilian keineswegs über die Alpen gezogen; das wissen wir genau¹⁷⁴. Das Kammergericht aber war ein notwendiger Teil des Landfriedens; die währende Hilfe aber lag in seinem besonderen Interesse. Beides hätte er wohl spätestens nach seiner Rückkehr aus Italien vollenden müssen, wie er das bereits im Ladungsschreiben in Aussicht stellte¹⁷⁵. Die Reform würde stärker monarchisch geprägt worden sein; kaum zu ihrem Nachteil¹⁷⁶.

Unterblieben wäre die Reform wohl nicht. Das kann man mit größter Wahrscheinlichkeit annehmen. Denn Maximilian hegte nicht minder ehrliche Reformpläne als die Stände. Sein ahnungsvolles Gemüt litt geradezu an den düsteren Visionen vom Untergang des Reiches¹⁷⁷. Die Reichsreform sollte die Zusammenarbeit mit den Ständen bessern und so die Einheit des Reiches stärken; wenn es anders nicht ging, sogar durch gemessene Zugeständnisse ständischer Mitregierung¹⁷⁸. So sollten dem Reiche alle seine Glieder wieder enger verpflichtet werden. Er wollte die Reichsstände aufrütteln und zur Rettung des Staates fortreißen. Die Tugenden der alten Deutschen, Vaterlandsliebe, Zusammenhalt, Ehrgefühl, Tapferkeit, Treue wollte er wieder wecken¹⁷⁹. Eine feste Kriegs- und Friedensordnung sollte die inneren Fehden und die äußeren Gefahren meistern. Der seit Jahrhunderten fortschreitende Reichsverfall sollte angehalten, die Stellung der deutschen Nation innerhalb der Christenheit behauptet werden. Das waren die Leitgedanken der königlichen Reform. Gewiß bedurfte es dazu auch einer Reichssteuer; aber keineswegs hat sich das königliche Reformdenken darin erschöpft.

Übrigens war eine ordentliche Reichssteuer von allem Anfang an auch von den ständischen Reformern freiwillig vorgeschlagen und nicht das Ergebnis beharrlicher königlicher Forderungen. Schon in den aller-

¹⁷⁴ Der Landfrieden wird im „Traum des Hermannsgrün“ als nötige Vorbereitung des Italienkrieges angekündigt: „decernatur iustitium per omne imperium“ (Ulmann, a. a. O., S. 90).

¹⁷⁵ Datt, S. 495 f. — Desgleichen Müller, I, S. 199 f. Der König verspricht den Ständen, nach der Rückkehr von der Kaiserkrönung Frieden, Recht und Gericht zu behandeln.

¹⁷⁶ Vgl. S. 42, 60.

¹⁷⁷ Vgl. die Reichsuntergangsgesichte im Traum des Hermannsgrün (Ulmann, a. a. O., S. 83 ff.). Ähnliches ist zu entnehmen zahlreichen anderen Briefen, Urkunden und Denkschriften des Königs.

¹⁷⁸ Er hat sie tatsächlich gewährt. Die kaiserliche Denkschrift vom Traum des Hermannsgrün enthält sogar eine Aufforderung zu ständischer Mitbestimmung, so daß man diese Schrift bisher (unrichtigerweise) für eine ständische Reformschrift hielt.

¹⁷⁹ Vgl. den „Traum des Hermannsgrün“ (Ulmann, a. a. O., S. 81 ff.) passim.

ersten ständischen Zusagen und Vorlagen war sie enthalten, und der König hat das ständische Steuergesetz in keinem wesentlichen Punkt verändert. Auch die Stände erkannten klar, daß es eine Reichsreform ohne Steuerordnung einfach nicht gab. Das war ja das Absonderliche an der Reichsverfassung, daß sie zu Beginn der Neuzeit noch keine ordentlichen Reichssteuern kannte. Woraus wollte man Reichsheer, Kammergericht, Reichsärar unterhalten, wenn nicht aus einer allgemeinen Steuer? Auch die ständischen Reformer mußten daher eine Reichssteuer fordern. Also ging es zu Worms nicht um einen primitiven Tauschhandel Reformen gegen Geld, nein! — Monarchische Reformgestaltung oder ständische Reformgestaltung, das war die Frage.

Diesen Streit allerdings vermochten die Stände mittels des Geldes nach ihrem Sinne zu entscheiden. Durch Anleiheverweigerungen zwangen sie den König zum ungünstigsten Zeitpunkt an den Verhandlungstisch¹⁸⁰. Geschickt versuchten sie die monarchischen Reformwünsche als Reformfeindschaft hinzustellen. Das waren jedoch taktische Kniffe, welche die historische Kritik leicht als solche erkennen kann und nicht für bare Münze nehmen dürfte.

Den wahren Sachverhalt zeigt uns der scharfe Wortwechsel zwischen König und Ständen zu Ende Mai¹⁸¹. Nachdem Kurfürsten und Fürsten ihre überspannten Regimentsforderungen eingebracht und zur Bemäntelung des Übergriffes mit den üblichen Klagen begleitet hatten, zerriß der König ihr allzu kluges Gewebe. Niemals, so sagte er, habe er anderes im Sinne gehabt als die Reform, aber er lasse sich nicht erpressen.

Die Antwort der Kurfürsten und Fürsten war bezeichnend. Sie entschuldigten sich und schwiegen, weil sie dem König im Grunde rechtgeben mußten. Das Schuldbewußtsein unter den Ständen war allgemein, und selbst Bertold meinte, daß man die Politik der Erpressung beenden müsse, wenn man weiterkommen wolle¹⁸².

In der Tat wurde seither sachlicher verhandelt. Die Stände enthielten sich fortan unfeiner Pressungen. Die Reichssteuer als solche war übrigens auch vorher keinen Augenblick in Frage gezogen worden. Sie war von Anfang an ein fester Bestandteil sowohl der ständischen wie der königlichen Reformpläne. Sie war freilich das schwächste unter allen Reformgesetzen; besonders für den König schlecht. Die königlichen Zugeständnisse konnten gewiß nicht diesem Steuergesetz, sondern der Reichsreform als Ganzem gelten.

¹⁸⁰ Vgl. S. 8 f.

¹⁸¹ Vgl. S. 15 ff.

¹⁸² Vgl. S. 17.

Es liegt im Wesen dieser Reformkämpfe, daß die Stände diesem Steuergesetz, das sie für nötig hielten, doch die Spitze abzubrechen suchten. Hatte die königliche Proposition eine Hilfe mit Leib und Gut¹⁸³, also Truppen und Geld nach dem Vorbild der alten Römerhilfe gefordert, so antworteten die Kurfürsten und Fürsten sofort, daß diese Hilfe auch vom gemeinen Volk erhoben werden müsse¹⁸⁴. Eine Verpflichtung der Stände zum Matrikelbeitrag wurde abgelehnt und die Leistung auf das anonyme Gesamtvolk abgeschoben. Die Städte wandten sich gegen jede regelmäßig wiederkehrende Jahressteuer, welche ihnen als „ewiger Tribut und Servitut“ erschien¹⁸⁵.

Der unfertige erste Reichssteuere Entwurf, den die Stände dem König am 27. April vorlegten¹⁸⁶, enthielt bereits alle Grundgedanken des endgültigen Gesetzes. Der allgemeine Pfennig sollte als Vermögens- und Kopfsteuer von jedem Reichsangehörigen erhoben werden. Die Fürsten nahmen völlig freie Selbsteinschätzung für sich in Anspruch. Die Steuer sollte durch die geistliche Organisation, durch Pfarrer und Kirchengeschworene erhoben werden. Mit anderen Worten, die Territorien verweigerten der Reichssteuer ihren Verwaltungsapparat. Sie wollten offenbar keine echte Garantie für den Steuereingang übernehmen. Über die eingelaufenen Steuergelder jedoch wollten sie verfügen. Diese Grundgedanken hielten die Stände auch in der Erweiterung vom 14. Juli¹⁸⁷ und bei allen späteren Fassungen fest¹⁸⁸.

Die Änderungswünsche, die Maximilian in seiner Antwort vom 22. Juni vorbrachte¹⁸⁹, wurden von den Ständen in keinem Punkt berücksichtigt. Das zuverlässigere Matrikelsystem, das der König anfänglich gewünscht hatte, war überhaupt nicht in Erwägung gezogen worden. Der König ahnte wohl, wie wenig durch die völlig ungewohnte Kopfsteuer einkommen würde. Er wollte daher den Steuersatz verdoppeln. Er wollte vor allem die Fürsten in ihrem Gewissen verpflichten, im Verhältnis zum allgemeinen Anschlag mehr zu geben. Auch dies vergebens. Weil sich der territoriale Apparat der Einhebung versagte, suchte der König wenigstens den geistlichen Apparat so vollkommen als möglich in seinen Dienst zu stellen. Er forderte die Einhebung durch die

¹⁸³ Datt, S. 826 (Nr. 7). — Müller, I, S. 206.

¹⁸⁴ Datt, S. 827 (Nr. 13). — Müller, I, S. 309 f.

¹⁸⁵ Datt, S. 827 (Nr. 14). — Müller, I, S. 310.

¹⁸⁶ Datt, S. 831 f. (Nr. 27). — Gothein, Der gemeine Pfennig, S. 6 ff.

¹⁸⁷ Datt, S. 863 (Nr. 58). — Gothein, a. a. O., S. 25 ff. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 487.

¹⁸⁸ Fassung von Juli 23 (Datt, S. 864). — Fassung von Juli 25 (Datt, S. 865, Nr. 62).

¹⁸⁹ Datt, S. 857 (Nr. 54).

Pfarrer unter der verantwortlichen Leitung der Bischöfe. Nicht nur von der Kanzel, auch vom Beichtstuhl aus sollte die allgemeine Steuermoral gestärkt werden. Es ist verständlich, daß sich auch die Kirche so weitgehenden Wünschen des Königs, welche bedenklich in den innerkirchlichen Bereich eingriffen, versagen mußte. Der König wünschte die unmittelbare Verfügung über das Steuergeld, wenn auch mit Rat der Reichsversammlung. Umsonst. Stets hatte der König neben der Geldhilfe auch eine Truppenhilfe gefordert. Nach der neuen Pfennigordnung sollte er sich mit den ungewissen Steuereinkünften begnügen.

Das Steuergesetz war ein Fehlschlag von Anfang an. Maximilian hätte es kaum hingenommen, wenn ihm nicht am gesamten Reformwerk gelegen gewesen wäre. Er konnte sich nach den reichen Erfahrungen aus den Zeiten seines Vaters über die Unvollkommenheiten dieses Systems keinen Täuschungen hingeben haben. Er begegnete ihm mit großem Mißtrauen¹⁹⁰. Er wußte, daß die Stände Einbringung und Odium dieser Steuer völlig dem König überlassen wollten, daß sie ihm ihren ständischen Steuerapparat vorsätzlich vorenthielten, und daß die Einhebung einer Kopfsteuer für ein Reich ohne eigene Behördenorganisation eine glatte Unmöglichkeit war.

Was sollte Maximilian angesichts der ständischen Haltung tun? Nur eine Zumutung wies er zäh von sich: eine Sonderverpflichtung für Österreich und für die Niederlande¹⁹¹, die Steuer früher zu zahlen als die anderen Stände. Damit wenigstens drang er durch.

Außerdem forderte Maximilian von den Ständen zwei Anleihen als „eilende Hilfe“, welche durch den gemeinen Pfennig (die währende Hilfe) gedeckt sein sollten. Nachdem die erste Anleihe von 150.000 fl. teilweise ausbezahlt und eine zweite Anleihe wenigstens beschlossen war¹⁹², glaubte er den Steuereingang für das erste Jahr gesichert; denn die Stände, welche die Anleihe von der Steuer vorgestreckt hatten, würden auch die Einhebung der Steuer fördern müssen. So stimmte er auch dem gemeinen Pfennig zu. Daß das eine wie das andere versagen würde, hatte er nicht erwartet.

¹⁹⁰ Beweis: Vorwegnahme der Steuern durch Anleihen! Ullmanns Auffassung (Maximilian, I, S. 371), „daß Maximilian den technischen Fragen der Steuerpolitik naiv und unwissend gegenüberstand“, widerspricht allen bekannten Tatsachen ganz und gar.

¹⁹¹ Vgl. S. 24.

¹⁹² Vgl. S. 25.

Die Pfennigordnung¹⁹³ bestimmte folgendes: (1) Alle Reichsangehörigen, geistliche und weltliche, Frauen und Männer, ohne Unterschied des Standes, sollen während der nächsten 4 Jahre von 500 fl. Rh. beweglichen oder unbeweglichen Besitzes jährlich $\frac{1}{2}$ fl. steuern; von 1000 fl. Rh. 1 ganzen fl.; wer weniger besitzt als 500 fl. und 15 Jahre alt ist, soll $\frac{1}{24}$ von 1 fl. Rh. zahlen, so daß 24 Menschen 1 fl. geben. — (2) 25 fl. jährlicher Renten oder Nutzen sollen für einen Wert von 500 fl. gelten; 50 fl. jährlicher Renten für einen Wert von 1000 fl.¹⁹⁴. — (3) Jeder Jude, Männer, Frauen, Kinder, soll jährlich 1 fl. geben. In allen Städten, Märkten, Dörfern sollen die Juden aufgezeichnet werden und sollen diese Steuer nach ihrem Vermögen aufteilen. — (4) Alle Fürsten, Prälaten, Grafen, Freiherren und Gemeinschaften sollen nach ihrem Stand etwas mehr tun denn andere, wie es sich gebührt. — (5) Die Einhebung dieser Steuer bei den Weltlichen soll allenthalben im Reiche durch die Pfarrer geschehen. Die Reichsstände sollen Sorge tragen, daß diese Einhebung innerhalb ihres Gebietes durch eidlich verpflichtete, redliche Personen im Beisein des Pfarrers alljährlich vor dem Neujahrstag erfolgt. Alles soll aufgeschrieben und den gesetzten Commissarien übergeben werden. Die Commissarien sollen das Geld samt den Aufzeichnungen vor Maria Lichtmeß (2. Februar) den 7 Schatzmeistern abliefern. — (6) Diese Steuer soll auch in Kg Maximilians und Ehrg Philipps Erblanden alljährlich auf diese Weise erhoben¹⁹⁵ und samt den Aufzeichnungen den Commissarien und Schatzmeistern abgeliefert werden, damit Kurfürsten, Fürsten und Stände desto williger geben. — (7) Die 7 Schatzmeister sollen in jedem Erzbistum und Bistum einen Geistlichen zum Kommissar bestellen und entsprechend entlohnen, der diese Steuer auch von den Geistlichen im Beisein der bischöflichen Verordneten alljährlich vor Neujahr einnimmt und samt den Aufzeichnungen vor Maria Lichtmeß den Schatzmeistern abgeliefert. — (8) Es sollen 7 entsprechend besoldete Schatzmeister bestellt werden, welche die Steuer einnehmen und in Frankfurt zu verwahren haben. Von diesen 7 Schatzmeistern wird je

¹⁹³ Volltext bei Datt, S. 881 f. (Nr. 72). Desgleichen S. 534—539 (mit Erläuterungen). — Müller, I, S. 437—439. — Lünig, Reichsarchiv, pars gener., Contin. I, S. 155—158, Nr. 58. — Lünig, Reichsarchiv, pars specialis, Contin. I, S. 105—108, Nr. 50. — Neue Sammlung der Reichsabschiede, II, S. 14—17, Nr. 5. — Zeumer, S. 294—296, Nr. 176. — An Literatur vergleiche Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 193 ff. — Gothein, Der gemeine Pfennig, S. 35 ff. — Ullmann, Maximilian, I, S. 380 ff. — Ziehen, Mittelrhein, II, S. 491. — Below, S. 134.

¹⁹⁴ Die letzte Fassung des Steuergesetzes sieht eine größere Aufgliederung der Steuersätze nach dem Vermögen vor als die vorhergehenden Vorschläge.

¹⁹⁵ Die Reichsstände hatten dagegen lange Zeit sehr zähe eine ungünstige Sonderverpflichtung für Österreich und die Niederlande durchzusetzen versucht, wonach diese die Steuer früher zahlen sollten.

einer bestellt von Kg Maximilian, von den Kurfürsten, von geistlichen und weltlichen Fürsten, von den Prälaten, von den Grafen und Freiherren, von der Ritterschaft und von den Städten. Die Schatzmeister sollen dem König und den Reichsständen schwören, diese Gelder in Frankfurt getreulich zu verwahren und nur nach Bescheid der jährlichen Reichsversammlung zur Erhaltung der Christenheit, des Reiches, des Friedens und des Rechtes zu verwenden und der Reichsversammlung darüber Rechenschaft zu geben. — (9) Den gleichen Eid haben die Commissarien den Schatzmeistern zu schwören. — (10) Die Schatzmeister und Commissarien sollen aller anderen eidlichen Verpflichtungen gegenüber dem König oder den Ständen ledig sein. — (11) Die Schatzmeister sollen sich allein an diese eidlichen Verpflichtungen halten und deswegen von seiten des Königs oder der Reichsstände keinen Unwillen zu leiden haben, sondern unter ihrem Schutz stehen. — (12) Wenn die jährliche Reichsversammlung beschließen sollte, Söldner anzuwerben, sollen Personen aus allen Reichsländern, vor allem Fürsten, Grafen, Freiherren und Ritter, angenommen und keine Landschaft des Reiches vorgezogen werden. — (13) Wer die Türken oder andere Feinde der Christenheit, des Reiches und der (deutschen) Nation unterstützt, soll aus dem Reiche ausgeschlossen werden und seiner Güter verlustig gehen. — (14) Das Volk soll allenthalben im Reiche von den Kanzeln ermahnt werden, zum Lobe Gottes, zur Erhaltung der Christenheit, des Heiligen Reiches, des Rechtes und Friedens etwas mehr zu geben als veranschlagt. — (15) Kg Maximilian hat von den Reichsständen zwecks „eilender Hilfe“ gegen die Anschläge des Königs von Frankreich auf den Papst und auf Italien eine Darlehensaufnahme (von 150.000 fl.) bewilligt erhalten. Dieses Darlehen soll aus dem gemeinen Pfennig zurückgezahlt werden. Daher wurde beschlossen, daß die 7 Schatzmeister jeden, der die Gewährung einer Darlehenssumme nachweisen kann, aus den Eingängen des gemeinen Pfennigs zu bezahlen haben.

So hatten die Stände auch den gemeinen Pfennig nach ihrem Vorteil gemodelt. Es wurde keine „währende Hilfe“, keine regelmäßige Jahressteuer daraus, wie es der König gewünscht hätte. Der gemeine Pfennig wurde auf vier Jahre beschränkt; nicht als Matrikelbeitrag von den Ständen wurde er eingehoben, sondern als Kopfsteuer von jedem einzelnen Reichsangehörigen. Diese Einhebungsart, im Reiche so gut wie ungewohnt, verurteilte den Pfennig von vornherein zum Mißlingen.

Es hört sich gewiß ganz schön an, wenn man sagt, der gemeine Pfennig sei ein bedeutsamer Versuch gewesen, das Reich als Einheitsstaat zu behandeln und die Untertanen unmittelbar mit dem Reiche zu ver-

binden¹⁹⁶. Man darf allerdings die Hintergründe dieser Ordnung, die Steuerunwilligkeit der meisten Stände nicht verkennen. An wen sollte sich der König halten, wenn die Steuer ausblieb? An die anonymen Steuerzahler in den Ländern? An die Pfarrer des Reiches, die weiß Gott keine Steuerbehörden waren? Die Reichsstände jedenfalls hatten keine grundsätzliche Garantie für den Eingang der Steuer übernommen¹⁹⁷. Nicht einmal die Anleihen auf die Steuer wurden ausgezahlt. Viele Reichsstände hatten überhaupt nicht zugestimmt. Die Städteboten sprachen ganz offen die Hoffnung aus, daß aus der ganzen Steuersache überhaupt nichts würde¹⁹⁸. Auch die Kurfürsten und Fürsten wahrten sich ihre Selbsteinschätzung, was tatsächlich einer fürstlichen Steuerfreiheit gleichkam. Was nützte es, wenn der eine oder andere Reformfreund, wie Bertold von Mainz oder manche geistlichen Reichsstände es mit der Steuerleistung ernst nahmen¹⁹⁹? Wir werden es verstehen, daß sich der König wenigstens einen Teil der ersten Jahressteuer durch Vorwegnahme von Anleihen zu sichern versuchte.

Wie in allen anderen Reformgesetzen, wollten die Stände den König auch mit der Steuerordnung fesseln. Es war gewiß wünschenswert, daß der Reichstag die Aufsicht über die Steuergelder in der Hand behielt; daß aber der Einhebungsvorgang zur völligen Wirkungslosigkeit verdoeben wurde, so daß in der Folge so gut wie nichts einging, ist doch ein ständisches Verschulden gewesen, das nicht nur die Italienpolitik des Königs, sondern die gesamte Reichsreform in Frage stellte, weil alsbald die neuen Reichsbeamten, Kammerrichter und Schatzmeister mangels Besoldung nach Hause gingen²⁰⁰.

Der Wormser „Abschied“

Ulmann irrt in der Annahme, daß „ein vollzogener Abschied nicht vorhanden“ sei²⁰¹. Der Abschied wurde in der Tat vom König ausgefertigt und besiegelt und von Bertold gegengezeichnet. Allerdings fehlt ihm die Mitsiegelung durch den dazu bestellten ständischen Ausschuß.

¹⁹⁶ Below, S. 123.

¹⁹⁷ Vgl. oben. Artikel 5 enthält nur eine Aufforderung an die Stände, die Einhebung zu fördern, aber keine Garantie für den Eingang.

¹⁹⁸ Datt, S. 883 f. — Müller, I, S. 371.

¹⁹⁹ Vgl. den interessanten Bericht des Trithemius (Annales Hirsaug.) bei Datt, a. a. O., S. 541 f.

²⁰⁰ Vgl. S. 23 ff.

²⁰¹ Das Original dieses vom König gesiegelten Abschiedes liegt in Wien HHSA. Die seit Müller geläufige und auch von Ulmann (I, S. 375) übernommene Ansicht, daß es keinen ausgefertigten Wormser Abschied gebe, erweist sich damit als hinfällig. Das Wiener Original deckt sich inhaltlich im Wesen mit den Drucken bei Datt und Müller. Die Reihung der Bestimmungen ist allerdings etwas anders.

So bleibt es letzten Endes doch ein einseitiger königlicher „Abschied“, kein Reichsabschied, der von der Zustimmung aller Fürsten unterstützt worden wäre. Auch die reichsständischen Beitrittserklärungen, soweit sie mir bekannt sind, bestätigen nur die großen Reformgesetze, nicht aber den Abschied. Es ist übrigens ein Zeichen des weitgehenden Einverständnisses zwischen König und Erzkanzler in allen Reformfragen, daß sich Bertold auch ohne Zustimmung des Reichstages zur Gegenzeichnung des Abschiedes bereitfand. Er enthält eine letzte Zusammenfassung von mündlichen Vereinbarungen, Zusätzen und Durchführungsbestimmungen zu den Wormser Gesetzen und von Beratungspunkten, die für die nächste Reichsversammlung dringend in Aussicht genommen wurden. Einer Reihe sachlicher Merkmale ist zu entnehmen, daß diese Fassung Anfang August beraten, redigiert, um den 12. August zusammengeschrieben²⁰² und auf den 7. August zurückdatiert worden sein dürfte.

Der Abschied²⁰³ enthält folgende Artikel: (1) Die Gesandtschaft an den Papst wird bis zum nächsten Reichstag aufgeschoben. — (2) Dafür soll im Namen des Königs und der Reichsversammlung an den Papst über die Gebrechen der Konkordate, insbesondere über die Verleihung von Benefizien und Reservaten an Ausländer, geschrieben werden. — (3) Baldigst sind Personen für die Unterhandlungen mit dem König von Böhmen, der Ritterschaft des Reiches und den Eidgenossen auszuwählen. — (4) Die auf dem Reichstag vertretenen Kurfürsten und Fürsten werden angewiesen, die Reichstagsbeschlüsse ihren in Punkten (8) ff. genannten Nachbarn, welche den Reichstag nicht besucht haben, zu überbringen und mit ihnen darüber zu verhandeln. — (5) Ein Darlehen ist nötig, um die Botschaften auszustatten. Damit irgendeine Stadt ohne Gefahr 2000 bis 3000 fl. darleihen kann, wird der König ungesäumt den gemeinen Pfennig von den Juden einfordern. Ein etwa nach der Rückzahlung an diese Stadt übrig gebliebener Rest soll von den Schatzmeistern für andere Notdürfte des Reiches aufbewahrt werden. — (6) Kg Maximilian möge mit seinen Erbländern und seinem Sohne (Ehzg. Philipp) über die Verbindlichkeit der Reichstagsbeschlüsse verhandeln und will dazu einen Vertreter des Reichstages beiziehen. — (7) Ferner möge der König auch mit dem Herzog von Savoyen, den Markgrafen von Montferrat und Saluzzo, dem Herzog von Mailand und den übrigen Reichs-

²⁰² Vgl. Datt, 883 f., und Müller, I, 370 ff.

²⁰³ Der Text bei Müller (I, S. 459—462, wohl aus dem kursächsischen Archiv) ist in diesem Fall dem Text bei Datt (S. 884—888, Nr. 75) vorzuziehen, was sich aus offensichtlichen Auslassungen bei Datt betreffend Artikel 7, aber auch sonst ergibt. — Volltext ferner in Neue Sammlung der Reichsabschiede, II, S. 24—27, Nr. 8. — Vgl. Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 196. — Ulmann, Maximilian, I, S. 383. — Ziehen, Mittelrhein, II, 495 f.

ständen in Italien, außerdem mit dem Herzog von Oranien, dem Markgrafen von Rotel, dem Görzer Grafen und den Bischöfen von Trient, Brixen, Cambrai, Besançon und Genf in der gleichen Sache verhandeln. — In den Punkten (8) bis (22) und (24) bis (28) sind den anwesenden Kurfürsten und Fürsten die Verhandlungspartner namentlich genannt. — (23) Kg Maximilian möge zusammen mit dem Bischof von Straßburg mit der Ritterschaft des Breisgaues, des Sundgaues und des Elsaß verhandeln. — (29) Der Reichstag befaßte sich mit der Bestellung eines Hauptmannes gegen die Türken. Es ist aussichtslos, einen gewaltigen Türkenzug zu unternehmen, bevor nicht der gemeine Pfennig eingebracht ist. Zum Trost der Grenzbewohner und zur willigeren Abgabe des gemeinen Pfennigs im Reiche sollen einige geeignete Männer aus dem Grafen-, Herren- und Ritterstand mit den für den Türkenzug in Aussicht gestellten 50.000 fl. und dazu etliche kundige Krieger von den Landleuten und aus Kroatien zur Erkundigung des Geländes und zur Abwehr eines türkischen Einfalles bestellt werden. Diese mögen davon dem nächsten Reichstag zu Frankfurt berichten. — (30) Folgende werden dazu beordert: der Graf von Fürstenberg, der Graf von Waldeck, Graf Heinrich von Nassau zu „Beylstein“, Graf „Ditterich von Manderschied“, Graf Wilhelm von Tirstein, Graf Ludwig von Lobenstein, der Graf von Napolstein, Herr Ewalt von Lichtenstein, Herr Hans von Wolferstorff, einer der beiden Ritter von Felbergk, Wernher Holtzadel und Hans von Weilstorff. — (31) Die Bestellung eines Reichshauptmanns wird auf den nächsten Reichstag verschoben, weil viele Kurfürsten und Fürsten bereits abgereist sind und der Eingang des gemeinen Pfennigs unsicher ist. — (32) Kg Maximilian wird bis zum nächsten Reichstag in Frankfurt den Kurfürsten anzeigen, welche seiner Herzogtümer, Herrschaften, Schlösser etc., außer den Niederlanden, Reichslehen sind, damit sie der König zu Lehen erhält, wie es sich gebührt. — (33) Der König wird auch seinen Sohn verhalten, für reichslehnbare Länder und Herrschaften die gewöhnliche Lehenspflicht zu tun. — (34) Der König soll das Kammergericht während der nächsten vier Jahre an einem bestimmten Orte halten und aus dem gemeinen Pfennig besolden lassen. Nach Ablauf dieser vier Jahre soll er das Kammergericht selbst besolden und dort halten, wo er es für das Reich und den gemeinen Nutzen für gut findet. — (35) Streitigkeiten zwischen geistlichen und weltlichen Gerichten mögen bis zur nächsten Reichsversammlung ausgeglichen werden. — (36) Der König soll ein Strafmandat gegen Gotteslästerer erlassen und sie nach dem gemeinen geschriebenen Recht bestrafen, adelige Lästerer von Ehren und Ämtern ausschließen, gemeine Leute an ihrem Leib strafen lassen. — (37) Erzbischöfe und Bischöfe des ganzen Reiches sollen einmal im Monat in

jeder Pfarre, in jedem Stift und Kloster den Gottesdienst für Christenheit und Reich feiern lassen. — (38) Der König möge Trinkunsitten im ganzen Reiche verbieten und an seinem Hofe damit beginnen. — (39) Der nächste Reichstag soll eine Ordnung für Spielleute, Bettler und Zigeuner treffen, desgleichen eine Kleiderordnung; er soll den unziemlichen Kleiderprunk abstellen und eine allgemeine Ordnung zur Unterscheidung der Stände einführen. — (40) Das Gebot Kaiser Friedrichs III. über den Wein wird eingeschärft und soll auf dem kommenden Reichstag neuerdings beraten werden. — (41) Die Reichsstände mögen bis zum nächsten Reichstag den Entwurf einer Münzordnung prüfen und sich bis dahin bei der Goldprägung an den Münzfuß der rheinischen Kurfürsten halten. — (42) Zur Landfriedenswahrung wird folgender Zusatz gegeben: Im Falle eines Angriffes sollen benachbarte Reichsstände im Umkreis von 20 Meilen dem Angegriffenen mit aller Macht zu Hilfe eilen. — (43) Der Verschreibungsbrief für das Darlehen von 150.000 fl. soll mit königlicher Bewilligung und mit Zustimmung der Reichsversammlung vom Kurfürsten von Mainz und vom Pfalzgrafen, von Hzg. Albrecht von Sachsen, von dem Bischof von Worms, dem Grafen Adolf von Nassau, dem Grafen Eitel Fritz von Zollern und den Städten Worms und Frankfurt gesiegelt werden. — (44) Sollte der Jahressold des Kammerrichters, der Urteiler, Schatzmeister und Kommissarien nicht ganz aus dem gemeinen Pfennig bestritten werden können, wird der Rest auf dem kommenden Reichstag den einzelnen Ständen auferlegt. — (45) Die verschiedenen Stände sollen ihre Vertreter bzw. deren Ersatzmänner für das Kammergericht und die Schatzmeister namhaft machen. Der Kammerrichter soll durch den König berufen werden. — (46) König und Reichsversammlung sollen für das Darlehen von 150.000 fl. eine Garantieerklärung abgeben. — (47) In den Abschied wird der Artikel aufgenommen, daß die Reichsstände die unter (43) genannten Vertreter ermächtigen, die obgenannte Garantie zu besiegeln. — (48) Das Kammergericht soll am 1. Oktober („prima Octobris“) in Frankfurt seine Tätigkeit aufnehmen. — (49) Graf Hans von Werdemberg, Hans von Hermanß-Grün, Dr. Lamparter, Bartelmeß von Herblstat, einer von Straßburg und einer von Augsburg sollen darüber mit der Stadt Frankfurt verhandeln. —

Der Abschied war, nicht anders als die Reformgesetze, das Ergebnis der letzten Vergleichgespräche zwischen König und Ständen; ein politisches Arbeitsprogramm des Reichserzkanzlers²⁰⁴ war er sicher nicht. Durch einige Vereinbarungen vermochte der König seine Stellung noch

²⁰⁴ Z i e h e n, Mittelrhein, II, S. 495.

etwas zu verbessern. Die aushilfsweise Anwendung des Matrikelsystems für die Steuereinhebung wurde dem König zugebilligt. Ein wahrhaft folgenreiches Zugeständnis für die weitere Entwicklung der Reichssteuer. Außerdem wurde ihm die Rückkehr des Kammergerichtes an den Hof nach vier Jahren in Aussicht gestellt. Man sieht, wie sehr dem König gerade dies am Herzen lag. Dafür versprach er das Lehensbekenntnis für Österreich und für die Niederlande. Der Entwurf einer Reichsmünzordnung²⁰⁵ wurde allen Münzherren zugesandt. Es wurde vorgeschlagen, alle Goldmünzen künftig nach Schnitt und Gehalt der rheinischen Gulden zu prägen. Die eine Münzseite sollte fortan einheitlich im ganzen Reiche die kaiserliche Krone und die Inschrift führen: „Adiutorium nostrum in nomine domini.“ Die Kehrseite sollten die Münzherren nach ihrem Gefallen prägen dürfen. Dies alles sollten sich die Münzherren bis zur nächsten Reichsversammlung überlegen.

Sicher war geplant, diesen Abschied von den Reichsständen mit Siegeln zu lassen: der Reichstag hatte sogar Vertreter dazu bestellt. Daß es nicht dazu kommen konnte, lag an mehreren Schwierigkeiten. Wer wollte sich mit Namen und Siegel auf den ganzen Abschied verpflichten lassen, solange keine Klarheit bestand über die Verpflichtung der Ausgebliebenen auf die Wormser Ordnung, die man erst durch Verhandlungen gewinnen wollte. Ausdrücklich lehnten die Städteboten ihre Zustimmung zur Anleiheverschreibung ab, welche auch im Abschied festgehalten war. So unterblieb die Ausfertigung und Besiegelung des ganzen Abschiedes. Gleichwohl hatten die meisten seiner Punkte die Verbindlichkeit von mündlichen und schriftlichen Vereinbarungen, die als Grundlage für folgende Reichstagshandlungen stets widerspruchslos anerkannt wurden.

Zusammenfassung und Wertung²⁰⁶

Das Wormser Reformwerk war eine bedeutende Leistung, die dem König wie den Ständen gleichermaßen zu verdanken war. Zumindest Landfriede und Kammergericht erwiesen sich allen anfänglichen Unvollkommenheiten zum Trotz als Schöpfungen von dauernder Bedeutung. Die Pfennigordnung war in ihrer ersten ständischen Gestaltung allerdings

²⁰⁵ Text bei Datt, S. 888 f. (Nr. 78). — Müller, I, S. 462 f. — Neue Sammlung der Reichsabschiede, II, S. 27 f. — Vgl. Ulmann, Maximilian, I, S. 383 f. — Ziehen, Mittelrhein, II, 496 f.

²⁰⁶ Vgl. Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 206 ff. — Below, S. 156 ff. — Hartung, Verfassungsgeschichte, a. a. O., S. 27 ff. — Schröder-Künzberg, a. a. O., S. 863, 907.

unbrauchbar. Erst nachdem Maximilian die Kopfsteuer zum Matrikelbeitrag umgestaltet hatte, bewährte sich auch die Steuerordnung.

Die Wormser Gesetze sind vorwiegend ständisch geprägt²⁰⁷. Das heißt, daß die Stände die Reform zwar nicht allein geschaffen haben, aber doch in den entscheidenden Punkten nach ihrem Willen formen konnten. Der Gedanke, die reichsständische Mitbestimmung in einer Reihe von Grundgesetzen festzulegen und die Reichsgemeinschaft durch die Zusammenarbeit seiner Teile neu zu beleben, war bedeutend. Bedeutend waren Mehrung und Festigung der Reichstagsrechte, die Einführung eines ständisch besetzten, seßhaften Kammergerichtes, die Schaffung einer Reichskammer unter ständischer Aufsicht. Im einzelnen freilich fehlte gerade den kurfürstlichen Reformen jenes Maß, dessen ein so grundlegendes Verfassungswerk bedurft hätte. Wir haben gesehen, wie gerade die Verkümmern der zentralen Vollzugsgewalt, das Festhalten hochfürstlicher Sonderrechte, das Versagen des Steuergesetzes ausschließlich ständischen Einflüssen zuzuschreiben war, wie andererseits der König entscheidende, zukunftsweisende Neuerungen entweder nur mit größter Anstrengung oder gar nicht durchzusetzen vermochte²⁰⁸.

Größte Verdienste erwarb sich der König ohne Zweifel um die Förderung des Landfriedens, zumal um die Landfriedensvollstreckung und um die Schaffung der Landfriedenskreise. Gerade die Kreisverfassung²⁰⁹, die Maximilian besonders am Herzen lag, war eine zukunftsreiche Idee, wenn sie auch auf dem Wormser Tag noch nicht verwirklicht wurde. Durch die Beseitigung des Pfändungsartikels reinigte der König die Reichsgesetzgebung erst von den letzten Spuren der Selbsthilfe. Daß der königliche Grundsatz gleichen Rechtes in der Kammergerichtsordnung nicht durchgesetzt werden konnte, war gewiß kein Vorteil für das Reformwerk. Auch in der Steuerordnung war es der König, der das Matrikelsystem vertrat, wozu man alsbald zurückkehrte und bis zum Untergang des Reiches festhielt. Im ganzen wäre der königliche Regimentsplan, der die zentrale Königsgewalt ebenso verstärken wollte wie die reichsständische Mitbestimmung, der gewachsenen Reichsverfassung wohl entsprechender und vielleicht wirksamer gewesen.

²⁰⁷ Von einer „monarchischen Tendenz der Reichsreform“ (S mend, S. 45) kann keine Rede sein, wie auch Hartung, Reichsreform, a. a. O., S. 205, überzeugend dargetut.

²⁰⁸ Vgl. S. 30 f., 35, 42, 48. Die Auffassung Ulmanns, daß „man von Maximilian wenig Bereitwilligkeit erwarten konnte, selber die bessernde Hand anzulegen“ (Maximilian, I, S. 340), widerspricht den quellenmäßig belegten Tatsachen. — Vgl. auch Bader, a. a. O., S. 85.

²⁰⁹ Über die Kreisverfassung vgl. Bader, a. a. O., S. 90 f. (dort auch weitere Literatur).

Daß sich die Auseinandersetzung weniger nach den Bedürfnissen des Reiches richtete als vielmehr nach den Erfordernissen des monarchisch-oligarchischen Machtkampfes, war in einem Zeitalter hochgehender Ständekämpfe ganz natürlich²¹⁰. Beide Parteien waren nicht nur mit echtem Eifer, sondern mit Leidenschaft bei der Sache. Unrichtig wäre die Auffassung, daß dem König die Reform um Geld abgekauft werden mußte. Wäre es dem König allein um das Geld zu tun gewesen, hätte er sich vor allem um ein besseres Steuergesetz bemühen müssen. Es ging ihm offensichtlich um das Ganze. Monarchische oder oligarchische Gestaltung der gesamten Reformen, darum drehten sich die Verhandlungen durch fünf Monate.

Aus einem Guß waren die Wormser Reformgesetze keineswegs²¹¹. Zu viele verschiedenartige Einflüsse hatten auf sie eingewirkt. Wie hätte aus den harten Gegensätzen der fünfmonatigen Verhandlungen etwas ganz Einheitliches entstehen sollen? In der Tat zieht sich der „Sprung“ ungelöster monarchisch-oligarchischer Gegensätze mehrminder sichtbar durch das ganze Verfassungswerk.

Ganz ungelöst blieb die Führungsfrage. Dies war wohl der entscheidendste Mangel der Reform. Die „Handhabung des Friedens und Rechtes“, die an Stelle der „Regimentsordnung“ eingeführt wurde, rührte die eigentliche Frage der Führungs- und Vollzugsgewalt mit keinem Satze mehr an. Es waren zwar die hochfürstlichen Mitregierungsrechte allenthalben verstärkt worden. In allen Reformgesetzen war die königliche Vollzugsgewalt eingeschränkt worden, ohne daß jedoch eine ständische Zentralgewalt an ihre Stelle hätte treten können. Daran lag es vorzüglich, daß die an und für sich guten Wormser Grundgesetze durch lange Jahrzehnte einfach nicht durchgeführt werden konnten. Ein anderer Mangel, der die ganze Reform zumindest vorläufig in Frage stellte, war die Unsicherheit, inwieweit sich die Abwesenden auf die Reformgesetze verpflichten ließen. Bekanntlich war deswegen nicht einmal der Abschied von den Ständevertretern mitgesiegelt worden.

Über das Grundanliegen, über die nötige Reform des Landfriedens, des Gerichtes und der Steuerhilfe herrschte völlige Übereinstimmung. Meinungsverschiedenheiten gab es zunächst über den Zeitpunkt der Verhandlungen und über die Einzelgestaltung der Reformgesetze, zumal der Regimentsordnung²¹². In allen Streitfragen hielten sich die Gegensätze die Waage. Damit geriet man gerade in der wichtigsten Entscheidung, in der Führungsfrage, auf den toten Punkt. Monarchische und oligar-

²¹⁰ Vgl. Bader, a. a. O., S. 93.

²¹¹ Vgl. dagegen Ziehen, *Mittelrhein*, II, S. 786 f.

²¹² Vgl. S. 8 ff., 36 ff.

chische Regimentspläne hoben sich gegenseitig auf und an ihrer Stelle beließ man es, weil man sich nicht einigen konnte, beim „Nichts“. Jene Unbeweglichkeit des Reichskörpers, die der Todesstarre ähnelt, war die natürliche Folge dieser „Lösungen“.

Die königliche Vollzugsgewalt war so sehr eingeschränkt worden, daß sich Maximilian „an Händen und Füßen gebunden und an den Nagel gehängt“ fühlen konnte²¹³. Soweit eine Verstärkung der Reichsgewalt erreicht wurde, kam sie in der Tat den Ständen zugute. Die Zuständigkeit des Reichstages war zwar stark erweitert; aber der Reichstag war kein Vollzugsorgan. Ein ständisches Regierungskollegium kam jedoch nicht zustande. War der Fortgang der Geschäfte schon bisher mangels einer Reichsexekutive mehr als schleppend, so war er fortan nahezu gelähmt, wenn nicht der König dann und wann die Dinge von sich aus vorangetrieben hätte.

Hätte der König den kurfürstlichen Regimentsplan annehmen sollen? Es ist an anderer Stelle bereits gezeigt worden²¹⁴, wie wenig dieses oligarchische Regiment den gewachsenen Verhältnissen des Reichsstaatsrechtes entsprach, wie wenig es den Bedürfnissen einer einheitlichen Führung und einer gesamtständischen Mitregierung entsprach, wie sehr die Rechte weniger Kurfürsten in den Vordergrund treten sollten auf Kosten der Rechte des Königs und der kleineren Reichsstände, ohne daß dadurch Einheitlichkeit des Regimentes und Mitbestimmung aller Reichsstände hätte erreicht werden können. Es war ein wenig durchdachter, recht äußerlicher Versuch, landständische Einrichtungen einfach auf das Reichsregiment zu übertragen. Wir haben die Gründe aufgezeigt, warum dieser Versuch scheitern mußte.

Übrigens hat der König unter dem Zwang der Verhältnisse etwas später (1500) diesem oligarchischen Regiment sogar die Bewährungsprobe gestatten müssen²¹⁵. Es hat in der Tat kläglich versagt. Die Reichsstände sprachen auf ihr eigenes Regiment noch weniger an als auf das königliche; ja sie erschienen nicht einmal zu ihren übernommenen Dienstleistungen. Es genügte ihnen, die monarchische Gestaltung des Regimentes verhindert zu haben. — Als dieses Nürnberger Regiment nach zwei Jahren fortgesetzten Mißerfolges von König Maximilian aufgelöst werden mußte, bekundeten sie schweigend ihr Einverständnis. Es war in der Tat ein Luftgebilde, ein Wunschbild des fordernden Übereifers gewesen, das sich in der Wirklichkeit nicht bewährte.

²¹³ U l m a n n, Maximilian, I, S. 593.

²¹⁴ Vgl. S. 41 f.

²¹⁵ B e l o w, S. 142 f. — H a r t u n g, *Reichsreform*, a. a. O., S. 206. — S c h r ö d e r - K ü n ß b e r g, a. a. O., S. 909 ff.

Der königliche Regimentsplan wäre dagegen zweifellos realer gewesen als der ständische²¹⁶. Er war mäßiger und nahm auf die gewachsenen Verhältnisse des deutschen Staatsrechtes Rücksicht. Die königliche Regierungsgewalt sollte wohl verstärkt werden, ohne jedoch die reichsständischen Aufsichts- und Mitbestimmungsrechte zu beseitigen, die im jährlichen Reichstag, im Kurfürstenrat, im Gericht, in der Reichskammer stärker als zuvor vertreten waren. Einheitliche Reichsführung und reichsständische Mitbestimmung, königliche Zentralgewalt und landesfürstliche Libertät wären gleichmäßiger berücksichtigt und miteinander vereinigt gewesen. Aber den Ständen war lieber keine Regimentsordnung als eine solche.

Umgekehrt bewies auch der König in der Regimentsfrage eine Starrheit, die weder der eigenen Sache noch der des Reiches zugute kam. Sogar die Bitte, seinen Hofrat auch dem Reiche zu vereidigen, wies er mißtrauisch zurück²¹⁷. Gewiß hatte er Gründe dazu. Aber war es klug, den Reichserzkanzler aus diesem Hofrat und aus der Reichskanzlei so völlig auszuschalten, wie es in der Folge geschah, dafür aber den Kurfürsten Friedrich von Sachsen ohne besonderen Rechtsanspruch so offensichtlich vorzuziehen? Es war ein Mißgriff im Teile-herrsche-Spiel des Königs. Darin sahen die stets gut unterrichteten Italiener eine Hauptursache des späteren Gegensatzes zwischen dem König und seinem Erzkanzler²¹⁸.

Bertold hatte dem König in Worms manchen guten Dienst geleistet. Ich möchte Ulmanns Auffassung²¹⁹ insoweit zustimmen, daß Bertold für eine Zusammenarbeit mit dem König zu haben gewesen wäre. Bertold war verbindlich; beiseiteschieben ließ er sich allerdings nicht. Wenn Ulmann meint²²⁰, daß Bertold vielleicht nicht hinlänglich erwogen habe, wie unentbehrlich die Mitarbeit Maximilians war, so gilt dies zweifellos auch umgekehrt. Die beiden Männer wären berufen und in der Lage ge-

²¹⁶ Vgl. dazu Grauers Bemerkung zu Ulmanns Auffassungen in Hist. Jhb. der Görres-Gesellschaft, Bd. VII (1886), S. 456 f., Anm. 1.

²¹⁷ Vgl. S. 23.

²¹⁸ Der Mailänder Gesandte Brascha berichtet am 23. April 1498 an Herzog Ludovico: Maximilians Unwille gegen die Italiener dürfte auf die Einflüsse seiner Umgebung zurückgehen, die ihn unter dem Anschein des guten Rates an Händen und Füßen binden, mit der ganzen Welt verfeinden und auf ihre Weise regieren will. Der Graf von Fürstenberg und der Herzog Friedrich von Sachsen seien die Urheber dieses Übels. Sie machen ihn nicht nur zum Feind Italiens, sondern haben ihn auch zum Todfeind des Erzbischofs von Mainz gemacht, des klügsten und wichtigsten Mannes („quale è... da grandissimo ingenio et possanza“). Vgl. Pelissier, L'ambassade, a. a. O., S. 446 ff., Nr. 5.

²¹⁹ Ulmann, Kaiser Maximilian I, Bd. 2, Stuttgart 1891, S. 15, 55.

²²⁰ Vgl. Ziehen, Mittelrhein, II, S. 775.

wesen, auch ohne Regimentsordnung das Reich zu führen und zusammenzuhalten.

Nicht ganz mit Recht hat die Literatur alle Gegensätze der Wormser Verhandlungen auf Maximilian und seinen Erzkanzler Bertold von Mainz zugespitzt. Gewiß war Bertold das Haupt der Reformpartei und als Erzkanzler ihr berufener Sprecher, aber er war gemäßigter Reformier. Der scharfe Regimentsentwurf der Stände wird gerne als seine Schöpfung hingestellt. Dafür finden sich jedoch in den Quellen nicht die Spuren eines Beweises. Wir wissen im Gegenteil, daß Bertold die kurfürstlichen Überforderungen tadelte und zur Mäßigung redete²²¹. Jener Regimentsentwurf ist vielmehr das Ergebnis kurfürstlicher Beratungen, die Bertold keineswegs nach seinem Wunsche zu steuern vermochte.

Die Wormser Händel zeigen Bertold vielmehr als einen Mann des Ausgleiches. Von einem schärferen Gegensatz zum König findet sich in Worms noch keine Spur. Die spanische Heirats- und Bündnispolitik des Königs machte Bertold mit. Den kurfürstlichen Regimentsplan lehnte Bertold offensichtlich ab²²², desgleichen die fürstlichen Sonderprivilegien²²³. Für die Italienhilfe zeigte er volles Verständnis²²⁴. Er möchte selbst den Anschein finanzieller Pressung auf den König vermeiden²²⁵. Unter den ersten erlegte er seinen Anteil der Hilfsanleihe und beredete vor allem die Städteboten zur Zahlung²²⁶. Bertolds ausgleichendem Wirken haben wir wohl die Rettung des Wormser Tages zuzuschreiben.

Dies stimmt zu allem, was wir sonst von Bertold wissen. Er war kein ungestümer Reformeiferer. Man müsse vernünftigerweise am Alten festhalten, solange man nicht etwas wirklich Besseres gefunden habe, sagte er einmal²²⁷. Er war kein harter Durchbruchsmensch, vielmehr ein anpassungswilliger Mann. Ein Blick auf sein lebensnahes Grabbildnis²²⁸ bestätigt unsere Auffassung auch von dieser Seite her. Das Auffallendste daran ist der Kopf. Er ist weich zur Seite geneigt, wie die ganze Gestalt etwas Nachgiebiges hat; über dem klugen Gesicht liegt ein milder Glanz; ein Zug schmerzlichen Verzichts spielt um die Lippen.

Auch in der Reformfrage zeigt sich Bertold keineswegs als harter Dogmatiker. Tiefinnerlich erfüllt von der Reformidee als solcher, ist er

²²¹ Vgl. S. 17.

²²² Vgl. S. 14, Anm. 59.

²²³ Vgl. S. 35 f.

²²⁴ Vgl. S. 17.

²²⁵ Vgl. S. 17.

²²⁶ Vgl. S. 21.

²²⁷ Ziehen, Mittelrhein, II, S. 776 und die dort angezogenen Zeugnisse.

²²⁸ Vgl. die Abbildung in: Neue Propyläenweltgeschichte, Bd. 3, Berlin 1941, S. 203.

willens, aus den Verhandlungen das Beste für das Reich herauszuholen, bereit, den Bedürfnissen aller Stände zu dienen, nötige Zugeständnisse zu machen und mit gutem Beispiel voranzugehen.

Vor allem die Lauterkeit seiner Reformgesinnung konnte ihre Wirkung nicht verfehlen. Gerade in den ernstesten Reformkreisen mag der Mainzer große Anhang besessen haben. Selbst die Städteboten begegneten ihm mit Vertrauen. Aber die Kurfürsten und Fürsten, zumal die weltlichen, auf die es angekommen wäre, hatte Bertold keineswegs in der Hand. Wenn man bedenkt, daß sich der Erzkanzler in manchen Auffassungen dem König weiter näherte, als seinen weltlichen Standesgenossen lieb sein mochte, ist das ganz verständlich. In Worms schien Bertold noch durchaus bereit, dem König zu lassen, was des Königs war. Kein Zweifel, er wäre für Maximilian noch „zu haben“ gewesen. Der ebenso kluge wie geschäftige und ehrgeizige Erzkanzler brannte darnach, vom neuen König an den Reichsgeschäften beteiligt zu werden²²⁹ und hätte es wahrhaftig verdient.

Es gab viel Gemeinsames in den Auffassungen des Königs und seines Erzkanzlers. Maximilian hatte gezeigt, daß er bereit war, reichsständischer Mitbestimmung Raum zu gewähren. Die Großterritorien der Kurfürsten und Fürsten galten ihm als Staaten, an deren Libertät er mit keinem Finger zu rühren versuchte, so wenig er selber daran dachte, die Selbständigkeit seiner Erbländer dem Reiche preiszugeben. Was dem König am Herzen lag, war die zentrale Führung der allen Territorien gemeinsamen äußeren und inneren Angelegenheiten, und dafür hätte er bei Bertold mehr echtes Verständnis gefunden als bei irgend einem anderen Kurfürsten oder Fürsten.

Auch in der Außenpolitik unterschieden sich die Grundauffassungen Bertolds keineswegs ganz und gar von denen des Königs, wie das gemeinhin zu lesen ist²³⁰. Die Wiederherstellung des Reichsgebietes im alten Umfange, die Rettung Italiens, die Erhaltung des Kaisertums, der Schutz des Papstes galten auch Bertold als verpflichtende Grundsätze der äußeren Politik, an denen er in Worms ebenso festhielt wie später in Freiburg²³¹. Es hat in der Tat keinen Reichsstand gegeben, der damals die Dringlichkeit der Italienhilfe ernsthaft in Abrede gestellt hätte, wenn nur nicht damit bedeutende Opfer und unerwünschtes Anwachsen der königlichen Gewalt verbunden gewesen wären.

²²⁹ Vgl. seinen Kampf um die Reichskanzlei (Seeliger, Reichskanzler, S. 70 ff., 80 ff.).

²³⁰ Vgl. S. 6, 20 f.

²³¹ Vgl. Bertolds Ausführungen auf dem Wormser Tag 1497 bei Müller, II, S. 144 f.

Wenn sich erst einmal eingehendere Kenntnisse der außenpolitischen Lage des Reiches in den Neunzigerjahren durchsetzen, wird man auch Maximilians Italienpolitik und ihre Einwirkungen auf die Wormser Verhandlungen gerechter beurteilen. Sie ist als „Phantasterei, kriegerisches Abenteuer, Ruhmsucht, Träumerei, Mangel politischer Erkenntnis, emphatische Schwärmerei“ keineswegs richtig gekennzeichnet. Einstweilen mag es zu denken geben, daß auch Bertold von Mainz die Italienpolitik des Königs unterstützte, sogar noch in Freiburg (1498)²³², trotz der wachsenden persönlichen Entfremdung, die inzwischen eingetreten war.

In jenen Jahren verfolgte der König wahrhaftig keine Großmachtspolitik, die „Deutschland als ein bloßes Anhängsel des zur Weltmacht strebenden Hauses Habsburg“²³³ mißbraucht hätte. Auf diesen Gemeinplatz der antihabsburgischen Legende wird man verzichten müssen für eine Zeit, in der weder die spanische noch die ungarische Heirat abgeschlossen war und deren Folgen nicht einmal geahnt werden konnten. Damals verfolgte der König auch keine ritterlichen Abenteuer: Es war ein Kampf um die Erhaltung des Reiches inmitten der aufstrebenden Nationalstaaten und der türkischen Großmacht.

Maximilian stand zwar seit Jugendtagen im Felde, aber er hatte bis dahin keinen einzigen Angriffskrieg geführt, kein einziges Stück fremder Erde erobert. Im Gegenteil, vom niederländischen Erbe seiner Gemahlin hatte er bedeutende und reiche Provinzen an Frankreich abtreten müssen. Seine östlichen Erbländer hatte er erst nach jahrelanger Besetzung den Ungarn wieder entreißen können. Die jährlichen Türkeneinfälle nach Steiermark, Kärnten, Krain konnte er nicht verhindern. Er mußte fürchten, daß ein türkischer Großangriff früher oder später seine österreichischen Länder vernichten würde. Neuerdings stand Karl VIII. in Italien und drohte, nachdem er Neapel unterworfen hatte, Mailand zu besetzen (was wenige Jahre später in der Tat geschah) und das Kaisertum an sich zu bringen (worum sich Frankreich in der Tat bemühte). Maximilian sah das Reich und seine Länder von der steten Gefahr eines französisch-türkischen Doppelkrieges bedroht²³⁴. Das waren nicht die Hirngespinnste eines Phantasten, sondern wirkliche Gefahren, wie die Reichsgeschichte der nächsten Jahrzehnte klar beweist. Bertold und die Reichsversammlung empfanden die Gefahr nicht anders.

²³² Der Mailänder Gesandte Cotta berichtet am 22. Juli 1498 an Ludovico Moro, daß sich der Erzbischof von Mainz für die Unterstützung Italiens gegen die Franzosen ausgesprochen habe (Pelissier, Documents, a. a. O., S. 65 f., Nr. 18).

²³³ Ulmann, Maximilian, I, S. 354 f.

²³⁴ Vgl. den „Traum des Hermannsgrün“ (Ulmann, a. a. O., S. 81 f.).

Nicht nur Maximilian fühlte sich vom kräftig ausgreifenden französischen Nationalstaat und von der türkischen Macht lebensgefährlich bedroht, sondern ganz Europa, der Papst, Venedig, Mailand, Neapel und Spanien standen unter diesem Eindruck²³⁵. Die Heilige Liga von Venedig gegen Franzosen und Türken (1495) war kein Angriffs-, sondern ein Verteidigungsbündnis. Wenn aus dieser Überspannung dann und wann wie ein Kurzschluß die Idee des Präventivkrieges aufblitzte und die Lage noch verschärfte, war das nur natürlich.

Dieser Kampf ums Dasein und nicht die mutwillige Jagd nach kriegerischen Abenteuern, nicht das Bedürfnis nach „glanzbringender Politik“ oder habsburgisches Hausmachtstreben auf Kosten des Reiches bestimmten die Wormser Verhandlungen über Reform und Italienhilfe. Von düsteren Reichsuntergangsgesichten verfolgt, erschien dem König die Reform als eine Lebensfrage des Reiches²³⁶. Mit dieser Auffassung der Dinge aber stand der König seinem Erzkanzler Bertold näher als irgend einem der deutschen Fürsten. Das ist dem König selber offenbar nicht ganz klar geworden. Noch zwei Jahre später ermahnte Bertold die zweite Wormser Reichsversammlung: Die Weltläufte ließen sich so schrecklich an, daß Eintracht im Reiche nötig sei. Die Stände müßten „fleißiger“ sein, wenn man das Reich erhalten wolle. Es gehe nicht an, versiegelte Ordnungen zu machen und ihnen keine Folge zu leisten. Wenn man nicht getreulicher zusammenstehe als bisher, werde ein Fremder kommen und mit eiserner Rute regieren²³⁷. Diese Mahnungen könnten auch aus dem Munde Maximilians stammen.

Es war ein verhängnisvoller Fehler, daß Maximilian das Gemeinsame an Bertold zu wenig schätzte. Er sah im Erzkanzler allzusehr den Sprecher der Opposition, den Mann, der seine Hände nach der Führung der Reichskanzlei ausstreckte²³⁸. Die Hofschranzen mochten den König im Irrtum bestärken, daß er dem ständischen Vorstoß gegen sein königliches Regiment am besten mit der völligen Ausschaltung des Erzkanzlers begegnen und an seiner Statt den Kurfürsten von Sachsen heranziehen sollte. Die scharfsichtigen Italiener erkannten in der Ausschaltung Bertolds eine Ursache für die folgenden Fehlschläge²³⁹.

Bertold ließ sich nicht einfach beiseiteschieben. Zu den sachlichen Gegensätzen, die gewiß vorhanden, aber bisher nicht entscheidend ge-

wesen waren, gesellte sich nun ein stets wachsender persönlicher Gegensatz. Den Italienzug des Königs, den Bertold auf dem Wormser Tag noch durchaus unterstützt hatte, verfolgte er nun mit hinhaltendem Widerstand, der sich um so mehr verstärkte, je tiefer der König ins Gedränge kam²⁴⁰. Erbittert klagte Maximilian den Venezianern, Bertold sei ein ganzer Franzose geworden²⁴¹.

Das Verhältnis zwischen König und Erzkanzler, die ihrer ganzen Art nach berufen gewesen wären, die Gegensätze zwischen königlicher Führungsgewalt und reichsständischer Mitbestimmung praktisch zu lösen, war seither unheilbar²⁴². Darin lag gewiß eine Hauptursache für das Scheitern der Reformbewegung und für die äußeren und inneren Mißerfolge Maximilians, aber auch Bertolds während der nächsten zehn Jahre.

Quellen und Literatur

Quellen: Datt Johannes Philippus, *Volumen rerum Germanicarum novum sive de pace imperii publica libri 5*, Ulm 1698. — Müller Johann Joachim, *Des Heil. Römischen Reichs... Reichs-Tags-Theatrum... unter Keyser Maximilians I... Regierung*, I. Teil, Jena 1718. — Lünig Johann Christian, *Des Teutschen Reichs-Archivis partis generalis Continuatio*, Leipzig 1717. — Ders., *Des Teutschen Reichs-Archivis partis specialis Continuatio I.*, Leipzig, 1711. — Schmauß J. J. und Senckenberg H. Ch., *Neue und vollständige Sammlung der Reichs-Abschiede, welche von den Zeiten Kayser Conrads des II. bis jetzo auf den Teutschen Reichstagen abgefaßt worden*, 4 Teile (bis 1736), Frankfurt 1747. — Ulmann Heinrich, *Der Traum des Hans von Hermannsgrün, eine politische Denkschrift aus dem Jahre 1495*, in *Forsch. z. dt. Gesch.*, Bd. 20 (1880), S. 67–92. — Zeumer Karl, *Quellen-sammlung zur Geschichte der deutschen Reichsverfassung in Mittelalter und Neuzeit, Quellensammlung zum Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht*, 2. Bd., Leipzig 1904. — Du Mont J., *Corps universel diplomatique du droit des gens.*, Supplement I, Amsterdam-La Haye 1739. — Fugger Johann Jakob, *Spiegel der Ehren des... Königlichen Erzhauses Österreich...*, Nürnberg/Endtern 1668. — Keller Adalbert v., *Die Geschichten und Taten Wilwolts von Schaumburg*, Hrsg. v. A. Keller, Bibliothek des Literarischen Vereines in Stuttgart, Bd. 50, Stuttgart 1859. — Lünig Johannes Christianus, *Codex Italiae Diplomaticus*, T. I, Frankfurt und Leipzig 1725. — Malipiero D., *Annali Veneti dall'anno 1457 al 1500, ordinati et abbreviati dal senatore Francesco Longo*, in *Arch stor ital.*, Bd. VII/1 u. 2 (1843). — Molinet Jean, *Chroniques depuis 1476 jusqu'en 1506*, hrsg. von J. A. Buchon, 4 Bde., Paris 1827–1829. — Pélissier Leon G., *Documents sur la première année du règne de Louis XII tirés des Archives de Milan*, in *Bulletin historique et philologique du Comte des travaux historiques et scientifiques*, Jg. 1890, S. 47–124. — Ders., *L'ambassade de Erasme Brascha en Allemagne*, in *Misc.Stor.Ital.*, Serie 3, Bd. IV (1898), S. 333–482. — Sanuto Marino, *I Diarii*, Bd. 1, Venedig 1879. — Segrè Arturo, *I prodromi della ritirata di Carlo VIII, re di Francia, da Napoli*, in *Arch stor Ital.*, 5. Serie, Bd. 33 (1904), S. 332–369, und Bd. 34 (1904), S. 3–27, 350–405.

Literatur: Bader Karl Siegfried, *Kaiserliche und ständische Reformgedanken in der deutschen Reichsreform*, in *Hist. Jhb.*, Bd. 73 (1954), S. 74–94. —

²⁴⁰ Vgl. Wiesflecker, Italienzug, a. a. O., S. 594.

²⁴¹ Sanuto, I, Sp. 479.

²⁴² Maximilian will einen anderen Erzbischof von Mainz einsetzen.

²³⁵ Vgl. Wiesflecker, Heilige Liga. — Bader, a. a. O., S. 80, 84 f., geht im Aburteil der königlichen Politik noch viel weiter als Ulmann.

²³⁶ Wie es der dem König nahestehende „Traum des Hermannsgrün“ (Ulmann, a. a. O., S. 83) eindrucksvoll zum Ausdruck bringt.

²³⁷ Müller, II, S. 144 f.

²³⁸ Seeliger, Reichskanzler, S. 73 ff., bes. 78.

²³⁹ Vgl. oben S. 60, Anm. 218.

Below Georg v., Die Reichsreform, in Morgenrot der Reformation, hrsg. von Pflug-Hartung Jul., Lörrach (Jubiläumsausgabe), S. 121—162. — Hartung Fritz, Die Reichsreform 1485—1495; ihr Verlauf und ihr Wesen, Hist. Vtjchr. 16 (1913), S. 24—53, 181—209. — Hartz Werner, Die Gesetzgebung des Reichs und der weltlichen Territorien in der Zeit von 1495—1555, Diss. Marburg 1931. — Heimpel Hermann, Studien zur Kirchen- und Reichsreform des 15. Jahrhunderts, Sitz. Ber. Akad. Heidelberg 1929/31. — Scholz R., Krisis und Wandlungen des Reichsgedankens am Ausgang des Mittelalters, in Neue Jahrbücher deutscher Wissenschaft, Bd. 13 (1937). — Ulmann Heinrich, Kaiser Maximilian I., Bd. 1, Stuttgart 1884. — Ziehen Eduard, Mittelrhein und Reich im Zeitalter der Reichsreform 1356—1504, Bd. 2, Frankfurt 1937. — Ders., Reichsreform und Reichsgedanke 1486—1504, Historische Studien, Heft 37, Berlin 1940. — Bemmann Rudolph, Zur Geschichte des Reichstages im 15. Jh., Leipzig 1907. — Domke Waldemar, Die Viril-Stimmen im Reichs-Fürstenrath von 1495—1654, Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte 11, Breslau 1882. — Endemann W., Von dem alten Reichskammergericht, in Zeitschrift für deutschen Civilproceß. — Fellner R., Die fränkische Ritterschaft von 1495—1524, Historische Studien, Heft 50, Berlin 1905. — Franklin O., Das königliche Kammergericht vor dem Jahre 1495, Berlin 1871. — Gothein E., Der gemeine Pfennig auf dem Reichstag von Worms, Diss. Breslau 1877. — Kayser Walther, Die Reichsreformbestrebungen zur Zeit Kaiser Maximilians I., Nationalsozialistische Monatshefte, Jhg. 8 (1937), S. 194—202. — Lechner J., Reichshofgericht und königliches Kammergericht im 15. Jh., MIOG, Erg.-Bd. 7 (1904), S. 44—186. — Müller K. E. Hermann, Reichs-Steuern und Reichsreform. Bestrebungen im 15. und 16. Jh., Prenzlau 1880. — Poetsch Josef, Die Reichsjustizreform von 1495, insbesondere ihre Bedeutung für die Rechtsentwicklung, Münster 1912. — Schröder Richard, Kurmainz unter den Erzbischöfen Berthold von Henneberg und Albrecht von Brandenburg als Mittelpunkt der Reichsreformbestrebungen, in Ztschr. d. Sav.Stift. f. Rechtsgesch., german. Abt., Bd. 18 (1897), S. 179—182. — Seiler Gottfried, Der gemeine Pfennig, eine Vermögensabgabe vor 500 Jahren, Hamm (Westf.) 1913. — Smend Rudolf, Das Reichskammergericht, Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte..., Bd. 4, Weimar 1911. — Soldan Friedrich, Maximilian in Worms... 1494 und 1495, Quartalsblätter d. hist. Ver. f. d. Großherzogtum Hessen, 1885, Heft 4, S. 28—40. — Ders., Der berühmte Zweikampf Kaiser Maximilians I. zu Worms, in Westermanns Illustr. Monatshefte 69 (1891), S. 665—668. — Spangenberg Hans, Die Entstehung des Reichskammergerichts und die Anfänge der Reichsverwaltung, in Ztschr. d. Sav.Stift. f. Rechtsgesch., german. Abt., Bd. 46 (1926), S. 231—289. — Spielberg Hans v., Maximilian I. und das Deutsche Reich, in Preußische Jahrbücher, Bd. 51 (1883), S. 269—288. — Haltaus Karl, Geschichte des Kaisers Maximilian I., Historische Hausbibliothek, Bd. 13, Leipzig 1850. — Hegewisch D. H., Geschichte der Regierung Kaiser Maximilians I., 2 Teile, Hamburg/Kiel 1782/83. — Heyck Ed., Kaiser Maximilian I., Monographien der Weltgeschichte, Bd. 5, Bielefeld-Leipzig 1898. — Jansen Max, Kaiser Maximilian I., Weltgeschichte in Charakterbildern, 3. Abt., München 1905. — Jansen Johann, Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters, Bd. 1 19—20, Freiburg/Breisgau 1913. — Kaser Kurt, Deutsche Geschichte zur Zeit Maximilians I., Deutsche Geschichte am Ausgang des Mittelalters, Bd. 2, Stuttgart-Berlin 1912. — Klüpfel Karl, Kaiser Maximilian I., Deutsche Nationalbibliothek, Bd. 12, Berlin 1864. — Ranke Leopold v., Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, München 1925. — Hartung Fritz, Berthold von Henneberg, Kurfürst von Mainz, HZ 103 (1909), S. 527—551. — Weckerle Johannes De Bertoldi Hennebergensis... studiis politicis, Münster 1868 (Diss.). — Weiß J., Berthold von Henneberg Erzbischof von Mainz. Seine kirchenpolitische und kirchliche Stellung, Freiburg/Breisgau 1889. — Bihlmeyer K.-Tüchle H., Kirchengeschichte, Bd. II¹³, Paderborn 1952. — Hartung Fritz, Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Stuttgart 1950⁶. — Krause Hermann, Kaiserrecht und Rezeption, Abhandl. d. Heidelberger Akad. d. Wiss., phil.-hist. Klasse 1952. — Schröder R.-Künßberg E., Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, Berlin-Leipzig 1932⁷. — Seeliger Gerhard, Erzkanzler und Reichskanzleien, Innsbruck 1889. — Romanin S., Storia documentata di Venezia, Bd. 4 und 5, Venezia 1855/56.